

Preussische Allgemeine



Nr. 4 · 29. Januar 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Kommt das Virus doch aus dem Labor?

Was dafür spricht, dass die Corona-Pandemie, anders als lange behauptet, keines natürlichen Ursprungs ist **Seite 2**



Kultur Der „grüne Gartenpharao“ Fürst Pückler **Seite 9**



Geschichte Friedrich Ebert, „Beauftragter des ganzen deutschen Volkes“ **Seite 11**

FOTO: SHUTTERSTOCK (MONTAGE), GARTENLAUBE, KUNSTMUSEUM BASEL

URTEIL

„Verfassungswidrig“

Ein Urteil des Amtsgerichts Weimar vom 11. Januar ist unbedingt lesenswert. Unter der Sigle 6 OWi-523 Js 202518/20 ist es leicht im Internet zu finden. Konkret wurde über einen Verstoß gegen eine „Thüringer Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2“ entschieden. Am 24. April letzten Jahres hatte anlässlich einer Geburtstagsfeier eine Zusammenkunft von acht Personen stattgefunden. Das Verfahren endete mit einem Freispruch. Darüber hinaus stellt das Urteil der deutschen Corona-Politik ein verheerendes Zeugnis aus. Danach sind die großflächigen Maßnahmen schlicht unhaltbar. Die umfassend begründete Entscheidung dürfte weitreichende Folgen über den verhandelten Gegenstand hinaus haben.

So heißt es zu dem Thüringer Fall, der Freispruch sei ergangen, da Inhalte der Verordnung „verfassungswidrig und damit nichtig sind“. Das Urteil greift weit aus, indem festgestellt wird: „Es gab keine ‚epidemische Lage von nationaler Tragweite‘, auch wenn ‚dies der Bundestag mit Wirkung ab 28.03.2020 festgestellt hat‘. Die ‚Schreckensszenarien vom Frühjahr‘ beruhten ‚auf falschen Annahmen‘. Bezüglich der Folgen des Lockdowns und der dadurch verursachten Schäden formuliert das Gericht: ‚Das Wort ‚unverhältnismäßig‘ ist dabei zu farblos, um die Dimension des Geschehens auch nur anzudeuten.‘ Allein die Zahl der auf die Maßnahmen zurückzuführenden Todesfälle überschritt die Zahl der verhinderten Todesfälle ‚um ein Vielfaches‘. Erik Lommatzsch

POLITIK

Wenn Unzufriedenheit auf Starrsinn trifft

Während die Bürger das Corona-Krisenmanagement zunehmend kritisch beurteilen, lässt die Kanzlerin keine Zweifel an ihrem „harten Lockdown“ zu

VON HANS HECKEL

Die Stimmung der Deutschen hat sich spürbar gedreht. Mitte Januar waren nur noch 46 Prozent der Befragten mit dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung zufrieden. Mitte Dezember waren dies noch 57 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der Unzufriedenen von 42 auf 54 Prozent steil an und stellt nun eine satte Mehrheit. Der Anteil der „gar nicht“ Zufriedenen, eine besonders ablehnende Teilmenge der Unzufriedenen, hat sich mit einem Sprung von zwölf auf 21 Prozent sogar annähernd verdoppelt.

Entscheidend zu dem Stimmungsumschwung beigetragen hat sicherlich die desaströse Impfpolitik der Regierung Merkel. Alle Versuche der Verantwortlichen, das Versagen schönzureden, sind trotz Unterstützung regierungsfreundlicher Medien weitgehend im Sande verlaufen. Zumal die Rechtfertigungsversuche nur noch mehr an der Glaubwürdigkeit der Regierenden gekratzt haben.

Es werde immer gefragt: „Wie viel Impfstoff habt ihr bestellt?“, beschwert sich Kanzlerin Merkel und wischt diese entscheidende Frage kalt weg: „Das ist überhaupt nicht interessant.“ Das sehen Menschen, die selbst oder deren betagte Angehörige sehnlichst auf die Impfung warten, sicher ganz anders.

Auch steht die Nonchalance der Kanzlerin in Sachen Impfstoff in aufreißendem Kontrast zu ihrem Drängen auf möglichst harte allgemeine Lockdown-Maßnahmen, die alternativlos seien, um das Sterben zu beenden. Das Statistikinstitut der Uni München hat ermittelt, dass der breite und unterschiedslose Lockdown nur sehr mäßig gewirkt habe. Ausgerechnet die Wirkung für die besonders gefährdeten Alten lasse sehr zu wünschen übrig.

Bei deren Schutz steht die Kanzlerin jedoch noch immer auf der Bremse. Bis zuletzt hatte sie gegen intensive Schutzkonzepte für Alten- und Pflegeheime mit fadenscheinigen Argumenten polemisiert. Nun behauptet Merkel, die Bundeswehr könne den Schutz der Heime durch das Abstellen von 28.000 Soldaten „nicht wuppen“. Dem widerspricht ausgerechnet ihr ehemaliger Sicherheitsberater, Brigadegeneral a. D. Erich Vad: Das könne die Truppe sehr wohl.

Bei den Todeszahlen schleicht sich derweil der Verdacht der Panikmache ein. Nicht allein, dass der entscheidende Unterschied, ob jemand „an“ oder bloß „mit“ Corona gestorben sei, nach wie vor nicht sichtbar gemacht wird. Auch spiegelt laut einer Untersuchung des Gesundheitsinstituts IGES die jeweils veröffentlichte Zahl „vom Vortag“ keineswegs die Todeszahl vom vorherigen Tag wider. Tatsächlich seien die Gemeldeten durch massive Meldeverzögerungen überwiegend viel früher,

manchmal sechs Wochen oder mehr vor dem Datum der Veröffentlichung, verstorben. Das ist nicht ohne Belang, da mit angeblich jäh ansteigenden Todeszahlen vor allem Anfang Januar auch politische Forderungen verbunden wurden.

Zunehmend fällt zudem auf, dass Kanzlerin Merkel bei der Auswahl der Experten, die sie für ihre Entscheidungsfindung heranzieht, praktisch ausschließlich auf Befürworter harter, undifferenzierter Lockdown-Maßnahmen setzt. So lehnte es das Kanzleramt sogar ab, den ehemaligen SARS-Forschungsleiter der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Klaus Stöhr, zur Expertenrunde einzuladen. Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) hatte den Epidemiologen vorgeschlagen und dafür die Unterstützung auch anderer SPD-Ministerpräsidenten erhalten. Stöhr indes sieht den „harten Lockdown“ kritisch, aus wirtschaftlicher, rechtlicher sowie auch gesundheitlicher Betrachtung. Merkel wollte nur Lockdown-Hardliner hören.

Die Corona-Politik der Bundesregierung erscheint vor dem Hintergrund all dessen weder klug noch kompetent – und noch nicht einmal ehrlich. Das erhärtet den Eindruck, dass sich Merkel und ihre uniforme Umgebung verrannt haben und nun vor allem daran arbeiten, ihr eigenes Versagen zu kaschieren. Dahinter müssen offenbar alle sachlichen Erfordernisse zurückstehen. So verspielt man Vertrauen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Berlin plant die fragwürdige Bevorzugung von Migranten im öffentlichen Dienst **Seite 5**

Kultur

Wie US-Forscher die Erdatmosphäre manipulieren wollen **Seite 12**

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein tobt ein Kampf zwischen Befürwortern und Gegnern der Abtreibung **Seite 13**

Lebensstil

Wie das Erbe des Fürsten Hermann von Pückler in seinen Parks gepflegt wird **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Herkunft des Virus SARS-CoV-2 Manches spricht dafür, dass der Krankheitserreger einem chinesischen Biowaffenlabor entwichen ist. Nun soll ein Expertenteam der Weltgesundheitsorganisation Klarheit schaffen

Kommt das Coronavirus aus dem Labor?

Was für die These vom künstlichen Krankheitserreger spricht

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 14. Januar landete ein Expertenteam der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in der chinesischen Millionenstadt Wuhan, um dort nach dem Ursprung des SARS-CoV-2-Ausbruchs zu suchen. Nach offizieller Pekinger Lesart soll der Verkauf von Wildtieren auf dem örtlichen Großhandelsmarkt für Fische und Meeresfrüchte der Auslöser für die Pandemie gewesen sein. Das freilich dürfte nicht der Wahrheit entsprechen, denn mindestens ein Drittel der ersten Gruppe von Corona-Infizierten hatte keinerlei Verbindungen zu dem Markt.

Expertenteam der WHO in Wuhan

Dazu kommen einige Besonderheiten des Erregers, die bereits Anfang vorigen Jahres dazu führten, dass Forscher dessen natürliche Herkunft in Frage stellten. Besonders Aufsehen erregte dabei die am 27. Januar 2020 erschienene Studie von neun Wissenschaftlern des Indian Institute of Technology in Neu-Delhi um Prashant Pradhan. Dieser zufolge weist der neuartige Erreger mehrere höchst spezifische Gen-Sequenzen auf, die ihn infektiöser als andere Coronaviren machen und aus extrem unwahrscheinlichen Mutationen resultieren, die so selten sind wie Sechser im Lotto. Deshalb ging das Team von Pradhan auch von einer künstlichen Entstehung des Virus SARS-CoV-2 aus.

Im Februar schrieben dann Xiao Batao und Xiao Lei von der South China University of Technology in Guangzhou in einem Artikel, der auf der Plattform „ResearchGate“ hochgeladen, aber dann wohl auf Druck der chinesischen Behörden alsbald wieder entfernt wurde, das Virus stamme aus dem Hochsicherheitslabor des Wuhan Institute of Virology (WIV). Dem pflichtete im April der französische Virologe Luc Antoine Montagnier bei. Der Medizin-Nobelpreisträger des Jahres 2008, der 1983 den Erreger der Immunschwächekrankheit AIDS entdeckt hatte, sagte im Rahmen eines Fernsehinterviews, dass das Virus SARS-CoV-2 zweifelsfrei im WIV gezüchtet worden sei. Wortmeldungen gleichen Inhalts kamen später auch noch von den Mikrobiologinnen Yan Li-Meng von der



Das Wuhan Institute of Virology steht im Verdacht, Herkunftsort des Virus SARS-CoV-2 zu sein: Forscher in einem Labor des Instituts

Hong Kong School of Public Health und Rossana Segreto von der Universität Innsbruck.

Und tatsächlich sind in China sogenannte Gain-of-Function-Experimente mit Viren gang und gäbe. Deren Ziel besteht darin, neuartige Erreger zu schaffen, deren „Funktionsfähigkeit“, also krankmachende Wirkung, deutlich höher liegt als bei ihren natürlichen Verwandten. Offiziell geht es dabei darum, Mittel gegen potentiell gefährliche Keime zu finden. Allerdings können auf diese Weise auch tödliche Biowaffen entwickelt werden. Ein Musterbeispiel für solche janusköpfigen Forschungsprojekte ist die Kreation des „pandemietauglichen“ Grippevirus-Hybriden H5N1/H1N1 durch Virologen des Harbin Veterinary Research Institute der chinesischen Akademie der Wissenschaften unter Zhang Ying, über die im Juni 2013 ein Aufsatz in der Fachzeitschrift „Science“ informierte. Und im

WIV fanden offenkundig auch Experimente statt, bei denen in der Natur vorkommende SARS-Viren künstlich infektiöser gemacht wurden. Davon zeugt unter anderem ein chinesischer Forschungsbericht in „Nature Medicine“ vom 9. November 2015.

Gleichzeitig gilt das Labor in Wuhan als relativ unsicher, insbesondere wegen der mangelhaften Kompetenz seines Personals. Das vermeldete beispielsweise der US-Generalkonsul in Wuhan, Jamie Fouss, der Anfang 2018 Gelegenheit zur Besichtigung des WIV hatte.

Das Labor in Wuhan gilt als unsicher

Sollte das Virus SARS-CoV-2 tatsächlich künstlichen Ursprungs sein und aus China stammen, dann wären gezielte Vertuschungsversuche Pekings zu erwarten. Und hier kommt nun ein Artikel im Fachblatt „Nature“ vom vergangenen Februar ins Spiel. Darin beschreiben die zwei

staatlichen Vorzeigevirologen Zhou Peng und Shi Zhengli den angeblich in vielen natürlichen Biotopen beheimateten direkten Vorfahren des neuen Corona-Erregers namens RaTG13, der nun plötzlich ganz von selbst mutiert sei. Allerdings fanden andere Forschergruppen bald danach deutliche Hinweise darauf, dass dieses ominöse Virus überhaupt nicht existiert. Parallel hierzu stießen die Virologin Yan und deren Kollegen Kang Shu, Guan Jie und Hu Sanchang auf ein anderes Phänomen: Die Mechanismen, mit denen sich SARS-CoV-2 an menschliche Zellen bindet, sind die gleichen wie bei den harmlosen Corona-Viren SL-CoVZC45 und SL-CoVZXC21, die seit 2013 vom chinesischen Militär erforscht werden. Spontane natürliche Kreuzungen der beiden Erreger mit dem SARS-Virus liegen indes kaum im Bereich des Möglichen. Ob das WHO-Team all dem nachgehen will und kann, bleibt abzuwarten.

WIDERSTAND

„Kein Laborkonstrukt“

Wie die Gegner der These vom künstlichen Virus argumentieren, und was davon zu halten ist

Unmittelbar, nachdem erstmals der Verdacht laut geworden war, dass das Virus SARS-CoV-2 künstlicher Natur sei und aus einem chinesischen Forschungslabor stamme, setzte heftige Kritik an den beiden Aussagen ein. In der Bundesrepublik kam diese unter anderem von den Virologen Christian Drosten (Charité Berlin), Friedemann Weber (Universität Gießen), Stephan Ludwig (Universität Münster) und Frank Hufert (Medizinische Hochschule Brandenburg). Ebenso bezeichneten „Faktenfinder“ der etablierten Medien wie Patrick Gensing von der ARD die Anschuldigungen als substanzlos und spekulativ. Darüber hinaus widersprach der Leiter der Interdisziplinären Forschungs-

gruppe zur Analyse biologischer Risiken (INFABRI) an der Universität Hamburg, Gunnar Jeremias, der ebenfalls kursierenden Behauptung, bei dem neu aufgetauchten Coronavirus handele es sich um eine Biowaffe aus den Arsenalen Pekings. Die Freisetzung pandemiefähiger Erreger, gegen die es keine Medikamente oder Impfungen gebe, berge das große Risiko, nicht nur den Feind zu schädigen, sondern auch sich selbst. Das stimmt zwar – allerdings liegt ein versehentlicher Ausbruch aus dem Labor trotzdem im Bereich des Möglichen. So zum Beispiel anlässlich der Zucht von hochinfektiosen Viren zum Zwecke der Entwicklung von Gegenmitteln für den Eigenschutz.

Ansonsten fällt auf, dass nahezu jeder, der einen natürlichen Ursprung des Erregers SARS-CoV-2 annimmt, auf eine einzige wissenschaftliche Studie verweist. Diese erschien am 17. März vergangenen Jahres im Fachblatt „Nature Medicine“ und stammt von Kristian Andersen, Andrew Rambaut, Ian Lipkin, Edward Holmes und Robert Garry. Das Fazit der Forscher aus den USA, Großbritannien und Australien lautete damals: Das neue Virus sei definitiv „kein Laborkonstrukt“, sondern komme zweifelsfrei aus dem Tierreich. Begründet wurde das mit der angeblich so überragenden Ähnlichkeit des Erregers SARS-CoV-2 mit dem „Fledermaus-Virus“ RaTG13, das Zhou Peng und

Nahezu jeder, der einen natürlichen Ursprung des Erregers SARS-CoV-2 annimmt, verweist auf eine einzige wissenschaftliche Studie

Shi Zhengli als direkten Vorfahren des Pandemie-Verursachers benannt hatten.

Dabei ist die Existenz von RaTG13 jedoch fraglich (siehe oben). Darüber hinaus könnte sich ein solches Virus angesichts seiner von Zhou und Shi behaupteten Eigenschaften gar nicht im Körper von Fledermäusen einnisten, wie tschechische Molekulargenetiker um Tomáš Hron herausfanden. Damit fällt die Argumentation der beiden chinesischen Staatsvirologen wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Das ist umso bemerkenswerter, als Shi das Zentrum für neu auftretende Infektionskrankheiten am Wuhan Institute of Virology (WIV) leitet.

W.K.

GESCHICHTE

Unfälle mit freigesetzten Erregern

Unglücksfälle, bei denen gefährliche oder gar tödliche Erreger freigesetzt wurden, gab es in der Vergangenheit schon einige. Ausgehend von den Laboratorien des Pharmakonzerns Behring im hessischen Marburg infizierten sich im Sommer 1967 31 Menschen mit einem bis dahin unbekanntem Ebola-ähnlichen Virus, das hohes Fieber sowie lebensgefährliche innere Blutungen verursachte und durch Affen aus Uganda eingeschleppt worden war. Sieben der Erkrankten starben damals.

Am 11. September 1978 erlag die britische Krankenhausfotografin Janet Parker als bislang vermutlich letzter Mensch auf der Welt den Pocken. Später stellte sich heraus, dass das Lüftungssystem des Hochsicherheits-Mikrobiologielabors der Medizinischen Fakultät der Universität Birmingham Pockenviren in ihre im Stockwerk darüber liegende Dunkelkammer geblasen hatte.

Deutlich mehr Todesopfer forderte der nach wie vor nicht vollständig aufgeklärte Unfall in der Biowaffenfabrik Nummer 19 von Swerdlowsk, dem heutigen Jekaterinburg, nahe dem Ural-Gebirge in Russland. Bei der Herstellung von Milzbrand-Kulturen gelangten am 2. April 1979 Sporen des Bakterienstammes Anthrax 836 aufgrund von Wartungsfehlern an den Luftfilteranlagen in die Umwelt. Vermutlich gab es dadurch über einhundert Tote.

Und im April 2004 verstarb eine Frau in der chinesischen Provinz Anhui an den Folgen einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV(-1). Dabei war die SARS-Pandemie von 2002/03 eigentlich schon längst vorbei. Jedoch hatte die Tochter der Toten in ihrer Pekinger Forschungseinrichtung mit dem Erreger experimentiert und ihn offensichtlich aufgrund unzureichender Hygienemaßnahmen im Familienkreis verbreitet. Insgesamt erkrankten damals aber nur neun Menschen. Deswegen wurden die Sicherheitskonzepte in den Laboren der Volksrepublik auch nicht konsequent überarbeitet. Das könnte 2019 den Ausbruch der Covid-19-Pandemie in Wuhan begünstigt haben. W.K.

Nation ohne Selbst-Bewusstsein

Die gequälten Nicht-Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Reichsgründung offenbarten einmal mehr das Unwissen der heutigen Deutschen um ihre Geschichte – und ihre Unsicherheit gegenüber dem eigenen Land

VON REINHARD MOHR

Gewiss, wir leben in Corona-Zeiten, Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat. Ein Ende ist nicht absehbar. Die gesamte politische Debatte ist von dieser Pandemie geprägt, und fast alle anderen Themen stehen hinten, ja, sie scheinen wie narkotisiert, wie unter Betäubung. So ging auch im vergangenen Jahr der dreißigste Jahrestag der deutschen Einheit fast völlig unter, von ein paar pflichtmäßigen Reden abgesehen. Das gilt erst recht und noch viel mehr für den 150. Jahrestag der Gründung des Kaiserreichs in Versailles am 18. Januar 1871, der zugleich der Tag der Ernennung Berlins zur deutschen Hauptstadt war.

Es gab keine große Fernsehdokumentation, keinen „Spiegel“-Titel (dafür hätte früher ganz sicher Rudolf Augstein im Alleingang gesorgt), keine öffentliche Gedenkveranstaltung, schon gar nicht im rot-rot-grün regierten Berlin, das inzwischen nur noch eine Ansammlung von „Kiezen“ ist.

Ein verdrängter Jahrestag

Geschichtsinteressierte mussten in den meisten Zeitungen mühsam nach Artikeln suchen, und der Deutschlandfunk brachte ein fünfminütiges „Kalenderblatt“. Vor einem kleinen Gesprächskreis mit Historikern in Schloss Bellevue äußerte Bundespräsident Steinmeier wenig überraschend: „Nach einer nationalen Feier der Reichsgründung verlangt, so mein Eindruck, heute niemand. Der 18. Januar ist kein Datum, das im kollektiven Gedächtnis der Deutschen wirklich präsent ist.“ So sieht es aus. Dabei weiß Steinmeier genau, dass es nicht um eine rauschende Feier gehen konnte, schon gar nicht in diesen Zeiten, sondern um die Erinnerung an eine bis heute wohlreiche Zäsur in der deutschen Geschichte.

Der Journalist Ulli Kulke hatte sich vor dem 18. Januar 2021 die Mühe gemacht, einmal bei den großen Institutionen der historischen Erinnerung nach etwaigen Plänen und Projekten bezüglich des Jahrestags zu fragen. Ergebnis: praktisch nichts. Im Deutschen Historischen Museum in unmittelbarer Nähe des weitgehend wiederaufgebauten Hohenzollernschlosses sah man keinen Grund, durch eine gesonderte Schau oder öffentliche Veranstaltungen den 150. Geburtstag der Gründung des deutschen Nationalstaates zu begehen. Im Haus der Kulturbeauftragten der Bundesregierung, Monika Grütters (CDU), gab man sich ähnlich zurückhaltend: „Man habe vom 29. auf den 30. Oktober 2020 eine Online-Tagung der AG Orte der Demokratiegeschichte unterstützt, heißt es dort, außerdem fördere man „eine Sonderausstellung in der Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh in der Nähe von Hamburg. Das war es dann. Nichts, was auch der aufmerksame Zeitungsleser überregional irgendwie registriert hätte.“

Im Haus der Geschichte in Bonn hatte man immerhin eine zunächst plausibel klingende Antwort parat: Man fühle sich nicht zuständig, kümmere sich nur um die Zeitgeschichte, nach 1945. „Dass dieser Jahrestag“, so Kulke, der früher für die „taz“ und die „Welt“ arbeitete, „allerdings in das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland hineinragt und damit auch in den eigenen zeitgeschichtlichen Auftrag – auf die Idee ist man nicht gekommen.“

Unter Brandt war es anders

Ironie der Geschichte: Ausgerechnet der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt sprach zum hundertsten Jahrestag der Reichsgründung im Jahre 1971 von Bismarck als einem „der großen Staatsmänner unseres Volkes“. Trotz der 1878 verabschiedeten „Sozialistengesetze“ fand Brandt neben dem



Verdrängte Wurzeln: Bedeutende Ereignisse des 19. Jahrhunderts wie das Hambacher Fest 1832, die März-Revolution 1848 oder – wie hier – die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1849 böten Anlässe für ein positives Verhältnis der heutigen Deutschen zu ihrer Geschichte

Foto: akg images

„Niederdrückenden“ dieser Epoche in den Überlieferungen des 19. Jahrhunderts auch „Inspirierendes“, weil „der Freiheitsfaden in der deutschen Geschichte immer wieder aufgegriffen werden“ konnte. Unzweifelhaft dachte er dabei etwa an das Hambacher Fest von 1832, den deutschen „Vormärz“ und die Revolution von 1848.

Doch auch diese Ereignisse sind im Bewusstsein der meisten Deutschen kaum mehr oder gar nicht präsent. Das alles ist Ausdruck einer wachsenden Geschichtslosigkeit, die nicht allein mit mangelnder Bildung zu erklären ist, sondern auch mit der – angesichts von politischer Korrektheit und „Cancel Culture“ – grassierenden Angst, in ein „falsches“ politisches Fahrwasser zu geraten. Bismarck, Kaiser Wilhelm und Deutsches Reich – das sind in der Öffentlichkeit von 2021 eigentlich Unworte, „toxische“ Reizbegriffe, die ausschließlich negativ besetzt sind.

Kein Wunder, dass die Suche der Deutschen nach sich selbst, nach ihrer Identität, nach dem Woher und Wohin immer noch und immer wieder auf Schlingerkurs ist. Immer noch und immer wieder kommt es zum letztlich ergebnislosen Streit über Begriffe wie Nation, Heimat und Leitkultur – erst recht angesichts der Tatsache, dass inzwischen 26 Prozent der Bevölkerung einen sogenannten „Migrationshintergrund“ haben. Allenfalls dient die Debatte zur politischen Denunziation: Wer von Heimat, gar Nation spricht, landet schnell im rechten Abseits.

In seinem Buch „Lauter letzte Tage“ stellte der Autor Friedrich Sieburg schon 1961 fest, die Deutschen hätten seit eh und je dabei versagt, zu einer natürlichen Klarheit über sich selbst zu gelangen.

Englands Premierminister Winston Churchill sah sie entweder „an der Gurgel“ ihrer Feinde oder zu ihren Füßen. Angst und Heldenmut, Kleingeistigkeit und Großmachtstreben, philosophische Grübelei und mörderische Effizienz – es gibt viele Aspekte jener deutschen Zerrissenheit, unter der schon Friedrich Schiller, Heinrich Heine und Kurt Tucholsky litten.

Zwischen den Extremen

Es ist ein Phänomen: Trotz aller Veränderungen nach zwei Weltkriegen, deutscher Teilung, europäischer Vereinigung, Mauerfall und staatlicher Einheit ist das Selbstbewusstsein der Deutschen immer noch von Extremen geprägt: einerseits diffus und unsicher, andererseits radikal und ideologisch, jedenfalls aber merkwürdig ungefestigt.

Die Corona-Krise hat diese Ausprägungen noch deutlicher hervortreten lassen. Eine einigermaßen realistische Selbstwahrnehmung hat es umso schwerer in Zeiten, als die Skandalisierungs- und Empörungskultur des Internets und der sogenannten „sozialen Medien“ wie Twitter und Facebook einseitige, vermeintlich einzig wahre Sichtweisen bis hin zu Verschwörungstheorien zu bestätigen scheinen. Vor lauter Rassismus, Sexismus,

Rechtsextremismus und Nationalismus erkennt manch ein Bürger sein eigenes Land nicht wieder, die gute alte Bundesrepublik.

Linksaußen warnt die „Nie wieder-Deutschland“-Fraktion vor dem ewigen Faschismus, rechtsaußen kämpfen „Reichsbürger“ und Neonazis gegen „Lügenpresse“ und „Volksverräter“, während die grüne Moralisten-Vereinigung überzeugt ist, dass „gerade Wir“ als geläuterte Deutsche berufen seien, die Welt zu retten. Motto: Nur ein schlechtes Gewissen ist ein gutes Gewissen. Dazwischen treiben lose versprengte Zeitgenossen, denen entweder alles egal ist, Hauptsache, das WLAN funktioniert, oder solche Individuen, die sich in ihre offenkundig anachronistisch gewordene spätbürgerliche Liberalität zurückziehen wie auf ein altes Sofa. Millionen von Migranten dürfte all das sowieso äußerst fremd erscheinen. Was hat ein syrischer Flüchtling aus Aleppo mit Bismarck zu tun?

Realismus in der Minderheit

Die klassisch-bürgerliche Mitte wirkt dabei merkwürdig verloren, blass, konturlos, ohne Ausstrahlungskraft und Selbstbewusstsein – und das, obwohl sie für das erfolgreiche, weltweit gefeierte „Modell Deutschland“ steht, die Mischung aus freiheitlicher Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Selbst Helmut Kohl erscheint im Rückblick wie ein Leuchtturm des liberalen Konservatismus, an dem man sich zumindest reiben konnte.

Auch die Spitzenkandidaten zur bevorstehenden Bundestagswahl verkörpern kaum noch glaubwürdig den politischen Kern jenes bundesdeutschen Erfolgsmodells, dessen Fortschreibung sie mit Optimismus in Angriff nehmen könnten. Der linksgrüne, „postnationale“ Zeitgeist zwischen Weltrettungs-Idealismus, Gender-Mainstreaming und Live-Ticker-Katastrophismus sorgt dafür, dass kritisch-pragmatische Vernunft und politischer Realismus immer mehr in eine Minderheitenposition geraten.

So hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, die Merkel-Vertraute Annette Widmann-Mauz, gerade verkündet, dass nun auch der politisch korrekte Begriff „Migrationshintergrund“ abgeschafft werden soll, weil er nicht mehr „zeitgemäß“ sei. Die von ihr beauftragte „Fachkommission Integrationsfähigkeit“ geht nach zwei Jahren (!) Arbeit in ihrem Abschlussbericht noch weiter: Die titelgebende Bezeichnung „Integrationsfähigkeit“ sei „verengend“ und solle ebenso wenig weiter benutzt werden wie das Wort von der „Mehrheitsgesellschaft“. Lieber wolle man künftig von „Einwanderungsgesellschaft“ sprechen, in der keine Gruppe diskriminiert und ausgegrenzt werde.

Umformung der Wirklichkeit

Wir verstehen: Über die Verordnung offiziöser Sprachregelungen soll die Wirklichkeit umgeformt, teils gleich ganz zum Verschwinden gebracht werden. Wie aber, um Himmels willen, sollen Menschen aus fernen Ländern und Kulturen jemals in Deutschland ankommen, wenn die „Einwohnenden“ (Originalton gendergerechte Sprache) der „Einwanderungsgesellschaft“ selbst nicht wissen, in welchem Land, mit welcher Geschichte und Kultur, mit welchen Werten, Rechten und Pflichten sie eigentlich leben – wenn sie also kein angemessenes und, ja, verbindlich-mehrheitsfähiges Selbst-Bewusstsein haben?

Dann bleibt uns nur noch die Übernahme des Sprachgebrauchs der Bundeskanzlerin, dann sind wir eben „Menschen, die schon länger hier leben“.

Mehr Geschichtslosigkeit geht nicht.

● Reinhard Mohr war bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Zu seinen Büchern gehört „Bin ich jetzt reaktionär? Bekenntnisse eines Altlinken“ (Gütersloher Verlagshaus, 2013).

Die bürgerliche Mitte wirkt merkwürdig verloren, blass, konturlos, ohne Ausstrahlungskraft und Selbstbewusstsein – und das, obwohl sie für das weltweit gefeierte „Modell Deutschland“ steht

MELDUNGEN

Weit hinter den Plänen zurück

Berlin – Nach den Plänen der Bundesregierung sollten neun Zehntel der Gesundheitsämter in Deutschland bis Ende des vergangenen Jahres eigentlich ein vom Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI) entwickeltes Programm namens Sormas nutzen. Das Programm vom Helmholtz-Zentrum in Braunschweig war ursprünglich zur Ebola-Bekämpfung entwickelt worden, ist aber inzwischen um ein Covid-19-Modul ergänzt worden. Eine Anfrage der gesundheitspolitischen Sprecherin der Grünen im Bundestag, Maria Klein-Schmeink, ergab, dass das Programm mit Stand 31. Dezember bei nur weniger als einem Drittel der Gesundheitsämter eingerichtet und einsatzbereit war. Konkret waren dies 111 der insgesamt 375 Gesundheitsämter in Deutschland. Sormas wurde konzipiert, um infizierte Personen schneller identifizieren und den zuständigen Gesundheitseinrichtungen in Echtzeit Informationen liefern zu können.

N.H.

Windkraft unter der Lupe

Geesthacht – Seit November 2019 wird am Helmholtz-Zentrum in Geesthacht bei Hamburg im Rahmen des Großforschungsprojekts „X-Wakes“ die Auswirkung von Offshore-Windkraftanlagen auf die Luft und das Wasser in ihrer direkten und weiteren Umgebung untersucht. Die Standorterkundung für den geplanten weiteren Ausbau der Offshore-Windkraft in der Nordsee ist der zentrale Auftrag des Projekts, an dem auch die Energieversorger beteiligt sind. Bis Ende 2020 wurden auf Nord- und Ostsee 7,76 Gigawatt (GW) Offshore-Windkapazität installiert (1500 Turbinen), bis 2030 sollen es mehr als doppelt so viele, nämlich 20 GW, werden. Jede Turbine entzieht dem Wind ständig etwa 59 Prozent seiner Energie. Im Windschatten der Anlagen entstehen so kilometerlange Wirbelschleppen mit geringerer Windgeschwindigkeit und höherer Turbulenz. Die Windparks sorgen aber auch im Wasser für mehr Turbulenzen. In Wechselwirkung mit den natürlichen Strömungen verwirbeln sie den Meeresboden und beeinflussen so die Meeresumwelt. Die Auswirkungen auf die Umwelt könnten beträchtlich sein.

D.J.

Info-Zentrum mit Beiboot

Hoyerswerda – Ein sogenanntes Info-Zentrum soll ab kommendem Frühjahr am nordwestlich der sächsischen Kreisstadt Hoyerswerda gelegenen Geierswalder See an die als Kreuzfahrtschiff gebaute „Wilhelm Gustloff“ und deren Untergang in der Ostsee vor 76 Jahren erinnern. Kernstück des Info-Zentrums soll das einzige erhaltene Beiboot der „Wilhelm Gustloff“ werden. Die kleine Anlage soll aus drei umgebauten Containern bestehen. Die nachträglich mit Fenstern versehenen Blechkisten sollen so verkleidet werden, dass der Eindruck entsteht, man stehe vor einem Schiffsbug. Der Ausbau der Großraumbehälter wurde durch die Hoyerswerdaer Gesellschaft für Aus- und Fortbildung (GAF) unterstützt.

M.R.

Im Visier des Verfassungsschutzes

Während sich die Partei gegen die Einstufung als rechtsextremer „Verdachtsfall“ wehrt, bescheinigt ein internes Gutachten dem Berliner Landesverband Verfassungstreue. SPD-Innensenator Geisel tobt

VON ROBERT MÜHLBAUER

Die Auseinandersetzung zwischen der AfD und dem Verfassungsschutz spitzt sich zu. Eine verschärfte Beobachtung könnte Ende Januar verkündet werden. Mit mehreren Klagen und Eilanträgen beim Verwaltungsgericht Köln gegen das dort ansässige Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat die Partei versucht zu verhindern, dass sie vom BfV zum rechtsextremen „Verdachtsfall“ erklärt wird. Die AfD argumentierte unter anderem damit, dass ihr Recht auf Chancengleichheit verletzt werde. Am Montag dieser Woche gab der VS eine „Stillhaltezusage“ ab. Er wird nichts unternehmen, bis das Verwaltungsgericht über die Eilanträge entschieden hat. Schon das wurde als Teilerfolg für die AfD angesehen. Der Verfassungsschutz habe „den ersten Schritt verstopft“, schrieb etwa die „taz“.

Ein anderer Vorgang in Berlin hat unterdessen hohe Wellen geschlagen. Der Berliner Landes-AfD war durch einen anonymen Informanten ein Zwischenbericht des Landesamts für Verfassungsschutz

zugespielt worden. Die Autoren äußern in dem 43 Seiten langen Papier starke Zweifel, ob die AfD als rechtsextrem und verfassungsfeindlich einzustufen sei. Der untersuchte Einfluss des rechten „Flügels“ in Berlin wird als „sehr gering“ bewertet. In der Gesamtschau der gesammelten Erkenntnisse über die AfD Berlin seien „keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte ersichtlich, die die Schwelle zum Verdachtsfall überschreiten“, heißt es als Fazit. Es war eine Art Persilschein.

Rot-rot-grün zeigt sich empört

Innensenator Andreas Geisel (SPD), die Grünen und die Linkspartei zeigten sich empört darüber, dass die Partei in den Besitz des Berichts gelangt war. Geisel ließ mitteilen, der entlastende Bericht weise „methodische Mängel“ auf und sei nur eine vorläufige Zwischenversion gewesen. Nur zwei Tage nach dem Bekanntwerden des brisanten Papiers wurde ein Referatsleiter des Verfassungsschutzes vom Dienst freigestellt. Die „Berliner Zeitung“ fasste den Vorgang so zusammen: „Ein Bericht des Berliner Verfassungsschutzes

sieht bei der AfD keine Verfassungsfeindlichkeit. Die Innenverwaltung will deshalb den Autor feuern.“ AfD-Parteichef Jörg Meuthen kritisierte dies als Skandal. Es zeige, „wie die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes in der Realität vonstattengeht“, sagte Meuthen.

Für die Partei könnte das durchgestochene Berliner Papier ein wichtiges Beweismittel in dem anstehenden Rechtsstreit sein. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will unbedingt verhindern, dass Gerichte einen „Verdachtsfall“-Beschluss kippen. Seehofer hat die Juristen seines Ministeriums daher nochmals mit einer genauen Prüfung beauftragt. Eine erfolgreiche Klage der AfD im Superwahljahr wäre eine gewaltige Blamage und eine Glaubwürdigkeitskrise für die Innenminister und ihre Verfassungsschutzämter.

Die AfD-Spitze um Meuthen hat sich seit Längerem auf einen Abwehrkampf eingestellt. Ein Teil der Abwehrstrategie bestand darin, den Rechtsaußen-Flügel zu stützen und Radikale auszuschließen. Der größte Schritt dabei war der Rauswurf des Brandenburger AfD-Landesschefs Andre-

as Kalbitz wegen einer verheimlichten rechtsextremistischen Vergangenheit. Darüber kam es zum Konflikt mit dem AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland. Kalbitz erlitt vergangene Woche im Berufungsverfahren vor dem Kammergericht Berlin abermals eine juristische Schlappe.

Wie einflussreich ist der „Flügel“?

Ohne Kalbitz wirkt der offiziell aufgelöste „Flügel“ um den Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke schwächer. Beim jüngsten Bundesparteitag im November unterlagen „Flügel“-Kandidaten bei allen Wahlen. Dennoch hat Bundesverfassungsschutzchef Thomas Haldenwang mehrfach behauptet, die „Flügel“-Leute könnten ihre Machtposition in der AfD ausbauen. Dies wird eine der entscheidenden Fragen im juristischen Streit um die Beobachtung der Partei sein. Dem „Flügel“ sollen angeblich 7000 der mehr als 34.000 Mitglieder nahestehen.

Kommt es zur Hochstufung zum „Verdachtsfall“, kann der Inlandsgeheimdienst die AfD mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten, also etwa Telefonate abhören, und er kann V-Leute anwerben und einschleusen. Ungemütlich dürfte die BfV-Beobachtung besonders für Beamte, etwa Polizisten oder auch Soldaten werden, die sich in der AfD engagieren. Allerdings sei die Vorstellung falsch, dass ihre berufliche Position unmittelbar gefährdet sei. Es komme auf das individuelle Verhalten an, betonte der Juraprofessor Ralf Brinktrine von der Universität Würzburg in einem Interview, das er der „Süddeutschen Zeitung“ gab. Wer bloß zahlendes Mitglied sei, „dem wird man auch künftig oft wenig anhaben können“.

Nur wenn Beamte selbst mit als verfassungsfeindlich gewerteten Äußerungen auffallen und sich mit hohen Parteiämtern oder als „Flügel“-Anhänger exponieren, könnte dies als Verletzung der Treupflicht gesehen werden, sagen Beamtenrechtler. Ein hoher AfD-Funktionär sagte gegenüber der PAZ, er habe dennoch Angst, dass bürgerlich-konservative Parteimitglieder kalte Füße bekämen und austreten würden.

Die Nervosität in der AfD ist mit Händen zu greifen. Aber auch ihre Gegner scheinen nicht frei von Nervosität, wie die Reaktion des Berliner SPD-Innensensors Geisel zeigt.



Wütend, weil der Verfassungsschutz zum unerwünschten Ergebnis gekommen ist: Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD)

FDP

Zuversicht bei den Liberalen wächst

Während die Regierung schwächelt, gewinnen die Freien Demokraten wieder an Profil

Die Zustimmungswerte für die Corona-Politik der Bundesregierung sinken. Gleichzeitig scheint sich die FDP zu erholen. Parteichef Christian Lindner wittert Morgenluft, weil er sich ein Stück weit bestätigt fühlen kann. Schon früh hatten sich die Liberalen als Kritiker allzu scharfer Eindämmungsmaßnahmen profiliert, was ihnen den Vorwurf einbrachte, sie würden sich in geistiger Nähe zur Alternative für Deutschland befinden.

Doch während die AfD unter dem Druck möglicher Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ächzt (siehe oben) und mit internen Ränkespielen beschäftigt ist, stieg die FDP in Umfragen auf bis zu neun Prozent. Einen derart hohen Wert hat sie lange nicht er-

reicht. „Wir sind die einzige Opposition“, sagte Lindner, als er in der vergangenen Woche vehement eine Beteiligung des Bundestags an den Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung einforderte.

Der erklärte Gegner ist die Union

Hinter den Liberalen liegen schwere Monate. Vom Beginn der Pandemie an hat die Partei versucht, sich als Wahrer der Interessen der Wirtschaft zu positionieren. Als der erste Lockdown glimpflich verlief und die Corona-Zahlen im Sommer einbrachen, da stieg die Zustimmung für die Bundesregierung stetig an. Als im Herbst die Zahlen wieder anstiegen, war das Vertrauen zur Kanzlerin Angela Merkel ungeboren hoch.

Doch nach quälenden Lockdown-Monaten und immer den gleichen Parolen finden plötzlich die Liberalen Gehör. „Ich frage mich, wann die Bundeskanzlerin ein Ende dieser Strategie sieht? Und deswegen brauchen wir eine breitere Debatte. Wir müssen mehr Experten hören, die auch Alternativvorschläge machen“, sagte Generalsekretär Volker Wissing.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki bekundete lautstark seine Verwunderung darüber, dass die Kanzlerin immer dieselben Berater um sich versammelt. Der Altliberale ist neben Lindner das prominenteste Gesicht der Partei. Und er scheint die Richtung vorzugeben. Seitdem die CDU die Weichen eindeutig Richtung schwarz-grüner Koalition nach

der nächsten Bundestagswahl gestellt hat, teilt Kubicki fast wöchentlich aus. Lieblingsfeind ist der bayerische Ministerpräsident Markus Söder. Der erklärte Gegner ist die Union.

Ganz im Sinne der FDP dürfte es sein, dass die CDU zukünftig von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Armin Laschet statt von Friedrich Merz geführt wird. Der Wirtschaftsexperte ist in FDP-Kreisen nämlich äußerst beliebt und hätte der Partei wohl Wähler abspenstig machen können. Nach seiner Wahlniederlage wird sogar über seinen Beitritt zu den Liberalen spekuliert. Parteichef Lindner hat dies vehement dementiert. Aber über die mediale Aufmerksamkeit wird er sich sicher gefreut haben. Peter Entinger

IMMIGRANTENQUOTE

„Das ist grob verfassungswidrig“

Öffentlicher Dienst: Berlins Integrationsssenatorin will Immigranten bei der Einstellung bevorzugen

VON NORMAN HANERT

Mit ihrem Plan, eine Immigrantenquote für den gesamten öffentlichen Dienst der Hauptstadt einzuführen, stößt Berlins Senatorin für Integration, Elke Breitenbach, selbst in der eigenen Koalition auf starken Widerstand. Durch einen Pressebericht war Mitte Januar ein Gesetzentwurf der Politikerin bekannt geworden, der Verwaltung, den Landesbetrieben, Gerichten und Staatsanwaltschaften eine Quote von Mitarbeitern mit „Migrationsgeschichte“ als Ziel vorzugeben.

Nach den Vorstellungen Breitenbachs soll die Quote dem Immigrantanteil an der Bevölkerung entsprechen. Derzeit wären dies etwa 35 Prozent. Zustimmung für den Quotenplan der Linkspartei-Politikerin kam von den Berliner Grünen. Kühl reagierte dagegen aber der Koalitionspartner SPD: Frank Zimmermann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, twitterte nach dem Bekanntwerden des Gesetzentwurfs: „Ziemlich kühn, dass Elke Breitenbach und die Integrationsbeauftragte im ‚Tagesspiegel‘ verkünden, R2G plane eine 35-Prozent-Quote für Migranten im Öffentlichen Dienst und eine Bevorzugung bei der Einstellung. Die SPD-Fraktion hat das jedenfalls nicht beschlossen.“

Erinnerung an NS-Ahnenpass

Der rechtspolitische Sprecher der Berliner Union, Sven Rissmann, sprach sogar von einem „weiteren verfassungswidrigen Gesetz“. AfD-Rechtspolitiker Marc Vallenda kündigte zudem bereits eine Klage seiner Partei gegen die geplante Immigrantenquote für den öffentlichen Dienst des Landes Berlin an. Der Verfassungsrechtler Arnd Diring gab gegenüber dem „Tagesspiegel“ ebenfalls eine sehr deutliche Einschätzung zu dem Vorhaben ab: „Das ist grob verfassungswidrig, das brauchen sie gar nicht erst zu versuchen.“ Der Jurist verwies dabei auf eine klare Vorgabe des Grundgesetzes, wonach jeder Deutsche „nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte“ habe.



Widerstand auch aus der SPD: Integrationsssenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei)

Foto: imago images/Christian Ditsch

Leser machten in Kommentaren zu einem Artikel in der „Welt“ darauf aufmerksam, dass die Pläne der Linkspartei-Senatorin auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte möglicherweise nicht besonders sensibel sind.

Denkt man den Vorschlag nämlich konsequent zu Ende, dann wird es künftig an irgendeiner Stelle der Einstellungsverfahren für den öffentlichen Dienst die Vorschrift geben, dass die Bewerber ihre Herkunft als Immigrant, ihre „Migrationsgeschichte“, nachweisen und belegen. Unter anderen Vorzeichen und mit möglicherweise schon den Nationalsozialisten mit ihrem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ bindende Herkunftsnachweise verlangt. Mussten deutsche Staatsbürger seinerzeit einen „Ahnenpass“ führen und nachweisen, keine fremden, jüdischen oder ziganischen Wurzeln aufzuweisen,

so sollen sie in Berlin laut dem Breitenbach-Plan künftig fremde Wurzeln vorweisen müssen, um nicht benachteiligt zu werden. Denn bislang verfügen nur etwa zwölf Prozent der Berliner Landesbediensteten über einen „Migrationshintergrund“. Bis die geforderte Quote von 35 Prozent erfüllt wäre, müssten rein deutsche Bewerber allein aufgrund ihrer Herkunft mit jahrelanger Zurücksetzung rechnen.

„Integration“ soll verschwinden

Bundesweit betritt Breitenbach mit ihrem Gesetzentwurf nicht nur juristisch Neuland. Auffallend ist, dass im Entwurf der Linkspartei-Senatorin der Begriff „Integration“ generell nicht mehr verwendet wird. Laut Breitenbach eine bewusste Entscheidung: „Der Begriff geht davon aus, dass es eine Mehrheitsgesellschaft gibt und dass Menschen, die hierherkom-

men, sich anpassen müssen.“ Aus Sicht Breitenbachs ist dies „ausgrenzend“, stattdessen gehe es „um Partizipation: die Einbeziehung aller Menschen“.

Neben dem Wort „Integration“ könnte indes bald auch der Begriff „Migrationshintergrund“ zunehmend ersetzt werden. Eine von der Bundesregierung beauftragte Kommission zur Integrationspolitik hat vor Kurzem vorgeschlagen, statt von „Migrationshintergrund“ künftig von „Eingewanderten und ihren (direkten) Nachkommen“ zu reden. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Formsache. Bislang ist es bei in Deutschland geborenen Kindern mit deutschem Pass üblich, von einem „Migrationshintergrund“ zu sprechen, wenn sich dies von mindestens einem Elternteil ableitet. Die neue Kategorie „Eingewanderte und ihre direkten Nachkommen“ würde diese Kinder nicht mehr erfassen.

SKANDAL-FLUGHAFEN

BER kommt aus Pannenserie nicht heraus

Rettungseinsätze nach Stromschlägen – Abfertigung bleibt trotz niedriger Passagierzahlen desaströs

Sieht man von den finanziellen Ausfällen ab, dann konnte der Großflughafen BER bei Berlin im vergangenen Herbst wie unter idealen Laborbedingungen in Betrieb gehen: Pandemiebedingt sind Flugplan und Passagierzahlen extrem ausgedünnt. So meldete die Flughafengesellschaft für den vergangenen Dezember nur noch rund zehn Prozent der Passagierzahlen der Berliner Flughäfen vom Dezember 2019.

Verdi fordert Terminal-Schließung

Erneute Pannen werfen bei Beobachtern nun allerdings die Frage auf, ob der BER einen Start unter Vollastbedingungen überhaupt bewältigt hätte. Nach Angaben der Gewerkschaft Verdi hat Sicherheitspersonal beispielsweise an Geräten der Gepäckkontrollen im neuen Terminal 1 inzwischen 60 Mal Stromschläge erlitten. Mehrere Mitarbeiter mussten nach sol-

chen Vorfällen sogar in Krankenhäusern behandelt werden. Laut Gewerkschaftsangaben ist es allein am 6. Januar alleine zu elf Unfällen durch Stromschläge gekommen, viermal waren dabei Rettungseinsätze erforderlich. Nach den Stromschlägen litten die betroffenen Mitarbeiter unter Schmerzen, Taubheitsgefühl und Benommenheit. Ein Verdi-Vertreter klagt: „Manche Mitarbeiter werden mehrmals während einer Schicht von Stromschlägen betroffen. Eine Kollegin traf es viermal, sie quitierte für den Tag ihren Dienst.“

Verantwortlich für die Geräte ist laut Arbeitnehmervertretern die Bundespolizei. Diese bestätigte, dass es Probleme mit elektrostatischen Aufladungen gebe. Als mögliche Gegenmaßnahmen hat die Behörde ein regelmäßiges feuchtes Wischen des Fußbodens und andere Bekleidungs-materialien für das Personal empfohlen.

Aus Sicht von Verdi haben aber auch Gummimatten und Antistatik-Schlüsselanhänger keine wirksame Abhilfe gebracht. „Geholfen hat das bisher kaum“, so Gewerkschaftsvertreter Benjamin Roscher. Inzwischen hat Verdi sogar die Schließung des erst im Oktober in Betrieb genommenen Terminals verlangt.

Chaos nach nur zwei Flugzeugen

Schon kurz nach der Eröffnung hatten Flughafenmitarbeiter und Besucher überdies Schäden im Dach des neuen Flughafengebäudes festgestellt. Dabei war Regenwasser durch ein undichtes Oberlicht in ein Treppenhaus getropft. Um das Wasser aufzufangen, platzierten Mitarbeiter zunächst eine Kiste unter der undichten Stelle. Die geringe Auslastung des Flughafens würde es derzeit sogar erlauben, entsprechend der Verdi-Forderung auf das neue Abfertigungsgebäude zunächst ganz

zu verzichten. Bislang steht noch das nahegelegene Terminal des alten Flughafens Schönefeld bereit. Dort gibt es Tage, an denen kein einziges Flugzeug auf die Reise geschickt oder empfangen wird.

Selbst der stark ausgedünnte Flugplan ist für den Großflughafen aber offenbar eine große organisatorische Herausforderung: Am 17. Januar drängelten trotz Corona-Auflagen Hunderte Passagiere dicht gedrängt vor der Passkontrolle im alten Terminal 5. Ursache des Gedrängels waren zwei Flugzeuge, die mit insgesamt 427 Passagieren kurz nacheinander aus Albanien und Moldawien gelandet waren. Trotz der aktuellen Minimalauslastung hatte es die Flughafengesellschaft allem Anschein nach nicht geschafft, die Passagiere aus Osteuropa entsprechend den Pandemieregeln abzufertigen, was beispielsweise das Einhalten von Mindestabständen erfordert hätte. N.H.

KOLUMNE

Candy Crush und Konferenz

VON VERA LENGSELD

Ein offensichtlich kindischer Ministerpräsident Ramelow hat in launiger Runde in der neuen Internet-Debatte-App „Clubhouse“, die Politiker und Journalisten in lockerer Hinterzimmeratmosphäre zusammenführt, gestanden, dass er während der Ministerpräsidentenkonferenz Candy Crash auf seinem Handy spielt und dabei bis zu zehn Level schafft. So sieht das Ringen unserer Politiker um die „Corona-Strategie“ aus!

Nachdem seine Äußerungen auf Kritik stießen, entschuldigte sich Ramelow dafür, dass der en passant die Kanzlerin „das Merkelchen“ genannt hat, legte aber in der Hauptsache nach: „Die einen spielen Sudoku, die andern spielen auf ihren Handys Schach oder Scrabble, und ich spiele Candy Crush“ während der langen Sitzungen.

Wenn wir noch eine funktionierende Presse hätten, dann würde es Forderungen nach Rücktritt von Ramelow und Abschaffung der Ministerpräsidentenkonferenz hageln. Stattdessen sinniert die „Süddeutsche“ nur darüber, ob es Ramelow bewusst gewesen sei, dass er bei der Plauderei bis zu 3000 Zuhörer hatte. Der „Mercur“ drückt nur ein paar vorsichtige Kritiken ab, wie die von Ramelows Innenminister Georg Maier (SPD), der meinte, sollte sich das bewahrheiten, dass „Bodo Ramelow während der Ministerpräsidentenkonferenz Handyspiele spielt, dann sollte er sein Verhalten überprüfen“.

Diese Ministerpräsidentenkonferenz (ein Gremium, das es laut Verfassung nicht gibt und das gemeinsam mit Kanzlerin Merkel die Parlamente aushebelt, indem es Beschlüsse fasst, die nur die Volksvertretungen fassen dürften) daddelt auf ihren Handys, während die Grundrechte der Bürger abgeschafft, die Wirtschaft ruiniert und Existenzen vernichtet werden!

Wer fasst ihre Beschlüsse eigentlich, während die Ministerpräsidenten anderweitig zu ihrer Entspannung beschäftigt sind?

MELDUNG

AfD klagt gegen Beobachtung

Potsdam – Brandenburgs AfD hat eigenen Angaben zufolge durch ihren Prozessbevollmächtigten Michael Elicker Klagen vor dem Landesverfassungsgericht und vor dem Verwaltungsgericht Potsdam eingereicht. Das Verfassungsgericht soll die Beobachtung der Partei als solche untersagen, vor dem Verwaltungsgericht soll dem Innenminister Michael Stübgen (CDU) im Wege einer einstweiligen Anordnung zudem untersagt werden, über die Beobachtung der Partei zu berichten. Elicker: „Es darf keine Beobachtung der größten Oppositionspartei im Land durch die Landesregierung, beziehungsweise durch den von der Regierung geführten Verfassungsschutz geben.“ Hans-Christoph Berndt, Chef der brandenburgischen AfD-Landtagsfraktion, wartet seit Monaten darauf, dass der Verfassungsschutz ihm Einsicht in die über ihn angelegte Akte gewährt. SPD-Fraktionschef Erik Stohn möchte vor allem wissen, ob die AfD Kontakte zu rechtsextremen Terroristen habe. F.B.

● MELDUNGEN

Gates hortet Ackerland

Seattle – Wie die Zeitschrift „The Land Report“ berichtet, ist Bill Gates der größte private Ackerlandbesitzer in den Vereinigten Staaten. Laut dem Bericht nennt der Gründer von Microsoft in den USA mittlerweile rund 242.000 Acres, knapp 100.000 Hektar, Ackerland in 18 Bundesstaaten sein Eigen. Gekauft und verwaltet wird das Land überwiegend durch Gates' Investmentgesellschaft Cascade Investments mit Sitz in Kirk im Bundesstaat Washington. Wie „The Land Report“ weiter berichtet, liegen die von Cascade Investments gezahlten Preise oft über den ortsüblichen Kaufpreisen. Im Fall eines bekanntgewordenen Kaufs von Ackerland im US-Bundesstaat Washington lag der von Gates gezahlte Preis mit 29.000 US-Dollar je Hektar sogar um ein Vielfaches höher als die üblicherweise in der Region gezahlten Preise. Cascade Investments hat bisher Anfragen von US-Wirtschaftsmagazinen zur Nutzung der Ackerflächen nicht beantwortet. N.H.

Ein Drittel will ins Ausland

Beirut – Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung in sechs Ländern der arabischen Welt zehn Jahre nach der Arabischen Rebellion hat eine insgesamt hohe Migrationsbereitschaft ergeben. Im Libanon stieg die Zahl derer, die ihre Heimat verlassen möchten, im Vergleich zu einer Umfrage aus dem Jahr 2018 von 26 auf 34 Prozent. Die Mehrheit der Befragten gab dafür wirtschaftliche Gründe an. Das Land leidet unter der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise in seiner Geschichte. Die Explosion im Hafen von Beirut im vergangenen August hat die katastrophale Lage noch verschärft. Die Ausreisewilligen zieht es überwiegend in den Westen, vor allem nach Europa. Dabei sind junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren eher bereit, ihre Heimat zu verlassen, unter ihnen bilden Männer wiederum die Mehrheit. Auch in Tunesien, Marokko, Algerien, Libyen und Jordanien gibt es viele Frustrierte, deren Hoffnung auf ein besseres Leben nach der Revolution nicht erfüllt wurde, da ihre jeweiligen Regierungen die Probleme nicht gelöst haben. Deutschland genießt bei Arabern nicht zuletzt wegen der Aufnahme von Immigranten ein hohes Ansehen. MRK

Steht eine Putindämmerung bevor?

Mehr als 100.000 Menschen protestieren landesweit – Moskau setzt weiter auf Symbole der Stärke

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Etwas hat sich verändert seit der Festnahme des Kremlkritikers Alexej Nawalnyj: Erstmals während Wladimir Putins langer Herrschaft gab es landesweit Proteste. Von Königsberg im Westen bis Chabarowsk in Fernost – in über 100 Städten der Russischen Föderation gingen vor allem junge Menschen zwischen 18 und 35 Jahren, auf die Straße. Bis zu 160.000 Demonstranten sollen es gewesen sein. Selbst Minustemperaturen von 51 Grad Celsius in Jakutsk hielten sie nicht davon ab, ihren Unmut kundzutun. Die Regierung reagierte mit Massenverhaftungen.

Schneebälle gegen Schlagstöcke

Bei den Videos der Demonstrationen, die sich in Windeseile im Internet verbreiteten, fällt auf, dass die Polizei in Moskau und St. Petersburg offenbar härter durchgriff als im Osten des Landes. Dort wirkten die Einsatzkräfte eher zurückhaltend. Angriffe sowie freundschaftliche Szenen gab es auf beiden Seiten. Die Demonstranten agieren zunehmend furchtlos. Mehrere von ihnen griffen Polizisten an, durchbrachen Absperrungen, beschädigten Einsatzfahrzeuge oder warfen Flaschen. In Wladi-

wostok ließ eine Gruppe Polizisten tatenlos einen Schneeballhagel über sich ergehen. Es gab Szenen, in denen sich Polizisten deeskalierend verhielten, sowie solche, in denen Schlagstöcke zum Einsatz kamen.

Laut Umfragen wächst die Bereitschaft der Russen, für ihre Rechte auf die Straße zu gehen. Über 40 Prozent gaben an, zum ersten Mal an einer Demonstration teilzunehmen. Dabei geht es nicht allein um Nawalnyj, sondern um Freiheit. 62 Prozent der Demonstranten waren junge Erwachsene. Sie erreicht das System Putin nicht mehr. Auf der Social-Media-Plattform „Tik-Tok“ machen sie sich über den „Opa im Betonbunker“ lustig, geben Tipps, wie man sich als Amerikaner ausgibt, um bei einer Demo der Verhaftung durch die Spezialeinheit Omon zu entgehen.

Wird auch Nawalnyj selbst nur von zirka 20 Prozent der Russen unterstützt, so hat sein Palast-Video doch einen Nerv getroffen. Innerhalb nur weniger Tage wurde es 85 Millionen mal angesehen. In dem von einer Produktionsgesellschaft in Los Angeles produzierten und in den „Blackforest Studios“ in Kirchzarten final bearbeiteten Video stellt Nawalnyj Putin als raffgierigen und korrupten Politiker dar. In Drohenaufnahmen des Anwesens und 3D-Animationen des Interieurs werden sündhaft teu-

re Luxusgüter gezeigt, die geeignet sind, das Neidpotential des Betrachters zu schüren. Nawalnyj tritt eloquent und arrogant auf. Er erwähnt zwar, dass er bei den Interieurtaufnahmen auf Katalogmaterial der italienischen Hersteller zurückgegriffen hat, nicht jedoch, dass jedes erdenkliche kompromittierende Material auf dem digitalen Schwarzmarkt käuflich erhältlich ist. Hier bedient sich laut eigenen Angaben auch das Recherchenetzwerk Bellingcat.

Einer für alle, alle für einen

Neu ist, dass Nawalnyj Putin direkt angreift. Die Parole „Einer für alle, alle für einen“ zieht offenbar bei den literaturaffinen Russen. Nawalnyjs Rückhalt in der Bevölkerung ist seit seiner Rückkehr zwar gewachsen, doch möglicherweise überschätzt er – wie einst der Oligarch Michail Chodorkowskij – seinen Einfluss.

Experten wie der politische Beobachter Kirill Rogow glauben, dass die Massendemonstrationen nicht das Ergebnis des Nawalnyj-Films sind, sondern einer seit zehn Jahren anhaltenden latenten Unzufriedenheit. Putins größtes Problem ist die Jugend. Bei Leuten unter 30 gibt es kaum Putin-Freunde, während die Generation der über 60-Jährigen, die den Zerfall der Sowjetunion und die wirtschaftlichen Wir-

ren nach der Perestrojka erlebt haben, in den 90er Jahren Putin, den „Mann aus den Organen“, dafür schätzen gelernt hat, dass er für Ordnung, Stabilität und eine Steigerung des Lebensstandards sorgte.

Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den Umfragen des Levada-Zentrums wider. In einem Jahresrückblick fasst Denis Wolkow die Umfrageergebnisse zusammen. Demnach hat die Corona-Krise zur Verschlechterung der Lagebewertung geführt. In der Bevölkerung wächst der Pessimismus, was sich auch auf die Wertschätzung des Präsidenten negativ auswirkt. Schon jetzt sind die Folgen des harten Lockdowns im Frühjahr sichtbar wie Arbeitslosigkeit, der Rückgang der Einkünfte, Insolvenzen sowie insgesamt eine Verschlechterung des Lebensstandards.

Der Bevölkerungsanteil der Unzufriedenen ist laut Levada-Zentrum auf 30 Prozent gestiegen, wobei es einen Unterschied zwischen Jung und Alt gibt. Eine Minderheit von 30 Prozent unterstützt die Opposition, die Mehrheit ist nach wie vor für Putin. Auch im Verhältnis zu Nawalnyj zeigt sich eine Kluft zwischen Jung und Alt. Das sei darauf zurückzuführen, woher sie ihre Informationen erhalten. Junge Leute, die das Internet nutzen, glauben, dass ihr Staat für die Vergiftung des Kremlkritikers verantwortlich sei. Ältere, die das staatliche Fernsehen ansehen, halten Spezialkräfte der USA für schuldig. Seine Unterstützer sehen in Nawalnyj eine politische Alternative zum herrschenden Regime. Er ist inzwischen in den Rang der zehn am vertrauenswürdigsten scheinenden Politiker aufgestiegen. Wie seine Zukunft aussieht, wenn seine Mitstreiter verhaftet und Kommunikationskanäle gekappt werden, ist ungewiss.

Die Zukunft Putins werde von der wirtschaftlichen Lage abhängen, so Wolkow. Entscheidend ist jedoch auch, wie die Regierung mit Protesten umgeht. Dort, wo sie Zugeständnisse gemacht hat wie in Jekaterinburg, führte dies zur Beruhigung, dort, wo sie mit Härte durchgriff, gab es eine Eskalation wie in Chabarowsk, wo die Proteste gegen die Verhaftung des Gouverneurs schon ein halbes Jahr anhalten.

Bislang setzt Putins autokratisches Regime stets auf die allmähliche Zersetzung Andersdenkender. Verhaftungen sollen sie demoralisieren und sie von politischer Einmischung abhalten. Wenn die Spezialeinheiten des Präsidenten allerdings den Enkeln seiner Unterstützer weiterhin bei Demonstrationen eins über den Schädel ziehen, ist fraglich, wie lange eine Putindämmerung noch auf sich warten lässt.



Junge Demonstranten in Moskau und zahlreichen anderen Städten zeigen sich unerschrocken: „Ich habe keine Angst“ ist auf dem roten Plakat und „Einer für alle und alle für einen“ neben dem Foto des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj zu lesen

GRENZKONFLIKT

China fühlt sich durch Indien provoziert

Neu-Delhi hat den autonomen Status der auch als „Klein-Tibet“ bezeichneten Grenzregion Ladakh de facto aufgehoben

Zwischen den beiden Nuklearmächten Indien und China eskalieren die Spannungen. Vordergründig resultiert das aus territorialen Streitigkeiten, die im Herbst 1962 schon einmal in einem Grenzkrieg gipfelten. Peking hält seitdem die eigentlich zu Indien gehörende Hochregion von Aksai Chin und das Shaksgam-Tal besetzt. Darüber hinaus beansprucht es noch weitere 90.000 Quadratkilometer indischen Territoriums. Nun fühlt sich die Volksrepublik von dem Nachbarland provoziert, weil dieses den autonomen Status des ehemaligen buddhistischen Königreiches Ladakh, das als „Klein-Tibet“ gilt, de facto aufhob.

Darüber hinaus geht es aber noch um mehr. So argwöhnt die Führung in Peking, der sogenannte Quadrilaterale Sicherheitsdialog zwischen Indien, Australien, Japan und den USA werde demnächst in ein antichinesisches Militärbündnis münden.

Indien wiederum wertet die zahlreichen ambitionierten Infrastrukturprojekte der Volksrepublik in Bangladesch, Myanmar, Nepal, Pakistan und Sri Lanka als absichtliche Einkreisung und versucht daher im Gegenzug, China wirtschaftlich zu schaden. Beispielsweise richtet sich die 2014 von Premierminister Narendra Modi gestartete Initiative zur Förderung der

Produktion im Inland nun zunehmend gegen das Reich der Mitte. Streckenweise läuft die Kampagne „Make in India“ mittlerweile sogar auf einen unverhüllten Boykott chinesischer Produkte hinaus. In den letzten Monaten verbot die Regierung in Neu-Delhi rund zweihundert Handy-Apps von Anbietern aus China und forderte darüber hinaus alle staatlichen Firmen auf, keine Technologie aus dem Huawei-Konzern zu nutzen. Außerdem benötigen indische Unternehmen jetzt eine formelle Genehmigung, wenn sie mit Investoren aus China kooperieren wollen.

Peking reagierte auf Letzteres, indem es indischen Gründern, die durch die

Maßnahmen ihrer Staatsführung schwerer an Startkapital kommen, einen besseren Zugang zum chinesischen Markt bietet, um dergestalt Verbündete zu gewinnen. Ob sich die antichinesische Stimmung in Indien dadurch dämpfen lässt, bleibt indes fraglich. Zu verbreitet ist dort der Ärger über die ständigen Zusammenstöße an der nach wie vor nicht offiziell festgeschriebenen Grenze zwischen Indien und dem von Peking kontrollierten Autonomen Gebiet Tibet.

Beispielsweise sollen Mitte Juni 2020 einige indische Militärs am Fluss Galwan in Ladakh Angehörige der Volksbefreiungsarmee „proviziert und angegriffen“

haben. Die zettelten daraufhin eine brachiale Massenschlägerei mit Fäusten, Steinen und Knüppeln an, in deren Verlauf mindestens 20 Inder und eine unbekannte Zahl von Chinesen ums Leben kamen. Das war die erste tödliche Auseinandersetzung zwischen den Soldaten Pekings und Neu-Delhis seit vielen Jahrzehnten.

Eine Beendigung des Konfliktes scheint derzeit in weiter Ferne zu liegen. Denn beide Streitparteien verhalten sich extrem ablehnend, wenn es um die Frage des Einsatzes von Schlichtern geht. So wurde selbst das Vermittlungsangebot des damaligen US-Präsidenten Donald Trump zurückgewiesen. Wolfgang Kaufmann

VON PETER ENTINGER

Die Argumentation der Einwanderungslobby ist hinlänglich bekannt: Die deutsche Bevölkerung sei überaltert. Die Zahl der arbeitsfähigen Deutschen nehme ab. Der deutschen Wirtschaft drohe deshalb Fachkräftemangel. Dieses Problem lasse sich durch eine Forcierung der Einwanderung lösen. Um auswanderungswillige Ausländer zur Einwanderung nach Deutschland zu animieren und zu motivieren, bedürfe es indes einer Willkommenskultur. Und die sei in Deutschland noch immer nicht ausgeprägt genug. Ungeachtet von Corona, Lockdown und der wegen ihnen drohenden Arbeitslosigkeit (siehe Artikel unten) wiederholt die Bertelsmann-Stiftung diese Argumentation auch in der jüngsten Ausgabe ihres sogenannten Fachkräftemigrationsmonitors.

Junge Ausländer brauche das Land

Laut dieser Veröffentlichung zeigt eine Befragung von Unternehmen durch Civey im September und Oktober 2020, dass 55 Prozent der befragten Führungskräfte in jenem Jahre Engpässe bei Fachkräften erfahren haben und für 2021 keine Besserung erwarten. „Größere Unternehmen sind häufiger vom Fachkräftemangel betroffen als kleine“, sagt Matthias Mayer, eine der Autoren und laut Impressum „Senior Expert Programm Integration und Bildung“. Besonders der Gesundheitssektor und das Bauwesen litten unter Engpässen. Dies könne in Zeiten der Pandemie nicht sonderlich überraschen. Schon seit Jahren setze die Pflegebranche auch qualifiziertes Personal aus dem Ausland ein. Junge Deutsche finde man für diesen schlecht bezahlten Knochenjob kaum. Doch durch die Corona-Ausbrüche, teilweise Grenzschließungen und die Angst um die eigene Gesundheit scheine es auch schwieriger zu werden, Menschen aus Süd- und Osteuropa für diese Arbeit in Deutschland zu gewinnen.

Für die Studie wurden je nach Frage 500 oder 2500 Entscheider in deutschen Unternehmen verschiedener Größen vom 21. September bis 20. Oktober 2020 online befragt. Um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken, setzten die befragten Unternehmen in erster Linie darauf, neue Mitarbeiter auszubilden sowie das vorhandene Personal durch Weiterbildung und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in eigenen Betrieb zu halten. Nur 17 Prozent gäben dagegen an, Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren.

Wie genau sich die Corona-Krise in Deutschland auf den Bedarf und die Zuwanderung von Fachkräften auswirken werde, sei noch nicht absehbar. Strukturelle Probleme der deutschen Wirtschaft hinsichtlich Facharbeitern seien indes auch schon vor dem Pandemie-Ausbruch



Insbesondere ihre Einwanderung möchte die Stiftung zum Wohle der Wirtschaft gefördert sehen: Migranten von außerhalb der EU

„FACHKRÄFTEMIGRATIONSMONITOR“

Trotz Corona die alte Leier der Einwanderungslobby

Die Bertelsmann-Stiftung fordert nach wie vor noch mehr Immigration und eine Besserstellung insbesondere nichteuropäischer Einwanderer

sichtbar gewesen. So habe es bereits 2019 einen Rückgang an ausländischen Facharbeitern gegeben. Zudem sei eine stärkere Abwanderung von Arbeitsmigranten erkennbar gewesen. Deutschland sei im Vergleich zu anderen Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einfach nicht mehr attraktiv genug.

Neben dem seit mehreren Jahren bekannten Fachkräftemangel in der Medizin, der Pflege und dem Baugewerbe kämen andere Bereiche dazu. Denn auch Arbeitskräfte mit einem höheren Fortbildungs- oder Studienabschluss würden dringend gesucht. Das gelte vor allem für Berufe aus den Bereichen Gesundheit sowie Mathematik-, Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie Technik (MINT). Laut Erhebungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln (IWD) sind heute zwei von drei Arbeitsplätzen, die eine entsprechende Berufsausbildung oder ein Studium voraussetzen, schwer oder gar nicht zu besetzen. Als Ursachen für den spürbaren Fachkräftemangel führen Forscher verschiedene Gründe an, nicht zu-

letzt die zunehmende Überalterung der deutschen Gesellschaft. Aufgrund der abnehmenden Geburtenraten in den letzten Jahrzehnten stünden dem Arbeitsmarkt immer weniger Fachkräfte zur Verfügung. Auch wenn Demographen nicht mehr mit einem weiterhin so starken Schrumpfen der Bevölkerung rechnen, werde die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter weiter kräftig sinken – um gut zehn Prozent bis zum Jahr 2040.

Das Land sei nicht anziehend genug

Seit Jahren gebe es daher Bestrebungen, vermehrt Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren. Aber sprachliche Verständigungsprobleme und Schwierigkeiten, Qualifikationen einzuschätzen zu können, seien immer noch die Hauptfaktoren, die Unternehmen von einer Suche im Ausland abhielten. Die Bertelsmann-Studie legt allerdings Wert auf den Hinweis, dass der geringe Fachkräftezufluss nicht zuletzt strukturell bedingt sei in dem Sinne, dass Zuwanderer auf dem deutschen Arbeitsmarkt schlechter gestellt seien als Einheimische und unter ihnen solche aus

Nicht-EU-Staaten noch einmal hinter solchen aus EU-Staaten zurückbleiben würden.

Wie genau sich die Corona-Krise in Deutschland auf den Bedarf und die Zuwanderung von Fachkräften auswirken wird, ist nach Einschätzung der Autoren derzeit noch nicht absehbar. Allerdings gebe es bisher keine Anzeichen, dass die Pandemie etwas an der strukturellen Herausforderung des demografischen Wandels für die deutsche Wirtschaft ändern werde. „Auch wenn wir mit großen Unsicherheiten bei den Entwicklungen am Arbeitsmarkt rechnen müssen, werden Fachkräfte aus dem Ausland für deutsche Unternehmen angesichts der sinkenden Zahl einheimischer Arbeitskräfte eine zunehmend wichtige Rolle spielen“, erklärt Mayer. Das Credo und die Botschaft der Autoren lässt sich in etwa so zusammenfassen: Es würden vor allem junge Menschen aus dem Ausland benötigt, um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen. Doch die, die qualifiziert seien, fänden Deutschland in aller Regel nicht attraktiv genug.

LOCKDOWN

Trübe Aussichten für die Zeit danach

Wissenschaftler von Unis und Großbanken prognostizieren eine lang anhaltende Belastung der Wirtschaft

Während der Lockdown noch andauert, beschäftigen sich Forscher an Universitäten und Volkswirte von großen Geldhäusern bereits mit deren langfristigen Auswirkungen. Jim Reid, Analyst bei der Deutschen Bank in London, hat unlängst darauf hingewiesen, dass die Corona-Pandemie bislang zu keiner Übersterblichkeit in den jüngeren Altersgruppen geführt hat, dass die Jüngeren jedoch besonders stark von Arbeitslosigkeit als Folge des pandemiebedingten Runterfahrens des Wirtschaftslebens betroffen sind. Laut Reid werden jüngere Menschen in den kommenden Jahren sogar am meisten unter den wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 leiden. „Wir fragen uns, wie die Geschichte die welt-

weite Antwort darauf einschätzen wird“, so Reid.

Spaltung auf dem Arbeitsmarkt

In den Vereinigten Staaten haben sich Wissenschaftler der Duke University, der Harvard University und der Johns Hopkins University bereits intensiver mit den Langzeitfolgen der massiv gestiegenen Arbeitslosigkeit als Folge der Pandemie und der Einschränkungen beschäftigt. Einen Schwerpunkt setzten die Wissenschaftler der drei US-Universitäten dabei auf den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Lebenserwartung. Für die Gesamtbevölkerung prognostizieren die Forscher, dass die durchschnittliche Lebenserwartung in den USA über die nächsten 15 Jahre um 0,5 Pro-

zent zurückgehen wird. Laut den Hochrechnungen der Wissenschaftler ist im Laufe der nächsten eineinhalb bis zwei Jahrzehnte mit über einer Million zusätzlicher Todesfälle als Covid-19-Langzeitfolge zu rechnen. Eine Grundannahme der Studie ist, dass die Arbeitslosigkeit als Folge der Pandemie und der Pandemiemaßnahmen wesentlich stärker sein wird, als bei herkömmlichen Schocks auf dem Arbeitsmarkt. Die Schätzungen reichen von einer doppelt so hohen Arbeitslosigkeit bis hin zum Faktor fünf im Vergleich zu typischen Arbeitsmarktschocks. In den USA wird dies nach Ansicht der Forscher überproportional Frauen insbesondere lateinamerikanischer Abstammung treffen. Auch Afroamerikaner, Geringqualifizierte und

Menschen im Alter von 16 bis 24 werden laut der Analyse die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie schnell und überproportional zu spüren bekommen. Größere Auswirkungen sehen die Forscher auch für die weiße Bevölkerung, hier allerdings vor allem längerfristig.

Auch in Deutschland erwartet Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln als Folge der Pandemie die Gefahr einer Spaltung auf dem Arbeitsmarkt. Aus Sicht Hüthers stehen auf der einen Seite Hochlohnjobs im robusten Industrie-Dienstleistungsverbund. Stark gefährdet sieht der Forscher dagegen die konsumnahen Bereiche mit vielen geringer qualifizierten Beschäftigten.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Sprunghafter Preisanstieg

Berlin – Eine Auswertung des Online-Portals „Immoscout“ ergab einen sprunghaften Anstieg der Kaufpreise für Wohnungen in Berlin. Demnach zogen 2020 die Kaufpreise für Wohnimmobilien in der Hauptstadt um 12,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Kaufinteressenten stießen in keiner anderen deutschen Metropole auf derart starke Zuwächse. Der deutschlandweit größte digitale Vermittler von Wohnungen ermittelte bei den Angebotspreisen für Hamburg ein Plus von 7,6 Prozent zum Vorjahr, für Frankfurt von 6,9 Prozent, für Köln von 5,9 Prozent und für München von 4,2 Prozent. Als bundesweiten Durchschnitt ermittelte „Immoscout“ für 2020 einen Anstieg der Angebotspreise bei Wohnimmobilien von 9,4 Prozent gegenüber dem Jahr 2019. Im Vermietungsbereich stellte „Immoscout“ im vergangenen Jahr wegen der staatlich festgelegten Mietobergrenzen einen Rückgang der Angebote für Mietwohnungen um fast 60 Prozent fest. N.H.

Forderung an die Politik

Frankfurt/Main – Die Führungsspitze der Deutschen Bank um Vorstandschef Christian Sewing fordert eine aktivere Industriepolitik des Staates für Schlüsseltechnologien. Laut einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ will die Deutsche Bank entsprechende Vorschläge mit der Bundesregierung, der staatlichen Förderbank KfW und verschiedenen Wirtschaftsverbänden diskutieren. Als Beispiele für Schlüsseltechnologien, die „für die Arbeitsplätze von morgen stehen“, nannte Deutsche-Bank-Manager Stefan Hoops das automatisierte Fahren, die Implementierung Künstlicher Intelligenz und den „Klimaschutz“. Zur Förderung von Schlüsseltechnologien will Deutschlands führendes Geldhaus offenbar, dass der Staat wie bei den Corona-Hilfen für die Wirtschaft durch eine Übernahme des Ausfallrisikos eine Bürgschaft übernimmt, oder aber stille Beteiligungen an den förderungswürdigen Unternehmen einget. N.H.

„taz“-Rückzug ins Internet

Berlin – Nach Auskunft eines Insiders soll die 1978 in Berlin als linke Alternative zur bürgerlichen Presse gegründete überregionale deutsche Zeitung „taz“ nächstes Jahr nicht mehr täglich in gedruckter Form erscheinen. Eine gedruckte „taz“ soll es dann nur noch am Wochenende geben. Bereits 2018 hatte der Mitbegründer und damalige Geschäftsführer der „taz“, Karl-Heinz Ruch, in einem Rundschreiben an die Genossenschaftler geschrieben: „Das Zeitalter der gedruckten Zeitung ist zu Ende. Der Journalismus lebt im Netz weiter.“ „Wir sind sicher“, so der heute 67-jährige Verlagsmanager damals, „dass wir die Existenz der ‚taz‘ sichern, wenn wir uns bereits jetzt gut darauf vorbereiten, dass der tägliche Druck und Vertrieb der Papier-‚taz‘ bald nicht mehr möglich sein könnte.“ Die verkaufte Auflage des Blattes beträgt aktuell 49.737, davon 13.902 E-Paper. 2012 lag sie noch bei 57.761 Exemplaren, davon nur 4.767 E-Paper. F.B.

KOMMENTAR

Am besten mundtot

ERIK LOMMATZSCH

Ein Amtsgericht in Thüringen hat in einem konkreten Fall entschieden, dass Corona-Maßnahmen verfassungswidrig sind (siehe Seite 1). In dem ausführlichen Urteil wird die Rechtmäßigkeit der diesbezüglichen Politik eindeutig verneint. Die luziden Ausführungen werden dazu beitragen, dass die Entscheidung weit über die erstinstanzliche Ebene und den in Frage stehenden „Verstoß“ hinaus deutschlandweit Bedeutung erlangen wird. Inhaltlich bestätigt es Stephan Kohn, der im letzten Frühjahr als Oberbürgermeister des Bundesinnenministeriums gravierende Defizite der Corona-Politik anprangerte (die PAZ berichtete).

Die Thüringer Gerichtsentscheidung zeigt, dass es nicht nur die gern als dümmlich und entsprechend nicht beachtenswert abgetanen „Verschwörungstheoretiker“ gibt, sondern gestandene Juristen, die das Regierungshandeln für fatal und überdies für verfassungswidrig halten.

Wie unverzichtbar die Judikative als dritte, von jedermann anrufbare Gewalt neben Legislative und Exekutive ist, wird besonders spürbar in einer Zeit, in der lautstarke Rufe nach Unterdrückung von nicht genehmten Ansichten und Tatsachen erfolgen. Zu vernehmen sind diese auch aus dem Bereich, der – inoffiziellen – „vierten Gewalt“, den Medien. Deren Kennzeichen sollten Unabhängigkeit, Unvoreingenommenheit und vor allem der Drang zu kritischer Beobachtung der anderen drei Gewalten sein. So zumindest die Theorie in einem demokratischen Staatswesen.

Genau das Gegenteil repräsentiert der einflussreiche Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, Professor an der Universität Tübingen. Nahezu zeitgleich mit dem Thüringer Urteilsspruch stellte Pörksen in einem Interview mit dem „Weser-Kurier“ klar, dass es für ihn bezüglich der „Corona-Politik“ exakt eine richtige Einschätzung der Lage gibt, und zwar die der derzeitigen Bundesregierung. Vertretern anderer Bewertungen solle am besten gar keine Möglichkeit zur Äußerung gegeben werden.

Pörksen beklagt „eine verwirrende Vielstimmigkeit“ in der Berichterstattung, „die der Journalismus nicht ausreichend geordnet hat“. Er behauptet: „Es gab unter den führenden Virologen bereits früh die Einschätzung, dass kein

Weg an einem harten Lockdown im Spätherbst vorbeiführt.“ Dies wäre korrekt, wenn mit „den führenden Virologen“ die überschaubare Anzahl an „Experten“ gemeint ist, die die Politik der Bundesregierung unterstützen. Das bestätigt er, indem er später von „der Wahl der richtigen Expertinnen und Experten“ spricht. Pörksen fordert dazu auf, mit „mehr Unterschiedlichkeit besser durch die Krise“ zu kommen. Nur einer Seite ihre Berechtigung zugestehend, erklärt er, der politische Journalismus stehe „erkennbar vor einem Problem“: Er komme „mit der Eindeutigkeit der Gefährdungslage und seinen eigenen Interpretationsroutinen nicht so gut zurecht“. Vorsorglich heißt es weiter: „Man wird nicht mit allen reden können.“ Pörkens Ansichten über die Rolle der „vierten Gewalt“ sind eindeutig: „Es braucht keine Räume der Selbstdarstellung in den Medien für Querdenker oder Pegida-Anhänger“, und es „gilt, sich in einer Zeit, in der Populisten und Faktenverdreher mächtiger werden, von einem falsch verstandenen Ausgewogenheits- und Neutralitätsideal zu verabschieden“.

Auch die Politik schickt sich an, einer Zensur das Wort zu reden, um Auseinandersetzungen in der Sache aus dem Weg zu gehen. So begrüßte Annalena Baerbock ausdrücklich die Sperrung von Donald Trump bei „Twitter“ und „Facebook“. Dies hätte „schon vor vier Jahren geschehen“ müssen. Baerbock hat offenbar vergessen, dass es sich bei Trump um den demokratisch legitimierten Präsidenten der Vereinigten Staaten handelte. „Hass und Hetze“ sind inzwischen Standardbegründungen für das auch von ihr immer wieder vorgebrachte Verlangen nach Gesetzen, um unliebsame Äußerungen zu unterbinden. Ganz im Sinne von Robert Habeck, mit dem sie sich den Grünen-Vorsitz teilt. Dieser äußerte bereits Ende 2019, man habe doch „überall Verbote“. Das sei „die Bedingung für Freiheit“. Besorgniserregend ist dies, da nach der nächsten Bundestagswahl eine schwarz-grüne oder gar grün-schwarze Koalition wahrscheinlich ist und Baerbock und Habeck als Kandidaten für hohe Regierungssämter gehandelt werden.

Angesichts derartiger Positionen können die Bürger dankbar sein, dass es in Deutschland noch Richter wie die in Thüringen gibt, die nach ihrer Einschätzung der Lage und nicht nach den Wünschen der Politik urteilen.



Kämpft für die Interessen ihres Landes: Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, hier bei einem Besuch des Fährhafens Sassnitz-Mukran im Herbst 2020

Foto: imago images / BildfunkMV

LEITARTIKEL

Schwesigs Schachzug

RENÉ NEHRING

Die Kommentare waren deutlich. Von „Schwesigs Schmierentheater“ sprach der „Cicero“, von einem „Lügendebäude von geradezu Trump'schen Dimensionen“ die „Welt“. Die Rede ist von der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“, deren Gründung Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am 6. Januar verkündete. Offizieller Stiftungszweck ist, „Projekte zum Klimaschutz und zum Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern und vor den Küsten des Landes durchzuführen“. Zudem heißt es in einer Pressemitteilung der Schweriner Landesregierung: „Über einen eigenen Geschäftsbetrieb kann die Stiftung einen Beitrag zur Fertigstellung zur Ostseepipeline Nord Stream II leisten.“

Vor allem diese Aussage, die angesichts einer Zustiftung seitens der Nord Stream 2 AG in Höhe von 20 Millionen Euro zum ursprünglichen Stiftungskapital von 200.000 Euro durchaus als der eigentliche Stiftungszweck interpretiert werden kann, bringt die Kritiker auf die Palme. „Einfach ungeheuerlich“ nannte die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock das Vorhaben, und die FDP-Außenministerin Renata Alt sprach davon, dass

sich „die SPD-geführte Landesregierung de facto kaufen lassen“ habe.

Kein Wort freilich verloren die Kritiker Schwesigs von der Vorgeschichte der Schweriner Stiftungsgründung. Kein Wort vor allem von dem unter Bündnispartnern einzigartigen US-amerikanischen Erpressungsversuch im vergangenen Sommer, als drei US-Senatoren um den Texaner Ted Cruz einen Drohbrief an

Energiewirtschaft in Cruz' Heimat Texas profitieren dürfte (siehe PAZ 35/2020).

Offenkundig ist der Schweriner Ministerpräsidentin ein Coup geglückt. Zum einen, weil sie mit der Stiftungskonstruktion einen Weg gefunden zu haben scheint, die angedrohten US-Sanktionen zu unterlaufen. Zum anderen, weil sie zahlreiche der gegen Nord Stream 2 gerichteten Vorwürfe als haltlos entlarvt. Denn im Grunde stehen die Europäer lediglich vor der Wahl, ob sie ihr Erdgas aus Russland oder anderen Regionen der Welt beziehen möchten. Gezeigt hat Schwesig auf jeden Fall, dass sie bereit ist, deutsche Interessen zu vertreten, und dass sie dabei auch in Kauf nimmt, sich mit der immer noch größten Macht der Erde anzulegen.

Zu den wenigen deutschen Politikern, die sich trotz aller Kritik an der Pipeline bislang für deren Weiterbau aussprachen, gehört auch der neue CDU-Vorsitzende Armin Laschet. Als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen weiß er um die bewährte Energiepartnerschaft zwischen Russland und Deutschland seit Anfang der 1970er Jahre, von der unter anderem Unternehmen wie Ruhrgas profitiert haben. Umso wichtiger wäre jetzt ein klares unterstützendes Signal auch von ihm. Nicht zuletzt damit klar wird, dass sich Deutschland nicht erpressen lässt.

Offenkundig ist der Schweriner Ministerpräsidentin ein Coup geglückt

die Geschäftsführung des Hafens Sassnitz-Mukran schrieben und allen an Nord Stream 2 Beteiligten harte Reaktionen bis hin zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz androhten, wenn sie das Projekt fortsetzen würden. Und natürlich auch kein Wort davon, dass die Europäer im Falle eines Stopps der Pipeline andere Energieträger einkaufen müssten wie das teurere Flüssigerdgas „Liquefied Natural Gas“ (LNG), wovon unter anderem die

PORTRÄT

Bissiger Außenminister

Hunde, die bellen, beißen nicht, heißt es. Das Sprichwort trifft sicher voll auf Donald Trump zu: Er hat – vor allem über Twitter – zwar viel gebellt, aber er hat als einer der wenigen US-Präsidenten der neueren Geschichte keinen Krieg angezettelt. Im Gegenteil: Er hat sogar Truppen aus Afghanistan und dem Irak abgezogen.

Von daher sollte man sich vor den Leisetretern in Acht nehmen, die jetzt ins Weiße Haus, ins Pentagon und in das State Department, das US-Außenministerium, einziehen. Es könnte sich um Falken handeln, welche die Vormachtstellung der USA in der Welt auch mit militärischen Mitteln wieder vorantreiben wollen. Der neue US-Präsident Joe Biden hat bereits angekündigt, so manche Entscheidung seines Vorgängers wieder rückgängig zu machen, die den US-Verteidigungs-etat entlasten sollte. Darunter könnte auch Donald Trumps Entscheidung fal-

len, 12.000 Soldaten aus den US-Militärbasen in Deutschland abzuziehen.

Der Mann, der hierfür die außenpolitischen Fäden ziehen soll, ist **Antony Blinken**. Der 58-jährige New Yorker ist einer jener unscheinbaren Politiker, die unprovoked militärisch zubeißen können. Während der Regierungszeit Barack Obamas war er von 2009 bis 2013 Nationaler Sicherheitsberater des damaligen Vizepräsi-

denten Joe Biden, anschließend Stellvertreter Sicherheitsberater und Vizeaußenminister unter Obama. Die Militäroperationen im Irak und in Afghanistan sowie den Militäreinsatz in Libyen 2011 hat er seinerzeit voll mitgetragen. Als Obama live den Einsatz gegen Osama bin Laden verfolgte, befand sich Blinken mit im Einsatzraum. Der mit einer Christin verheiratete Spross einer jüdischen Familie lebte als Jugendlicher mit seinen Eltern in Paris, ehe er in Harvard/USA Jura studierte. Von da an engagierte er sich für die Demokraten, die ihn nach Washington riefen.

Blinken empfahl sich fürs Außenamt mit seinem Wunsch zur Rückkehr der USA als Weltmacht: „Wenn wir uns nicht engagieren ..., dann entsteht Chaos.“ Doch wird sich China als neue Weltmacht nicht so ohne Weiteres „wegbellern“ lassen. Es könnten also wieder kriegerische Zeiten auf uns zukommen. H. Tewes



Antony Blinken

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimat: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Der grüne Gartenpharao

Vor 150 Jahren starb Fürst Hermann Pückler-Muskau – Er war preußischer Beamter, Weltreisender, Literat und Natur-Künstler

VON VEIT-MARIO THIEDE

In seinem Hermann Fürst von Pückler-Muskau gewidmeten Zueignungsbrief schreibt Heinrich Heine: „Aber wo befindet sich in diesem Augenblicke der vielverehrte und viel theure Verstorbene? Wohin adressiere ich mein Buch? Ja, wo ist jetzt der wander-süchtige Ueberall und Nirgends? – Im Abendland oder im Morgenland? In Vorderasien oder Hinterpommern? Muß ich mein Buch nach Kyritz adressieren oder nach Tombuktu?“ Seinen Lebensweg begann der von Heine bewunderte Fürst und Reiseschriftsteller am 30. Oktober 1785 auf Schloss Muskau und beendete ihn am 4. Februar 1871 auf Schloss Branitz.

Der als Sonntagskind geborene Pückler war Erbe der 500 Quadratkilometer großen Oberlausitzer Standesherrschaft Muskau im Kurfürstentum Sachsen und der Pücklerschen Stammgüter in der Niederlausitz. Als Standesherr war er Kirchen- und Schulpatron, übte die Gewerbeaufsicht sowie die niedere Gerichtsbarkeit aus und besaß das Zollrecht. Das alles bestärkte ihn in seinem lebenslang gepflegten elitären Selbstverständnis.

Bevor der junge Pückler 1811 das Erbe seines Vaters antrat, sorgte er ab 1806 auf seinen später so von ihm genannten „Jugendwanderungen“ für die Erweiterung seines Horizontes. Sie führten über Prag nach Wien ins weitere Süddeutschland, in die Schweiz, nach Frankreich und Italien. Über Paris und Weimar begab er sich zurück nach Muskau, wo er als neuer Standesherr Pläne zur Landesverschönerung entwickelte. Wesentliche Fortschritte verdankten diese seinem ersten Englandaufenthalt, während dem er 30 Landschaftsgärten besichtigte.

Die Reise war „Belohnung“ für Pücklers Teilnahme an den antinapoleonischen Befreiungskriegen. Im Gefolge des Herzogs Carl August von Sachsen-Weimar trat er am 12. Juni 1814 im Londoner



Der Star aller Gartenkünstler in der „Gartenlaube“: Der Fürst in der Zeitschrift von 1863

Hyde Park zur Siegesparade der alliierten Truppen an. Im selben Jahr erfolgte seine Ernennung zum preußischen Oberstleutnant und sein Abschied aus der Armee.

Doch bei Ausbruch des Deutschen Krieges 1866 meldete er sich als Freiwilliger. In Unkenntnis des geänderten Marschbefehls fand die Entscheidungsschlacht bei Königgrätz ohne ihn statt.

Aber bei der Siegesfeier im Berliner Schloss war Pückler zugegen und erhielt für seine Teilnahme am Feldzug das aus der Bronze erbeutete Kanonen gegossene Erinnerungskreuz. Von der Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg ließ er sich 1870 nur durch ein persönliches Schreiben König Wilhelms I. abbringen. Infolge der Beschlüsse des Wiener Kon-

gresses lagen Pücklers Güter seit 1815 auf preußischem Staatsgebiet. Er weilte nun öfter in Berlin, knüpfte gute Beziehungen zum preußischen Königshaus an – und lernte die neun Jahre ältere Lucie kennen.

Sie war die Tochter des Staatskanzlers Karl August von Hardenberg. Pückler heiratete sie 1817. Bei der Gestaltung des Muskauer Landschaftsgartens häufte das Paar enorme Schulden an. Um frisches Geld zu beschaffen, fassten sie einen verwegenen Plan. Nach der einvernehmlichen Scheidung reiste der 1822 von König Friedrich Wilhelm III. in den Fürstentum erhobene Pückler nach England, um sich eine reiche Braut zu suchen. Da er auf seiner Jagd nach einer Geldheirat gleich mehrere Damen auf einmal umwarb, war sein guter Ruf bald ruiniert.

Lust an orientalischer Verkleidung

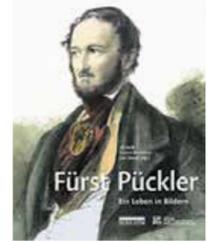
Trotz vergeblicher Brautschau war der Aufenthalt von 1826 bis 1829 in England, Wales und Irland für den Fürsten Gold wert. Fast täglich schrieb er Briefe an Lucie, in denen er ihr den neuesten Klatsch und Tratsch mitteilte, über ehrenwerte Mitglieder der Gesellschaft lästerte und seine Eindrücke von den etwa 70 besuchten Landschaftsgärten beschrieb. Nachdem Pückler 1829 wieder in Muskau eingetroffen war, nahm er die Briefe an Lucie als Grundlage seiner kritischen Beschreibung der britischen Verhältnisse, die unter dem Titel „Briefe eines Verstorbenen“ (1830/31) erschienen und sich zum internationalen Erfolg entwickelten.

Pücklers Biograph Ulf Jacob urteilt: „Er hatte Muskau als Standesherr alten Stils verlassen und kehrte als aristokratischer Intellektueller zurück.“ Als solcher erwarb er sich die Sympathien von Kaiser Napoleon III. und anderer gekrönter Häupter, Alexander von Humboldts sowie vieler weiterer Gelehrter, ebenso von Berühmtheiten wie Bismarck und Goethe.

Auch mit orientalischen Potentaten stand Pückler auf gutem Fuße. Seine von

1834 bis 1840 währende Orientreise absolvierte er nach eigenen Worten wie „immer auf dieselbe ziemlich abenteuerliche Manier, d. h. ohne einen bestimmten Plan für die Zukunft, wohin es Gott gefallen würde mich zu führen“. Der Fürst sah sich in Algerien und Tunesien um, besuchte das vom Wittelsbacher König Otto I. „bajuwarisierte“ Griechenland, begab sich als Gast des ägyptischen Vizekönigs Muhammad Ali Pascha auf Entdeckungsreise den Nil hinauf bis in den Sudan, besuchte die Pilgerstätten des Heiligen Landes und zog „vom Arm der Macht getragen“, womit Pückler Sultan Mahmud II. meinte, bis nach Konstantinopel. Kein Wunder, dass Heine daran verzweifelte, die Adresse des „Vielverehrten“ ausfindig zu machen.

An seinen Dichtung und Wahrheit mischenden Reiseerlebnissen schrieb der nun gern in orientalischer Gewandung auftretende Pückler bis 1848. Die Standesherrschaft Muskau hatte er 1845 verkauft und sich mit Lucie in Branitz niedergelassen. Auf ihre Bitte hin widmete er sich auch dort der Landschaftsgestaltung, die er als „letzte Verrücktheit zweier Greise“ bezeichnete. Der eindrucksvollste Bereich des Branitzer Innenparks ist die orientalisch angehauchte Pyramidenflur. In ihr erheben sich zwei aus Erde aufgeschüttete und begrünzte Bauwerke: Die stufenförmige Landpyramide sowie die auf der Insel des Tumulussees errichtete Seepyramide, die sich der „Gartenpharao“ Pückler als nach seiner Meinung unvergängliche Grabstätte errichten ließ.



Ulf Jacob, Simone Neuhäuser-Guert: „Fürst Pückler. Ein Leben in Bildern“, be.bra verlag, Berlin 2019, Taschenbuch, 480 Seiten, 34 Euro

„BRIEFE EINES VERSTORBENEN“

Der scharfsinnige Fürst Geschwätzig

Als Dandy war Pückler-Muskau in Europa eine Spottfigur – Als Schriftsteller wider Willen erwarb er sich später viel Respekt

„Befriedigt steckte der Graf sein Notizbuch ein und entfernte sich unter endlosen Bücklingen, höchlichst vergnügt, seine Sammlung mit so wichtigen Dingen bereichert zu haben. ‚Ein bewundernswürdiger Mann, der Graf Smorltork!‘, bemerkte Mrs. Leo Hunter. ‚Ein tiefer Philosoph‘, bestätigte Pott. ‚Ein heller Kopf, ein bedeutender Geist‘, fügte Mr. Snodgrass hinzu. Die Umstehenden stimmten in die Lobeshymne auf den Grafen Smorltork ein, nickten weise und riefen einmütig: ‚In der Tat‘.“

Der Graf Smorltork (Graf Geschwätzig), der in Dickens humoristischem Roman „Pickwick Papers“ so enthusiastisch gefeiert wird, ist kein geringerer als Fürst Pückler. Noch bevor er selbst zum Literaten avancierte, war er bereits eine literarische Figur. Bei Dickens steckt in den übertriebenen Lobeshymnen aber auch feiner Spott über den in der englischen Sprache hilflos dilettierenden Grafen Smorltork.

Als Pückler 1826 zu seiner zweiten Reise nach England (sowie Irland) aufbrach, war er bereits in aller Munde. Die Gazetten titulierten ihn wenig ehrfurchtsvoll

als Prince Pickle, Fürst Essiggurke. Das hätte zum Gärtner gepasst. Denn nach seiner ersten Englandreise im Gefolge König Friedrich Wilhelms III. ließ er sich von der britischen Gartenkunst inspirieren und machte sich bei seiner Rückkehr ab 1815 einen Namen mit seinem im englischen Stil neugestalteten Muskauer Park.

Im Ausland ging ihm eher der Ruf als Duellant, Dandy und Glücksritter voraus. Sein Glück als Schürzenjäger ließ ihn bei seinem zweiten Englandaufenthalt aber im Stich. Da er sich mit seinen Gartenplänen hoch verschuldet hatte, wollte er eine reiche Lady heiraten. Dazu ließ er sich von seiner neun Jahre älteren Frau Lucie, einer Tochter des preußischen Staatskanzlers Karl August von Hardenberg, extra scheiden. Der Plan basierte sogar auf ihrer Idee. Weil auch Lucie gern auf verschwenderischem Fuß lebte, erwog man eine Ménage à trois mit einer reichen Ausländerin – eine damals durchaus nicht unübliche Praxis, um die Finanzen zu sanieren.

Doch die Engländerinnen durchschauten den Fürsten und ließen sich nicht auf dieses Spiel ein. Ohne neue Ehefrau kehr-

te er zu seiner geliebten Lucie zurück, erzielte aber ein kleines Vermögen mit einer Profession, die er niemals angestrebt hatte: als Reiseschriftsteller.

Während seiner zwei Jahre in England und Irland schrieb er Dutzende von tagebuchähnlichen Briefen an Lucie. Diese las daraus dem mit ihr befreundeten Berliner



Viel Lametta: Pückler (um 1824)

Schriftstellerpaar Rahel und Karl August Varnhagen von Ense vor, die es veröffentlichen wollten. Bei seiner Rückkehr lag Pückler bereits ein fertiges, freilich von frivolen Stellen gereinigtes Manuskript vor. Ohne dass er groß die Hände rühren musste, ging es als zunächst zweibändige Ausgabe in den Druck. Später folgten noch zwei weitere Bände. Der Titel des anonym erschienenen Werks, „Briefe eines Verstorbenen“, war eine Anspielung auf den nach der Restauration sich politisch wie tot fühlenden liberalen Fürsten.

Die wahre Autorschaft blieb nicht lange unentdeckt. Ganz Europa wusste von Pücklers Reisen und Affären. Das Werk wurde daher von dem damals schon klatschsüchtigen Publikum begeistert aufgenommen. Der 80-jährige Goethe ließ sich auf Wunsch seines Freundes Varnhagen von Ense zu einer wohlwollenden Buchkritik über ein „für Deutschlands Literatur bedeutendes Werk“ hinreißen: „Man mag sich von ihm, wie von einem lieben Reisegefährten, nicht trennen.“

Dabei ist dieser Cicerone ein scharfsinniger Beobachter, der keine Kritik

scheut. In Irland wundert er sich, dass zerlumpte Kinder den englischen König hochleben lassen: „Das ist Irland! Vom Gouvernement vernachlässigt oder bedrückt, von der stupiden Intoleranz des englischen Priestertums erniedrigt, von seinen reichen Landbesitzern verlassen und von Armut und Whiskygift zum Aufenthalt nackter Elenden gestempelt!“

Die „Briefe“ wurden wegen ihres Mix aus Witz (ob es auch in Deutschland Eselgäbe, fragte ein Ire. Pückler seufzend: „Ach mehr als zuviel!“), Sozialkritik und Naturbeschreibung ein Bestseller, erschienen rasch in zweiter Auflage und wurden in mehrere Sprachen übersetzt. Davon ermutigt, lieferte Pückler nach: In seinen „Andeutungen über Landschaftsgärtnerei“ breitete er seine bahnbrechenden Ideen von Sichtachsen und Rasengestaltung aus, mit „Tutti Frutti“ schuf er ein fünfbandiges Lesebuch mit satirischen Schriften und mit „Semilassos vorletzter Weltgang“ sowie „Aus Mehemed Alis Reich“ verfasste er humorvolle Berichte von seinen Orientreisen. Eines war „Graf Smorltork“: ein Multitalent. Harald Tews

JOHN SCHEHR

Thälmanns Nachfolger aus Altona

Anders als Ernst Thälmann kam dessen weniger bekannter Nachfolger an der Spitze der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht in Hamburg, sondern in dessen damals noch nicht eingemeindeter preußischer Nachbarstadt Altona zur Welt. Am 9. Februar jährt sich John Schehrs Geburtstag zum 125. Mal.

In die SPD trat der Spross einer Arbeiterfamilie 1912 ein. Über die Unabhängigen Sozialdemokraten fand der Schlosser 1920 zur KPD. Er war einer der engsten Gefolgsleute Thälmanns und wurde hauptamtlicher Mitarbeiter der Partei. Nur unterbrochen von einem kurzzeitigen Karriereknick, den er ebenso wie Thälmann im Zusammen-



John-Schehr-Straße in Berlin

hang mit der nach dem KPD-Funktionär John Wittorf benannten Unterschlagungsaffäre im Jahre 1928 erlitt, stieg er kontinuierlich im Apparat auf. 1932 kooptierte ihn das Zentralkomitee als Vollmitglied, er wurde de facto Thälmanns Stellvertreter. Als Abgeordneter zog er in den Preußischen Landtag und den Reichstag ein. Nachdem Thälmann im März 1933 festgenommen worden war, bestimmte die Kommunistische Internationale Schehr zum KPD-Vorsitzenden.

Eine erste Verhaftung Schehrs war bereits im November 1932, also in der Weimarer Zeit, erfolgt. Bei ihm wurde Material über illegale Aktivitäten seiner Partei gefunden. Als Parlamentarier wurde er jedoch relativ schnell wieder entlassen.

Mit einer abermaligen Verhaftung im November 1933, nunmehr durch die Gestapo, begann die Geschichte, die ihn ähnlich wie Thälmann, wenn auch in einem kleineren Maßstab, in den Augen vor allem der Kommunisten zu einem Märtyrer werden ließ und zu seiner nachmaligen, kultischen Verehrung führte. Der Folter, unter der er zu Aussagen über seine Tätigkeit und seine Mitstreiter bewegt werden sollte, hielt er stand. Er erlitt schwere Verbrennungen und verlor wohl ein Auge. Am 1. Februar 1934 wurde Schehr zusammen mit drei anderen Parteifunktionären während einer Überstellung von der Gestapo erschossen. In der offiziellen Variante hieß es: „auf der Flucht“. Es handelte sich wohl um eine Vergeltungsmaßnahme für die an jenem Tag erfolgte Ermordung des V-Mannes der Gestapo Alfred Kattner durch die KPD.

Der kommunistische Schriftsteller Erich Weinert verfasste noch im selben Jahr das Gedicht „John Schehr und Genossen“. In der DDR mussten Generationen von Schülern die in kämpferischem Pathos verfassten Verse auswendig lernen. Wie andere Kommunisten wurde er Namensgeber für Schulen und Schiffe. Das Mot.-Schützenregiment 24 der NVA trug den Ehrennamen „John Schehr“. Diese Armee gibt es inzwischen nicht mehr, aber bis heute existiert weiterhin eine Vielzahl von John-Schehr-Straßen, eine davon sogar in der Hauptstadt. *Erik Lommatzsch*

AUGUST HORCH

Gründer und Namensgeber gleich zweier Automarken

Das vor 70 Jahren gestorbene technische Ausnahmetalent hatte auf wirtschaftlichem Gebiet eine weniger glückliche Hand

VON MANUEL RUOFF

Wie sein Vater sollte auch der am 12. Oktober 1868 als Spross einer alten Schmiede- und Winzerfamilie in Winningen an der Mosel in der Rheinprovinz geborene August Horch Schmied werden. Folglich erlernte er das Handwerk nach der Schulausbildung in der väterlichen Schmiede. Der Ausbildung folgten Wanderjahre als Geselle. Für einen Schmied war er jedoch recht leichtgewichtig, und die Mechanik faszinierte ihn mehr. 1888 begann er also ein Maschinenbaustudium am Technikum Mittweida, das er zwei bis drei Jahre später erfolgreich abschloss.

Über Zwischenstationen landete er 1896 bei Carl Benz. Der Automobilpionier hielt viel von ihm und machte ihn bereits nach wenigen Monaten zum Betriebsleiter des Motorenwagenbaus. Doch zeigte sich schon hier Horchs grundsätzliches Problem. Der talentierte Techniker wollte leistungsfähige, innovative Produkte herstellen. Ob sie sich rechneten, war für ihn zweitrangig. Darüber kam es zum Bruch mit Benz.

1899 gründete Horch mit dem Tuchhändler Salli Herz ein eigenes Automobilunternehmen in Köln-Ehrenfeld: Horch & Cie. Im Jahr 1901 entstand das erste Auto. Horchs Produkte sind fortschrittlich – mit dem Einsatz von Reibungskupplungen und Kardanwellen zur Kraftübertragung leistete er Pionierarbeit im Automobilbau –, aber seine Fahrzeuge waren zu teuer für den Markt, ließen sich kaum absetzen.

Erst Horch dann Audi

Die Suche nach neuen Geldgebern ließ Horchs Unternehmen wandern. Erst wechselte es 1902 wegen Moritz Bauer

nach Reichenbach im Vogtland und dann wegen Paul Fikentscher nach Zwickau. Der Gründer des Steinzeugwerks Friedrich Chr. Fikentscher und Angehörige des Stadtrats von Zwickau war wohlhabend, gut vernetzt und automobilbegeistert. Der gebürtige Zwickauer holte Horch in den von ihm 1903 gegründeten und geleiteten Sächsisch-Thüringischen Automobilclub. Ein Jahr später verlagerte Horch sein Unternehmen in die sächsische Kreisstadt. Wie einst mit Benz entstanden hier nun mit seinen Teilhabern Meinungsverschiedenheiten.

Wieder wollte Horch leistungsstarke, moderne Autos bauen ohne Rücksicht auf die Herstellungskosten und den sich daraus ergebenden Preis. Um Investoren zu gewinnen, war sein Unternehmen 1904 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, und der gesellschaftlich aufgestiegene Sohn eines Schmiedes war nur Minderheitsaktionär. Der Aufsichtsrat forderte schließlich, dass Horch sein technisches Ausnahmetalent der Firma weiterhin zur Verfügung stellen, aber die Geschäftsführung abgeben sollte.

Zu einer derartigen Lösung war Horch jedoch nicht bereit. Er schied 1909 aus dem Unternehmen aus und gründete mit Fikentscher und mitgenommenen Mitarbeitern unweit des Standortes seines alten ein neues Automobilwerk, die August Horch Automobilwerke GmbH. Gegen den Namen prozessierte allerdings sein vormaliges Unternehmen erfolgreich. Nun war guter Rat teuer. Ein Sohn Fikentschers mit Lateinkenntnissen hatte dann den entscheidenden Einfall: die lateinische Übersetzung des Befehls „Horch!“, also „audi“. 1910 wurde die August Horch Automobilwerke GmbH in „Audi Automobilwerke GmbH“ umbenannt. Noch im selben Jahr kam der erste Audi auf den Markt.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich, lautet ein Sprichwort. 1915 wurde auch dieses Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, um Investoren zu gewinnen. Auch diesmal schwächte der Kapitalzufluss Horchs Stellung in seinem Unternehmen. 1920 wechselte er vom Vorstand in den Aufsichtsrat, zog sich also aus dem operativen Geschäft zurück.

Anerkennung über Systemgrenzen

Nun hätte man meinen können, dass Horch sich auf sein Talent, das Konstruieren von Autos, konzentriert hätte. Dann hätte er sich jedoch unterordnen müssen, was er ja bereits 1909 gegenüber dem Horch-Aufsichtsrat abgelehnt hatte. Stattdessen versuchte er sich lieber weiterhin als Geschäftsmann. Skurril mutet sein ab 1929 unternommener Versuch an, nahe seiner Geburtsstadt eine Hühnerfarm zu betreiben. Auch diesmal fand sein Engagement ein weniger befriedigendes Ende. Seine Hühner erwiesen sich zur Hälfte als unfruchtbar und sein Plan, die Eier per Seilbahn auf die andere Moselseite zu transportieren, ließ unberücksichtigt, dass sie dort auf die Konkurrenz örtlicher Bauern stießen. 1934 gab er das Projekt auf – nicht allerdings ohne in den 40er Jahren einen erneuten Anlauf zu unternehmen. Diesmal versuchte er es zwar nicht mit Eiern, sondern mit Wein, aber der Erfolg war vergleichbar. Nachdem er 1931 bereits sein Haus in Berlin hatte verkaufen müssen, musste er nun auch noch seinen Hof versilbern. Der erfolglose Unternehmer starb mittellos.

Diese unternehmerischen Misserfolge stehen in einem eklatanten Gegensatz zu dem Renommee als Konstrukteur und Autofachmann, das Horch im Dritten Reich, aber auch schon in der Weimarer

Republik genoss. Von Letzterem zeugen diverse Ämter und Ehrungen. Ab 1921 leitete er im Reichsverkehrsministerium den Ausschuss „Außenhandelsstelle für Fahrzeuge“, der die Ein- und Ausfuhr von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen überwachte. 1922 verlieh ihm die Technische Hochschule in Braunschweig die Ehrendoktorwürde. 1924 wurde er sowohl Leiter des Normenausschusses der Deutschen Industrie als auch der erste Präsident der Deutschen Verkehrswacht.

Und 1939 ernannte ihn Zwickau zu seinem Ehrenbürger. Kurz vorher war sein 70. Geburtstag groß gefeiert worden. Selbst der Reichsrundfunk berichtete. Die Motorisierung spielte im Nationalsozialismus eine wichtige Rolle – man denke nur an den KdF-Wagen (siehe „Porsche“ Seite 11) und die Autobahn –, und Horch war einer der bedeutendsten deutschen Autokonstrukteure der damaligen Zeit.

Die im Dritten Reich genossene Wertschätzung ließ Horch nach dem Ende von NS-Herrschaft und Zweitem Weltkrieg Verfolgung fürchten. Diese Befürchtung erwies sich jedoch als letztlich unbegründet. Nun gereichten ihm sein frühes Ende als Autobauer und seine wirtschaftlichen Misserfolge zum Vorteil. Die Produktion von Rüstungsgütern ließ sich ihm ebenso wenig vorwerfen wie die Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Zwar wurde beantragt, ihm die Zwickauer Ehrenbürgerschaft abzuerkennen, aber dieser Antrag fand in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit.

Nicht nur, dass Horch Verfolgung durch die neuen Herren erspart blieb, die Ehrungen setzten sich schließlich sogar noch fort. Bereits nach dem Zusammenschluss der Automobilhersteller Horch und Audi mit DKW und Wanderer zur Auto Union AG mit Sitz in Chemnitz 1932 war August Horch in den Aufsichtsrat berufen worden. Nach dem Neubeginn in Ingolstadt im Jahre 1949 wurde ihm diese Ehre erneut zuteil. Ebenso ernannte ihn nach Zwickau nun auch Winningen zum Ehrenbürger.

Gerne wäre Horch nach dem Zweiten Weltkrieg in seine Geburtsstadt zurückgekehrt. Das ließ die französische Besatzungsmacht jedoch nicht zu. Stattdessen verlebte Horch seinen Lebensabend im oberfränkischen Münchberg. Dort starb Horch am 3. Februar 1951. Seinem Wunsch folgend wurde er in Winningen beigesetzt.



Am Steuer eines Horch: August Horch

Foto: imago images/Thomas Frey

VON ERIK LOMMATZSCH

Außerst wütend war Friedrich Ebert am 9. November 1918 auf Philipp Scheidemann, mit dem er gemeinsam an der Spitze der SPD stand. Scheidemann, der soeben von einem Fenster des Reichstagsgebäudes der versammelten Menge das Ende der Monarchie und die neue Staatsform verkündet hatte, musste sich so einiges von seinem Genossen anhören: „Du hast kein Recht, die Republik auszurufen!“, herrschte Ebert ihn lautstark an, „was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, das entscheidet eine Konstituante.“

Die Szene vor dem Hintergrund des Endes des Ersten Weltkrieges und des Umbruchs in Deutschland zeigt zum einen, dass für Ebert die politische Zukunft des Landes zu diesem Zeitpunkt offen war. Zum anderen kommen wesentliche Züge seines Charakters deutlich zum Ausdruck: Redlichkeit, Sinn für Ordnung und eine Abneigung gegen Revolutionen. Ebert setzte auf Reform und Evolution. Über die „soziale Revolution“ äußerte er ausdrücklich: „Ich aber will sie nicht, ja ich hasse sie wie die Sünde.“ Derartige Zitate lässt die geneigte Geschichtsschreibung gern aus.

Kurz vor Scheidemanns Ansprache war ihm das Amt des Reichskanzlers übertragen worden – und zwar durch Prinz Max von Baden, den letzten vom Kaiser ernannten Kanzler. In dessen Erinnerungen ist überliefert, er habe den Sozialdemokraten beschieden: „Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz!“ Dieser reagierte mit den Worten: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.“ Dass die Art der Machtübertragung wenig Legitimation besaß, dass es galt, den Übergang und den Bestand des Reiches zu sichern, war Ebert sehr bewusst. Gern hätte er den Thronfolger des Großherzogtums Baden in der Funktion eines Reichsverwesers gesehen, doch war dieser dafür nicht zu gewinnen.

Drei Monate später, am 11. Februar 1919, wählte die Nationalversammlung Ebert in das neue Amt des Reichspräsidenten der gerade entstandenen Weimarer Republik. Es gilt als Eberts Verdienst, wesentlich dazu beigetragen zu haben, dass das Land vor einem linksradikalen Umsturz bewahrt und ein drohender Einmarsch der alliierten Sieger abgewendet wurde. Ebenso gelang die Rückführung des Heeres. Er sorgte – den Umständen und seinen Möglichkeiten entsprechend, aber immer mit großem persönlichen Einsatz – für die Stabilisierung der ersten deutschen Demokratie. Im Lager der Befürworter der Republik genoss er parteiübergreifend Ansehen.

In die Wiege gelegt war Ebert der Aufstieg zum ersten Mann des Staates nicht. Vor 150 Jahren, am 4. Februar 1871, kam er in Heidelberg als Sohn eines Schneiders zur Welt, er hatte acht Geschwister. Nach Sattlerlehre und Wanderschaft, während der er sich den Sozialdemokraten angeschlossen hatte, ließ er sich 1891 in Bremen nieder. Tätig war er unter anderem als Gastwirt und Redakteur, 1900 wurde er hauptamtlicher Arbeitersekretär und Bürgerschaftsabgeordneter. 1905 erfolgte der Wechsel zur Parteispitze nach Berlin, 1912 die Wahl in den Reichstag. Nach dem Tod August Bebels 1913 wurde er einer von zwei Parteivorsitzenden.

„Pakt mit den alten Mächten“

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges war Ebert vehementer Vertreter des „Burgfriedens“, seine Aufgeschlossenheit gegenüber dem bürgerlichen Lager zeigt sein Engagement im 1917 gebildeten „Interfraktionellen Ausschuss“. Im Oktober 1918 drängte er die Sozialdemokraten zur Regierungsbeteiligung, auch gegen heftige Widerstände in den eigenen Reihen. Bereits im Jahr zuvor hatte sich die linksgerichtete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) von der SPD abgespalten – wodurch Eberts Stel-



So sah ihn 1924 der ostpreussische Künstler Lovis Corinth im Jahre 1924: Porträt des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (Ausschnitt)

FRIEDRICH EBERT

Der „Beauftragte des ganzen deutschen Volkes“

Der erste Reichspräsident strebte nach Stabilität und breiter Verankerung der Weimarer Republik. Vor 150 Jahren wurde der Sozialdemokrat geboren

lung bei der verbleibenden Parteimehrheit gestärkt wurde. Der Historiker Walter Mühlhausen, Verfasser einer voluminösen Ebert-Biographie, urteilt: „In den Novembertagen 1918 war er sicherlich der einflussreichste Politiker im Reich.“ Er sei ein „typischer Vertreter der zweiten Generation der Arbeiterführer“ gewesen, der nicht zum „romantischen Revolutionschwärmer taugte“.

Ebert schloss ein Bündnis mit dem Ersten Generalquartiermeister Wilhelm Groener als Vertreter der Obersten Heeresleitung (OHL), um den gewaltsamen Umsturz abzuwehren, den sogenannten Pakt mit den alten Mächten oder Ebert-Groener-Pakt. Russland und der dort an die Macht gelangte Bolschewismus standen den Zeitgenossen damals deutlich vor Augen.

Nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten erklärte Ebert, er verstehe sich als „der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes“, bekannte sich aber zugleich als „Sohn des Arbeiterstandes“, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus.“

Er drängte seine Partei, die schon 1920 das Amt des Kanzlers verlor und 1923 für fünf Jahre ganz aus der Regierung ausscheiden sollte, immer wieder zur Übernahme von Verantwortung – und wurde entsprechend enttäuscht. Eberts Ideal war ein breites Bündnis von

der SPD bis zur rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), die sogenannte Große Koalition. Arbeiterschaft und Bürgertum sollten gemeinsam für den neuen Staat wirken.

Die Funktion des Reichspräsidenten verstand er integrativ und – im Gegensatz zu den Vorstellungen der Schöpfer der Verfassung – als Stütze der Regierung, nicht als deren Gegenpol. Von Artikel 48, der ihm das Notverordnungsrecht einräumte, machte er entsprechend Gebrauch, in der Regel handelte es sich um unpopuläre Maßnahmen. Parteiziele waren für Ebert den Staatszielen gegenüber nachgeordnet. Vom Volk gewählt worden ist er übrigens

nie, seine Amtszeit wurde im Oktober 1922 vom Reichstag um drei Jahre verlängert.

Sein Ideal war die Große Koalition

Während er als Politiker des Ausgleichs Anerkennung erfuhr, trat zwischen ihm und seiner Partei eine immer stärker Entfremdung ein. Große Teile der USPD kehrten zur SPD zurück, womit die Zahl der innerparteilichen Opponenten seiner Politik stieg. Nachdem er 1923 die Reichsexekution gegen Sachsen mit der Absetzung der dortigen Regierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten unterstützt hatte, wurde sogar sein Parteiausschluss gefordert.

Ebert war materiell anspruchslos. Als Reichspräsident trat er anders auf als privat, wo er als impulsiv und redege wandt wahrgenommen wurde. Rednerische Begabung hatte ursprünglich auch zu seinem Aufstieg beigetragen. Die Bedeutung des Repräsentativen hat er wohl unterschätzt. Schwer zu schaffen machte ihm die permanente Verunglimpfung durch seine Gegner. Im Dezember 1924 erging ein Urteil, nachdem er als „Landesverräter“ bezeichnet werden durfte. Anlass war sein Wirken beim Berliner Januarstreik 1918. Wegen des von ihm angestrebten Revisionsverfahrens ließ Ebert eine Blinddarmentzündung zu spät behandeln – was zu seinem frühen Tod am 28. Februar 1925 führte.

„Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja ich hasse sie wie die Sünde“

Friedrich Ebert

FERDINAND PORSCHE

Nicht nur der Konstrukteur des VW Käfer

Ohne Ferdinand Porsche wäre die Autowelt ein ganzes Stück ärmer. Neben dem Prototypen des VW Käfer schuf er auch die ersten Fahrzeuge mit Allrad- und Hybridantrieb sowie zahlreiche leistungsstarke Sport- und Rennwagen von charakteristischer Form.

Porsche, der am 3. September 1875 im böhmischen Maffersdorf geboren wurde, zeigte schon sehr früh ein außergewöhnliches technisches Talent. Bis 1917 avancierte er zum Generaldirektor der Österreichischen Daimler Motoren Gesellschaft in Wiener Neustadt und Ehrendoktor der Technischen Universität Wien. Im April 1923 wechselte Porsche dann nach Stuttgart, wo er als Leiter der Konstruktionsabteilung und Vorstandsmitglied der Daimler-Motoren-Gesellschaft fungierte. Aufgrund der Nichtverlängerung seines Arbeitsvertrages eröffnete der Autodidakt im Dezember 1930 in Stuttgart ein Konstruktionsbüro, die „Dr. Ing. h. c. F. Porsche GmbH, Konstruktionen und Beratung für Motoren und Fahrzeuge“.

In der Folgezeit entwickelte Porsche Klein-, Mittelklasse- und Rennwagen für Zündapp in Nürnberg, NSU in Neckarsulm, Wanderer in Augsburg und die Chemnitzer Auto Union AG. 1934 tauschte er auf Drängen Adolf Hitlers seine nunmehrige tschechische Staatsbürgerschaft mit der deutschen. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete Porsche im Auftrag des Reichsverbandes der Automobilindustrie an der Konstruktion eines KdF-Wagens, der nach dem Willen Hitlers nur 990 Reichsmark kosten und damit praktisch für jedermann erschwinglich sein sollte. In Vorbereitung der Produktion des Fahrzeuges, das heute als VW Käfer bekannt ist, bekleidete Porsche ab 1938 die Position des Hauptgeschäftsführers der Volkswagenwerk G.m.b.H.

Während des Zweiten Weltkriegs engagierte sich der Nationalpreisträger und Wehrwirtschaftsführer im



Starb vor 70 Jahren: Porsche

Rüstungssektor. So wirkte er unter anderem an der Entwicklung des Panzerkampfwagens VI „Tiger“ mit.

Weil Porsche ab 1943 auch die unternehmerische Verantwortung für den Autokonzern Peugeot im besetzten Frankreich getragen hatte, kam er 1945 in Haft. Nach dem schlussendlichen Freispruch durch die französische Justiz zog sich der Autopionier 1948 ins Privatleben zurück – die Leitung der Firma Porsche lag da schon bei seinem Sohn Ferry. Ferdinand Porsche starb am 30. Januar 1951 in Stuttgart. *Wolfgang Kaufmann*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im August 2006 veröffentlichte der niederländische Nobelpreisträger Paul Crutzen, damals Leiter der Abteilung Chemie der Atmosphäre am Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz, einen polemischen Aufsatz in der Zeitschrift „Climate Change“. Darin behauptete er, dass die politischen Versuche zur Reduzierung des Ausstoßes von „Treibhausgasen“ keine nennenswerten Resultate gezeitigt hätten. Deswegen müsse nun ein umgehend nutzbarer „Fluchtweg“ her. Beispielsweise ließe sich die Erdatmosphäre ganz schnell abkühlen, wenn man gezielt Substanzen freisetze, welche dazu geeignet seien, die Sonneneinstrahlung in den oberen Luftschichten zu vermindern.

Das war die Geburtsstunde der Idee vom „Solar Radiation Management“, die in der Folgezeit besonders den Experimentalphysiker David Keith von der Harvard-Universität in Cambridge (Massachusetts, USA) umtrieb. Allerdings scheiterte dessen erster großer Feldversuch 2012, bei dem Sulfatverbindungen in die Stratosphäre über der Wüste des US-Bundesstaats Neu Mexiko eingebracht werden sollten, schon in der Vorbereitungsphase. Doch Keith blieb hartnäckig und hob schließlich fünf Jahre später zusammen mit einigen Gleichgesinnten das „Harvard's Solar Geoengineering Research Program“ aus der Taufe.

Bill Gates finanziert mit

Diese Forschungen zur „Planetaren Umgestaltung“ werden mittlerweile von fast drei Dutzend Firmen oder Stiftungen und vermögenden Einzelpersonen finanziert. Zu Letzteren gehören auch der ehemalige „Erdgaskönig“ John Arnold, der Microsoft-Gründer und Multimilliardär Bill Gates sowie der frühere Vizepräsident des Daten-Giganten Google, Alan Eustace. Dazu kommen noch Kapitalgesellschaften wie Ronin Private Investments sowie das Weatherhead Center for International Affairs, das offensichtlich über sehr gute Verbindungen zum US-Militär verfügt.

Mithilfe dieser Sponsoren wollen Keith und sein Kollege Frank Keutsch vom Umweltzentrum der Harvard-Universität das Stratospheric Controlled Perturbation Experiment (ScoPEX) vorantreiben. In dessen Rahmen soll nun ein Kalziumkarbonat-Aerosol in der oberen Atmosphäre versprüht werden. Von diesem Eingriff in das Klimasystem erhoffen sich die US-Forscher und ihre Finanzierer eine stärkere Reflexion des Sonnenlichtes und dann im Nachgang dazu auch die gewünschte Klimaabkühlung.

Damit treten sie freilich in Konkurrenz zu anderen viel diskutierten Verfahren zur Absenkung der globalen Durchschnittstemperatur. Dazu gehören etwa



Der Mensch als Herr des Himmels: Skeptiker warnen eindringlich vor möglichen Folgen gezielter Wettermanipulation

Foto: imago images/Panthermedia

„KLIMASCHUTZ“

Riskantes Spiel mit dem Wetter

US-Forscher wollen die Erdatmosphäre manipulieren, damit sie mehr Sonnenlicht reflektiert – Kritiker warnen vor unabsehbaren Folgen eines Eingriffs in ein hochkomplexes System

das Einfangen und Einlagern des „Klimakillers“ Kohlendioxid, oder die Errichtung eines gigantischen Sonnenschirms aus 16 Billionen Siliziumscheiben an einem der Punkte in den Tiefen des Weltalls, wo sich die Anziehungskräfte unseres Planeten und der Sonne gegenseitig aufheben. Ebenso gibt es Pläne, im Zuge eines weiteren Projektes („Marine Cloud Brightening“) die tiefhängenden dunklen Wolken über den Ozeanen künstlich aufzuhellen, damit diese die Sonnenstrahlen besser reflektieren. Und manche Forscher schlagen sogar vor, hellen Sand in den eisfreien Gebieten der Arktis auszustreuen und die Gletscher mit weißer Plastikfolie zu bedecken sowie mehrere Billionen Tonnen Kunstsnow in der Antarktis zu produzieren.

Partikelwolke in 20.000 Metern

Doch jetzt scheint vor allem das „Harvard's Solar Geoengineering“ die Nase vorn zu haben. Deshalb stehen bald die ersten Praxistests im Rahmen des ScoPEX

an. Diese sind für den kommenden Juni geplant. Da wollen Keith und Keutsch weit der nordschwedischen Stadt Kiruna einen drei Millionen Dollar teuren, unbemannten Ballon mit 600 Kilogramm Nutzlast starten – zunächst angeblich nur, um in Zusammenarbeit mit der Schwedischen Raumfahrtagentur sämtliche Systeme an Bord zu testen.

Im zweiten Anlauf ist dann aber auch schon die „Impfung“ der Stratosphäre über Skandinavien mit einer kleineren, vom Ballon ausgestreuten Menge Kalziumkarbonat vorgesehen. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass so eine kilometerlange Partikelwolke in 20.000 Metern Höhe entsteht, welche das Sonnenlicht zum Teil ins All zurückwirft. Sollte das funktionieren, könnten dann groß angelegte „atmosphärische Injektionen“ rund um die Welt stattfinden. Für die veranschlagt Keith Kosten in Höhe von bis zu zehn Milliarden US-Dollar pro Jahr.

Allerdings gibt es massive Kritik an dem ScoPEX-Projekt – und zwar auch von

„Klimaschützern“ wie dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore. Die Kritiker machen geltend, dass dadurch nur an den Symptomen des Klimawandels herumkuriiert würde, während die angeblichen Ursachen für die „Erderwärmung“ aus dem Blickfeld gerieten. Außerdem befürchten manche Gegner des Geoengineering à la Keith und Keutsch Schäden an der Ozonschicht. Andere Skeptiker wiederum verweisen auf die Risiken des Eingriffs in so hochkomplexe Systeme wie das Wetter und das Klima: Was, wenn es zu signifikanten Veränderungen der Niederschlagsmuster sowie einer viel zu starken und nicht mehr zu bremsenden Abkühlung käme?

Droht neues „Jahr ohne Sommer“?

Und tatsächlich existieren bereits zwei dramatische historische Beispiele dafür, was passiert, wenn größere Mengen Partikel oder Aerosole in die oberen Luftschichten der Erde gelangen und die Sonneneinstrahlung drosseln, wodurch die

globale Durchschnittstemperatur sinkt. So bescherte der Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora im April 1815, bei dem 150 Kubikkilometer Asche freigesetzt wurden, der Menschheit 1816 das berühmte „Jahr ohne Sommer“ mit verheerenden Hungersnöten und Seuchenwellen.

Noch schlimmer dürfte es indes vor 74.000 Jahren gewesen sein. Damals stand der Homo sapiens wohl sogar kurz vor der totalen Auslöschung: Vermutlich überlebten nur 1000 bis 10.000 Individuen, weswegen der moderne Mensch heute eine auffallend geringe genetische Vielfalt aufweist. Ursache des Massensterbens sowie des hieraus resultierenden „Genetischen Flaschenhalses“ bei unserer Art waren höchstwahrscheinlich heftige Eruptionen des Supervulkans Toba auf der ebenfalls indonesischen Insel Sumatra. Insofern könnte die Medizin, mit der Keith und Keutsch gegen die „Erderwärmung“ vorgehen wollen, gefährlicher für die Menschheit ausfallen als die vermeintlich zu kurierende Krankheit.

IDEOLOGIE

Maos Schatten hat die USA erreicht

Eltern asiatischer Herkunft rebellieren gegen die linke Rassenlehre an einer kalifornischen Grundschule

In hohem Tempo hat der neue US-Präsident Joe Biden bereits am ersten Tag seiner Amtszeit zahlreiche Regelungen seines Vorgängers zurückgenommen. Eine der Anordnungen Bidens macht eine Exekutiv-Order Donald Trumps zur „Critical Race Theory“ rückgängig. Erst im September hatte Trump Bundesbehörden verboten, Mitarbeiter in der „Critical Race Theory“ zu unterweisen. Der damalige US-Präsident hatte die sogenannte kritische Rassentheorie unter anderem als „toxische Propaganda“ bezeichnet.

Obwohl die Theorie an vielen Lehrereinstellungen der USA inzwischen Normalität ist, erregt nun doch der Fall einer kalifornischen Grundschule Aufsehen. Unter

Berufung auf Eltern berichtet der Journalist Christopher Rufo über Elternproteste an der R.I.-Meyerholz-Grundschule in Cupertino.

Nur Privilegierte und Unterdrückte

Dort hatte ein Lehrer „soziale Identitäten“ zum Unterrichtsthema gemacht. Laut dem Bericht erklärte der Lehrer den Schülern, sie würden in einer „dominanten Kultur“ leben. Dieser ordnete der Erzieher Begriffe wie „weiß“, „christlich“ und „Englisch sprechend“ zu. Anschließend forderte der Lehrer die Drittklässler auf, sich nach Macht und Privilegierung selbst einzuschätzen. Schließlich sollten die Schüler auch noch eine persönliche

Identitätsübersicht erarbeiten. Hierin sollten Kategorien wie Rasse, Klasse, Geschlecht, Religion und Familienstruktur einfließen.

Der Unterricht hatte ein überraschendes Nachspiel: Die Eltern protestierten bei der Schulleitung. Ein Großteil der Klasse bestand nämlich aus Kindern mit asiatischen Familiengeschichten. Den Eltern lag es fern, sich als Vertreter einer privilegierten, weißen Dominanzkultur zu sehen. Stattdessen beweisen gerade Einwanderer aus Asien regelmäßig, dass auch Nicht-Weißen in den USA ein sozialer Aufstieg gelingen kann.

Bei einigen Eltern weckte der Unterricht zudem Erinnerungen an die chinesi-

sche Kulturrevolution: „Aufgewachsen in China, hab ich das viele Male erlebt. Die Gesellschaft wird in Unterdrücker und Unterdrückte eingeteilt.“ Tatsächlich spielte in Maos „permanenter Revolution“ der Familien- und Klassenhintergrund jedes Einzelnen eine entscheidende Rolle.

Der rote Ungeist ist eingewuchert

Mao unterschied die Gesellschaft in positive „rote Klassen“ und in stigmatisierte „schwarze Klassen“ wie etwa „wohlhabende Bauern“. Aus Sicht des Kommunistenführers übertrug sich die Zugehörigkeit zu den Klassen zwingend auch auf die Folgegenerationen. Ähnlich baut auch

die umstrittene „Critical Race Theory“ auf der Annahme einer von Generation zu Generation weitergegebenen Opferrolle der Schwarzen auf, denen die privilegierten Weißen gegenüberstehen. Die Ähnlichkeit zu Maos Ideologie ist vermutlich kein Zufall. Der chinesische Diktator war bis in die 1970er Jahren ein wichtiger Ideengeber für viele Linke in der gesamten westlichen Hemisphäre.

Erstaunlich viele Ex-Maoisten haben in den vergangenen Jahrzehnten Karrieren in den Medien oder in Parteien, etwa bei den Grünen, gemacht. Auch war in den USA die afroamerikanische „Black Panther“-Bewegung stark maoistisch geprägt.

Norman Hanert

KAMPF DER ANSICHTEN

Abtreibungsgegner schlagen zurück

Nach Demonstrationen erzürnter Frauen: In Allenstein sorgt eine neue Plakataktion für Aufsehen

VON DAWID KAZANSKI

Seit einigen Wochen kann man an den Straßen polnischer Städte Plakate mit einer Darstellung eines Fötus im Mutterleib in Form eines Herzens sehen. In Allenstein befinden sich die riesigen Plakatwände an großen Kreuzungen, entlang der Hauptverkehrsadern der Stadt oder vor dem Hauptbahnhof. Sie sind auffällig, weil sie sich auf das äußerst wichtige Thema der Abtreibung beziehen, das seit einigen Monaten Gegenstand einer heftigen öffentlichen Auseinandersetzung zwischen einem großen Teil der Gesellschaft und der Regierung ist.

Die Plakatkampagne ist eine Antwort der Abtreibungsgegner auf die Frauenstreiks, die seit dem 22. Oktober als Reaktion auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts zur Verschärfung des Abtreibungsgesetzes stattfinden. Es scheint, dass im Zeitalter immer restriktiverer Epidemie-bedingter Einschränkungen der Krieg der Weltanschauungen von der Straße auf die Plakatwände übergegangen ist.

Noch ist nicht bekannt, wer hinter der Anti-Abtreibungs-Plakataktion steckt, aber sie löste im ganzen Land viele Kontroversen aus. Obwohl auf den Postern weder ein Slogan noch eine Urheberangabe zu finden ist, stellte sich heraus, dass die Grafik des Embryos in einer herzförmigen Gebärmutter ein verändertes Werk der jungen russischen Künstlerin Katrin Glaskowa ist. Wie viele andere stellt die Künstlerin ihre Werke ins Internet, wo sie gegen eine Nutzungsgebühr heruntergeladen und verwendet werden dürfen.

So geschah es auch in diesem Fall. Die Grafik wurde nur geringfügig verändert und sieht der ursprünglichen Version zum Verwechseln ähnlich. In dieser Form ist sie auf großformatigen Plakatwänden in vielen polnischen Städten zu sehen. Die Illustratorin selbst erfuhr von der Verwendung ihrer Arbeit durch Kommentare der Abtreibungsgegner in den sozialen



Embryo, geschützt in einer herzförmigen Gebärmutter liegend: Die Plakate tauchten an vielen Stellen in Allenstein auf Foto: D.K.

Medien. Sie hatte keine Ahnung, dass ihr Werk als Symbol für die Bewegung, die für das Abtreibungsverbot kämpft, verwendet wurde und dass sie damit starke Emotionen hervorrief. Die Künstlerin sagte: „Dieses Bild wurde als Inbegriff der Freude an der Mutterschaft gezeichnet, aber nicht als eine erzwungene Mutterschaft, bei der von keiner Liebe und Freude die Rede sein kann. Diese Verbote sind sinnlos, schädlich und verletzen die Menschenrechte; sie schaden sowohl Frauen als auch ungewollten Kindern.“

Glaskowa distanzierte sich von Andeutungen, dass sie sich auf der Seite der Abtreibungsgegner engagiere. Im Gegenteil: Sie akzeptiert den Druck, der auf Frauen ausgeübt wird, nicht, sondern ist eine Befürworterin des Rechts auf Selbstbestimmung. In einem weiteren Post erklärte die Künstlerin, dass sie polnische

„Diese Illustration wurde als etwas Positives gemalt ... nicht als Symbol für die Unterdrückung der Frauenrechte“

Katrin Glaskowa
Künstlerin

Frauen im Kampf für ihre Rechte unterstützt: „Diese Illustration wurde als etwas Positives gemalt, als eine Verkörperung der Freude an der Mutterschaft und definitiv nicht als Symbol für die Unterdrückung der Frauenrechte ... ich hätte nie erwartet, dass sich die Dinge so entwickeln könnten. Als Frau und Künstlerin unterstütze ich voll und ganz die polnischen Frauen in ihrem Kampf um das Recht, Entscheidungen zu treffen.“

Bereits im Dezember vergangenen Jahres veröffentlichte Glaskowa eine Grafik mit dem Symbol der polnischen Frauenstreikbewegung und lud sie unter freier Lizenz zur Verfügung hoch, womit sie sich eindeutig auf die Seite der Polen stellte, die sich gegen eine Verschärfung des Abtreibungsrechts aussprechen. Die neue Illustration zeigt eine unbedeckte Frau, die in einen Blitz eingezeichnet ist – ein Markenzeichen der protestierenden Frauen – und die Botschaft der Grafik soll nach Ansicht der Autorin eindeutig zu verstehen geben: „Bleib weg von meinem Körper!“

URLAUBERANSTURM

Das Königsberger Gebiet liegt voll im Trend

An den Neujahrsfeiertagen wurden 106.000 Gäste gezählt – Flughafen registrierte mehr Passagiere als zur Fußball-WM

Während in mittel- und westeuropäischen Ländern im Zusammenhang mit dem Coronavirus neue Bewegungseinschränkungen eingeführt werden und nur Geschäfte mit Lebensmitteln und Grundbedarfsartikeln geöffnet bleiben, ist im Königsberger Gebiet genau das Gegenteil der Fall – um die Jahreswende gab es einen noch nie dagewesenen Zustrom von Besuchern.

Auf einer Pressekonferenz sprach Gouverneur Anton Alichanow von 490.000 Besuchern. Auf diese fantastische Zahl sei er gekommen, indem die Anzahl der Personen mit auswärtigen SIM-Karten in ihren Mobiltelefonen ausgewertet worden sei. Offenbar wurden auf diese Weise auch SIM-Karten von Nutzern mitgezählt, die ihre Karten unterwegs, etwa in Moskau oder St. Petersburg, gekauft hatten, aber in Königsberg ihren Wohnsitz haben.

Doch selbst nach traditionellen Berechnungen durch die Zahl von Flugpassagieren und Hotelübernachtungen zählte das Gebiet diesmal um Silvester mehr Touristen als ein Jahr zuvor: 53.000 statt 48.000 zu den Neujahrsfeiertagen 2020/21. Vom 30. Dezember bis zum

10. Januar betrug das Passagieraufkommen am Flughafen Powunden [Chrabrowo] mehr als 106.000 Menschen. Dies entspricht einer Steigerung von 24 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das ist nicht nur auf eine stärkere Auslastung der Flugzeuge zurückzuführen, sondern

auch auf die Tatsache, dass der Flughafen deutlich mehr Flüge als im Vorjahr verzeichnete. Am 4. Januar landeten 37 Flüge, das waren mehr als zur Fußball-WM 2018.

Nur symbolische Beschränkungen

Die Regionalregierung hat lange gebraucht, um über Beschränkungen zu Silvester zu entscheiden. Schließlich wurde nach Rücksprache mit Unternehmern beschlossen, nur symbolische Maßnahmen zu ergreifen, welche die Ansammlung von Menschen auf öffentlichen Plätzen nicht wesentlich beeinflussen. Insbesondere wurden die Öffnungszeiten von Cafés und Einkaufszentren sowie die Anzahl der Teilnehmer an Touristengruppen reduziert.

Die Museen der Stadt boten für die Wintertouristen eine Reihe sogenannter Quests, unterhaltsamer Ratespiele, an. Bei dem Pro-

gramm „Mission rettet das neue Jahr“ wurden die Besucher per Reisespiel durch das Museum geführt. Sie mussten versteckte Dinge suchen und Fragen beantworten. Jedes der sechs Museen, die an den Programmen teilnahmen, hatte eigene Quests vorbereitet. So lud das Ozeanmuseum beispielsweise zu einem Spaziergang mit dem Weihnachtsmann auf dem alten Deich ein, um während der Neujahrsfeiertage Geschichten über das Wunder, legendäre Schiffe und maritime Erfindungen zu hören.

Die meisten Urlauber zogen es erwartungsgemäß vor, ihre Zeit am Meer zu verbringen. Vom 1. bis zum 10. Januar kamen in Cranz etwa 55.000 Autos an. Und da sind die Autos, die zur Kurischen Nehrung fuhren, und die Touristen, die mit Bussen und Vorortzügen in die Stadt kamen, noch gar nicht mitgerechnet. Selbst im vergangenen Sommer hatten sich nicht so viele Gäste an der Ostsee aufgehalten. Jurij Tschernyschew



Während es die einen an die Kurorte an der Ostseeküste zog, nutzten andere die Freizeit zum Geschäftsbummel: Eingang des Einkaufszentrums Europa in Königsberg

Foto: J.T.

MELDUNGEN

Dom weist Risse auf

Königsberg – An den Innenwänden und an der Fassade des Königsberger Doms haben sich Risse gebildet. Wie der stellvertretende Domdirektor Grigorij Chuzijew Anfang Januar bekannt gab, hat sich auch der Turm abgesenkt und die Dächer der Nord- und der Südseite senkten sich unregelmäßig ab. Das Problem sei nicht neu, so Chuzijew, sondern schon vor 300 Jahren entdeckt worden. Bereits im Jahr 2005 seien technische Lösungen gefunden, aber nicht umgesetzt worden. Für Arbeiten im Inneren müsse die Orgel in einem speziellen Sarkophag aufbewahrt werden. Zurzeit wird an der Erstellung einer Konstruktionsdokumentation für die Sanierung des Dachs gearbeitet. Damit befasst sich die Nordwestdirektion für Bau, Wiederaufbau und Restaurierung in St. Petersburg. Erst wenn die Dokumentation fertig ist, soll nach Finanzierungsquellen gesucht werden. Die Kosten für den Unterhalt des Doms und des umliegenden Geländes bezifferte der Vizedirektor auf umgerechnet knapp 17.000 Euro jährlich. MRK

Frost in Masuren

Goldap – Das Institut für Meteorologie und Wasserwirtschaft hat Mitte Januar in dem masurischen Ort Goldap an der innerostpreußischen Grenze die Rekordtemperatur von minus 25,5 Grad Celsius gemessen. Damit war das südliche Ostpreußen die kälteste Region der Republik Polen. Auf der Wetterstation in Heilsberg wurden minus 25,1 Grad Celsius abgelesen. Auch in Rastenburg wurde eine Temperatur von minus 24,9 Grad Celsius beobachtet. Standardmäßig wird in einer Höhe von zwei Metern über der Erde gemessen. Auf dem Boden ist es örtlich noch kälter. In der Woiwodschaft Podlachien wurden in Suwalki bodennah sogar minus 30,8 Grad Celsius gemessen. PAZ

Wir gratulieren...



ZUM 105. GEBURTSTAG

Siebeck, Ella, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Dahms, Ursula, geb. **Drosdati**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kowalewski, Emma, geb. **Piotrowski**, aus Rothof, Kreis Lyck, am 2. Februar
Ziegler, Ella, geb. **Saborowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Breede, Hilde, geb. **Hamann**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 31. Januar
Hartmann, Hugo, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 30. Januar
Rose, Elsa, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Grieschat, Valentina, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 2. Februar
Piepke, Else, geb. **Goetzle**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bednarz, Anita, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 2. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bloße, Dorothee, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

Fürst, Margarete, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Rittrich, Margarete, geb. **Weller**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 31. Januar
Weiss, Herta, geb. **Ligowski**, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 30. Januar
Zindler, Margot geb. **Grommek**, aus Mohrunen und Himmelforth, am 29. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Beyer, Käthe, geb. **Griegel**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Bitsching, Hilde, geb. **Lasarzewski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 3. Februar
Koyro, Irmgard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar
Lehmkuhl, Lydia, geb. **Rausch**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. Februar
Pooppel, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 153, am 3. Februar
Willamowski, Ursula, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 31. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Christochowitz, Hedwig, geb. **Schrage**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Februar
Dwojakowski, Ernst, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Laddach, Christel, geb. **Weissmann**, aus Sulimmen, Kreis Osterode, am 24. Januar
Mowwe, Anneliese, geb. **Piwko**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 31. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brings, Erna, geb. **Spletter**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 31. Januar
Cleve, Hildegard, geb. **Bojarra**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Februar
Fornasson, Günther, aus Giesen, Kreis Lyck, am 1. Februar
Kopka, Erich, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Lange, Joachim, aus Materschoensee, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar

Ochs, Gabriele, geb. **Graumann**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Petereit, Ulrich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar
Poreda, Hans, aus Funken, Kreis Lötzen, am 2. Februar
Schaar, Ursula, geb. **Hinz**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Schäfer, Ilse, geb. **Petz**, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 1. Februar
Schlaugat, Reinhold, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 4. Februar
Wiebrock, Frieda, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 3. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bollmann, Helga, geb. **Bartz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 11, am 3. Februar
Edinger, Irmgard, geb. **Rembritzki**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Heibutzki, Arno, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar
Keip, Grete, geb. **Kaminski**, aus Podersbach, Kreis Treuburg, am 29. Januar
Klein, Erna, geb. **Seitz**, aus Thierenberg, Kreis Fischhausen, am 3. Februar
Kowalewski, Werner, aus Lyck, Morgenstraße 16, am 2. Februar
Marzischewski, Horst, aus Walden, Kreis Lyck, am 4. Februar
Mielke, Gerda, geb. **Grünke**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar
Tannenberger, Irmtraud, geb. **Kraska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Woehler, Gerda, geb. **Adamzik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Zandereit, Hanna, geb. **Komorowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brodkorb, Elfriede, geb. **Hoffmann**, aus Ponacken, Kreis Fischhausen, am 31. Januar
Brüggmann, Horst, aus Karbow, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Dörfling, Magdalena, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Elmenthaler, Heinz, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar

Feigenbaum, Eva, geb. **Preiksch**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 31. Januar
Fornacon, Anneliese, geb. **Eggert**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Februar
Grau, Elisabeth, geb. **Brandt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Januar
Hinz, Evamaria, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 31. Januar
Mack, Günter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 69, am 31. Januar
Schäfer, Käte, geb. **Gottheit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Stubbe, Eva, geb. **Unger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Februar
Weber, Gertraud, geb. **Sadowski**, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Zilz, Edgar, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Babbel, Fritz, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Braun, Sylvia, geb. **Ritzkowski**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Geiser, Karl-Heinz, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Goerke, Helmut, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Hagedorn, Waltraud, geb. **Antelmann**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Koss, Waltraud, geb. **Zacharias**, aus Walden, Kreis Lyck, am 30. Januar
Kresinszky, Rosemarie, geb. **Gehlhaar**, aus Kirschappan, Kreis Fischhausen, am 1. Februar
Laskowski, Kurt, aus Heinrichsthal, Kreis Treuburg, am 30. Januar
Leibenath, Gerhard, aus Ribben, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Lindgreen, Elfriede, geb. **Huwald**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 29. Januar
Ortmann, Edith, geb. **Kowalski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 2. Februar
Pottel, Ingeburg, geb. **Möller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar
Sadowski, Liesbeth, geb. **Rettkowski**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 30. Januar

Sczuplinski, Karl, aus Franckenau, Kreis Neidenburg, am 29. Januar
Sieracki, Hildegard, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 2. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adloff, Hans, aus Fürstenau, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Januar
Balczun, Rosemarie, geb. **Kieragga**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 31. Januar
Basilowski, Herbert, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 1. Februar
Biskup, Günter, aus Lyck, am 3. Februar
Dubbe, Ilse, geb. **Krause**, aus Lyck, am 3. Februar
Gamer-Wallert, Prof. Dr. Ingrid, aus Lyck, am 3. Februar
Gorlo, Udo, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 3. Februar
Gorzalka, Traute, geb. **Klein**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 29. Januar
Gutsch, Reinhold, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 2. Februar
Heinrich, Karl-Peter, aus Ebenrode, am 31. Januar
Hoppe, Lilli, geb. **Unruh**, aus Lyck, am 30. Januar
Kammerer, Ingrid, aus Wehlau, am 31. Januar
Kersten, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 29. Januar
Kleisa, Horst, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. Februar
Krüger, Elly, geb. **Kutschborski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 29. Januar
Küchler, Inge, geb. **Christochowitz**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 29. Januar
Laufer, Ingrid, geb. **Ciesinski**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 29. Januar
Leck, Emmi, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 3. Februar
Maraun, Fritz, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Meier-Bruweleit, Renate, geb. **Bruweleit**, aus Dachsrode, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Moselewski, Herta, geb. **Glimski**, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Peters, Irmgard, geb. **Pucks**, aus Fischhausen, am 1. Februar

Podlasly, Kurt, aus Treuburg, am 31. Januar
Podufal, Wilfried, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 2. Februar
Repp, Anneliese, geb. **Kamusien**, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Schachtschneider, Hildegard, geb. **Zimmermann**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Schenkluhn, Gerhard, aus Neidenburg, am 31. Januar
Schmanns, Annemarie, geb. **Spieß**, aus Lyck, am 1. Februar
Scholz, Hedwig, geb. **Bohn**, aus Lomno, Kreis Neidenburg, am 31. Januar
Taron, Arnold, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Todtenhaupt, Waltraud, geb. **Damerius**, aus Stettin, am 4. Februar
Wagner, Gisela, geb. **Lehmann**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 29. Januar
Waschull, Waldemar, aus Galtgarben, Kreis Fischhausen, am 2. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Czarnetzki, Gunter, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Falcon, Sigrid, geb. **Bergmann**, aus Ortelsburg, am 4. Februar
Frischmuth, Konrad, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Jortzik, Helmut, aus Scharenken, Kreis Treuburg, am 30. Januar
Karschöldgen, Barbara, geb. **Gorlo**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 30. Januar
Müller, Edeltraud, geb. **Tuleweit**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Röschke, Manfred, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 31. Januar
Stöhr, Traute, geb. **Nadolny**, aus Rübzahl, Kreis Lötzen, am 4. Februar
Ziesenis, Hannelore, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, 1. Februar
Zimmermann, Udo, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

20./21. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)
16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt
24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-

den (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Kontakt

Redaktion Heimat
Christiane Rinser-Schurt
Telefon (040) 41400834
Fax (040) 41400850
E-Mail: rinser@paz.de
Adresse: Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Eine starke Gemeinschaft

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Sie dürfen wählen

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Immer informiert

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg.

Haben Sie Fragen?

Weitere Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen: Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.


Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg,
 Tel.: (040) 4140080, E-Mail:
 kontakt@junge-ostpreussen.de,
 www.junge-ostpreussen.de

Zeitzeugen gesucht!

Der Bund Junges Ostpreußen und der BdV Hessen suchen Zeitzeugen aus der Erlebnisgeneration für Audio und Videoaufnahmen. Ziel ist es, die Erfahrungen und Geschichten von Ostpreußen für die Nachwelt zu erhalten und in Kooperation mit dem Hessischen Bildungsministerium als Material für den Schulunterricht zur Verfügung zu stellen.

Haben Sie Interesse, Ihre Geschichte zu erzählen? Dann melden Sie sich unter rehm@junge-ostpreussen.de oder bei der Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*.


Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Jahreshauptversammlung per Briefwahl

Wesel – Sonnabend, 6. Februar: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl. Der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen Kreisgruppe Wesel grüßt alle Landsleute und Heimatfreunde zum neuen Jahre.

Erstmals in der 67-jährigen Vereinsgeschichte der Kreisgruppe Wesel wird die Versammlung wegen der Corona-Pandemie nicht direkt, sondern mit einer Briefwahl durchgeführt, so Paul Sobotta, 1. Vorsitzender und Kulturreferent.

Virtuelles Gedenken

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Bernd Fabritius, hat auf Einladung des Generalkonsuls Gábor Tordai-Lejkó durch eine Videobotschaft an der virtuellen Gedenkveranstaltung des Generalkonsulats von Ungarn in München zum Gedenken an die Vertreibung der Ungarndeutschen teilgenommen. Das Grußwort des Bundesbeauftragten ist als Video über die Internetseite des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen anzusehen. **GRS**

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel Ihrer Kreisgemeinschaft. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch Ihren letzten Heimatort an.

Auflösung des Weihnachts-Preisrätsels

Herzlichen Dank allen Lesern, die an unserem Weihnachtspreisrätsel teilgenommen haben.

Die richtige Lösung war **Wehlau**.

Die Preise in Form von Geschenkpackungen mit Königsberger Marzipan sind den Gewinnern bereits zugeschickt

worden. Wir danken den Lesern der PAZ für die Beteiligung an unserem Preisrätsel. Das Herausfinden der manchmal doch recht schwierigen Lösung hat viel Freude bereitet, wie wir aus zahlreichen Reaktionen wissen.

Geschäftsstelle der Ostpreußischen Kulturstiftung
 Postfach 17
 91791 Ellingen

Zusendungen für die Ausgabe 6/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 6/2021 (Erstverkaufstag 12. Februar) bis spätestens Dienstag, den 2. Februar 2021, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de,
 Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4,
 22087 Hamburg

ANZEIGEN




Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun trauert um ihren langjährigen Kreisvertreter

Erwin Goerke

* 4. August 1925 † 27. Dezember 2020
 Schiffus, Kreis Gerdaun Papanburg (Ems)

Er stand unserer Kreisgemeinschaft von 1979 bis 1992 vor und hat mit seinem Wirken, seinen organisierten Reisen in den Heimatkreis, unzähligen Vorträgen und nach seinem Ausscheiden aus dem Amt mit zahlreichen Beiträgen für den Heimatbrief dazu beigetragen, die Erinnerung an Ostpreußen und an unseren Kreis Gerdaun für nachfolgende Generationen lebendig zu halten. Für seine Verdienste wurde er 2003 mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun e.V.
 Walter Mogk, Kreisvertreter
 Brigitte Havertz-Krüger, 2. Vorsitzende

www.paz.de




Nachruf
 Die ehemaligen und heutigen Bürger von Liebmühl – heute Milomlyn/Polen – trauern um

Harry Zillgith

* 22. August 1927 † 9. November 2020
 in Liebmühl/Ostpreußen in Dortmund

1945 floh er als 18-jähriger mit seinen Eltern und fand in Dortmund eine neue Heimat. Als junger Mann versah er in seiner Heimat gerne den ehrenamtlichen Briefträgerdienst und war begeisterter Segelflieger. Seiner ostpreußischen Heimat blieb er zeitlebens sehr verbunden und hat bereits in den 1970er Jahren seine alte Heimat regelmäßig besucht und hat für viele andere ehemalige Liebmühler Reisen in die alte Heimat organisiert. Dabei sind Freundschaften zu den neuen Bewohnern entstanden, sowohl zu der politischen Gemeinde als auch zur Kirchengemeinde St. Bartholomäus. Damit hat Harry schon früh zur Verständigung zwischen Polen und Deutschen einen sehr positiven Beitrag geleistet. Er konnte aufgrund seiner Kenntnis des sozialen und gesellschaftlichen Lebens in der Vorkriegszeit den neuen Bewohnern wertvolle Informationen über die Stadt- und Sozialgeschichte vermitteln und viele Ansichten über das Stadtbild vor der Zerstörung beim Einmarsch der russischen Armee zur Verfügung stellen. Die ehem. und heutigen Bürgerinnen und Bürger von Liebmühl/Milomlyn werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten.

Für die ehemaligen Liebmühler
 Rudolf Hans Zillgith, D 77704 Oberkirch
 Klaus Barwinski, D 53340 Meckenheim

Für die Gemeinde Milomlyn ehem. Liebmühl
 Stanislaw Siwkowski
 Burmistrz/Bürgermeister

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Blick nach Lüneburg

„Die Welt in Schwarz und Weiß“

Jahresrückblick des Ostpreußischen Landesmuseums: Das „verrückte“ Museumsjahr 2020

VON JANA STENGEL

Ein turbulentes Jahr liegt hinter dem Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung (OL). Traditionell blickt man am Jahresanfang auf das vergangene Jahr zurück, hält inne und reflektiert. Was ist gelungen, was soll im neuen Jahr anders werden? Auch das OL schaut auf das, was war und auf das, was kommt und gibt einen kurzen Rückblick in sein Museumsjahr 2020.

Vor zwölf Monaten sah alles noch großartig aus. Das OL erhielt vom niedersächsischen Museumsverband das Museumsgütesiegel für weitere sieben Jahre, der Minister übergab die Urkunde persönlich, verbunden mit vielen anerkennenden Worten.

Ein prophetischer Titel

Die Besucherzahlen in den ersten Monaten waren exzellent und noch mehr stand zu erwarten, denn die Ausstellung zu ihrem 75. Todestag über die berühmteste Künstlerin Ostpreußens, Käthe Kollwitz, sollte eröffnet werden unter dem Titel „Die Welt in Schwarz und Weiß“ – ein nahezu prophetischer Titel, denn im März kam ein tiefes Loch: der erste Lockdown, die erste Schließung. Anfang März konnte noch im Auftrag der niedersächsischen Regierung die deutschbaltische Kulturarbeit in Dorpat (Tartu) im Rahmen des Deutsch-Estnischen



Heinz Sielmann begeistert: Kinderclubbesucher im Ostpreußischen Landesmuseum 2020

Foto: OL

Frühlings vorgestellt werden, aber dann ging nichts mehr. Zahlreiche Projekte fielen ins Wasser oder mussten aufwendig umkonzipiert werden. Die so perfekt für Schulklassen und Familien optimierte Ausstellung zum Tierfilmer Heinz Sielmann wurde noch aufgebaut, aber blieb wochenlang den Besuchern verwehrt. Schulklassen

konnten dann auch nach Wiedereröffnung leider nicht kommen. Trotz aller Verunsicherung über die weitere Entwicklung versuchten die Mitarbeiter des OL das Beste. Technisches Equipment wurde angeschafft und viel Neues ausprobiert und gelernt. Wie viele hat auch das OL die Schleusen der digitalen Kanäle weit geöffnet, viele

kleine Filme produziert und auf dem eigenen Youtube-Kanal sowie Facebook und Instagram online veröffentlicht. Natürlich wurde vorbereitend ein Hygienekonzept erarbeitet. Im Mai dann endlich wieder Besucher – und die Rückmeldungen waren großartig.

Bald durften wir, wenn auch nur mit zehn Personen, auch wie-

der Führungen anbieten. Im September dann endlich eine Ausstellungseröffnung – „hybrid“, wie es neudeutsch heißt. Zur „Reise um die Welt. Adam Johann von Krusenstern zum 250. Geburtstag“ gab der Botschafter der Republik Estland, S.E. Herr Alar Streimann, dem OL die Ehre, und reiste extra aus Berlin an – für ein recht kleines

Live-Publikum, aber dafür war ein nennenswertes Online-Auditorium zugeschaltet, als in den Museumsräumen sozusagen die Segel gesetzt wurden. Anfang November wurde es wieder still im Museum: Mit Bedauern wurden aufgrund des Infektionsgeschehens wieder die Türen geschlossen, erneut waren viele Projekte und Pläne Makulatur. Stattdessen gab es als adventlichen Trost einen virtuellen Adventskalender, hinter dessen Türchen sich Tag für Tag 24 kleine Geschichten und Exponate rund um unsere Ausstellung und Sammlung verbargen.

Wie geht es weiter?

Der Lockdown ist bis mindestens Mitte Februar verlängert, aber das Ende der Schließung keineswegs sicher. Schon seit November ist die herausragende Ausstellung „Textile Lebensräume. Anneliese Konrat-Stalschus“ aufgebaut und hat noch keinen einzigen Besucher empfangen dürfen. Derzeit arbeiten wir mit Hochdruck daran, soviel wie möglich vom lange vorbereiteten Jahresprogramm zu retten. Sobald mehr Klarheit besteht, werden konkrete Laufzeiten für 2021 vorgesehenen und Informationen unserer sonstigen Kulturangebote veröffentlicht. Trotz aller Einschränkungen wird es ein spannendes Museumsjahr der Begegnung, des Staunens und der Freude an Kunst und Kultur, digital und hoffentlich bald auch wieder vor Ort.

Rätsel

Table with 13 columns and 10 rows of crossword clues. Columns include: Facharzt, tiefe Achtung, Begeisterung, Schritt-macher, eine Empfehlung, niedriger Sportrennschlitten, rechter Nebenfluss der Donau, Materialsplitter, erzählender Dichter, Absonderung, radio-aktives Schwermetal, legendäres Wesen im Himalaja, engl.-amerik. Längenmaß, Unsinn. Rows include: Atom-meller, gefüllte Nudel-teig-ringe, deutsch-sch. Mittel-gebirge, Anhäng-lichkeit, Lasten-heber, Rempler beim Eis-hockey, Kinderspiel-platz-gerät, amerik. Komiker, Regisseur (Woody), mit dem Besen reinigen, Quell-fluss der Weser, süd-amerika-nisches Gebirge, leichter Schuh mit Riemen, Roman-figur bei Erich Kästner, brausen, dröhnen, altägyptischer Gott, Ackerkraut, Nelken-gewächs.

Schüttelrätsel

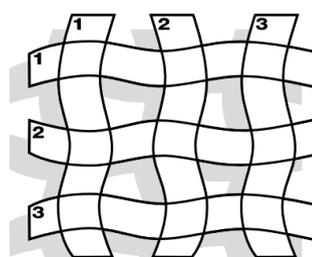
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for the 'Schüttelrätsel' with letters in various orientations: EINRT, AANN, AEKLT, GIINN, DEER, AART, TTUU, ACKNS, ADIL NU, AEEGG INRT, ARST, AGRU.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein spezielles Sportgerät.

Table for 'Mittelworträtsel' with 7 rows and 10 columns. Rows 1-7 contain words: ARZT, AUTO, HOLZ, RADIO, WAREN, OHREN, STOFF, KONSUL, POL, BAU, MAST, HAUS, BROT, STANGE.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Essen schmackhaft machen
2 rücksichtsloser Mann
3 Ton-, Töpferware

Magisch: 1. Wuerzen, 2. Grobhan, 3. Keramik.
Remrad
5. Versand, 6. Schmalz, 7. Gardinen -
Mittelworträtsel: 1. Honorar, 2. Batterie, 3. Eisenbahn, 4. Antennen.
Schüttelrätsel:
So ist's richtig:

OSTPREUSSEN 1945

Suche mit glücklichem Ausgang

Otto Broszio fand seine Familie im Dorf Trautenau – Fortsetzung der Erinnerungen des Angerburger Stadtkassen-Angestellten

VON OTTO BROSZIO

Ich begab mich am 13. Juni 1945 mittags zur Kommandantur in Angerburg und wurde nach Aufnahme der Personalien in einen Keller geführt. Die russische Kommandantur befand sich in der Stadtsiedlung. Nach zirka drei Stunden wurde ich herausgeholt und in ein Haus gebracht, wo mir und zwei anderen Gefangenen etwas zu essen vorgesetzt wurde. Nun wurde ich abwechselnd mehrmals bei Tag und bei Nacht verhört.

Ein paar Tage saß ich mit einem Zivilrussen zusammen, der jeden Tag von seiner Frau etwas Essbares durchs Kellerfenster zugesteckt bekam. So bekam er an einem Tag zwei gekochte Eier und etwas Brot. Er fing gleich an zu essen, und als er meinen verlangenden Blick sah, bekam er Mitleid und gab mir ein Ei ab. Ich bedankte mich und versprach ihm, falls ich hier herauskommen sollte, von meinem Tabak, den ich in der Wohnung hatte, zu geben. Darauf antwortete er: „Du nicht haben Tabak. Offizier hat alles mitgenommen, auch Anzug, du nichts haben.“

Am nächsten Tag sollte ich einen Stall säubern. Ich musste dabei an der Küche vorbei, in der für die Offiziere gekocht wurde. Da das Fenster offenstand, blieb ich stehen und sah hinein. Ich sah Frau Roszies, die gerade Frikadellen briet. Als sie mich sah, nahm sie kurzerhand eine Frikadelle von der Pfanne und gab sie mir. Da der Russe schon „dawei, dawei“ schrie, konnte ich das gute Stück nur noch schnell in der Tasche verschwinden lassen.

Ausharren in Kellern

Am 12. Juli musste ich auf einen Lkw steigen. Die Fahrt ging nach Goldap. Ich wurde in einen Keller in der Angerburger Straße eingesperrt, wo schon andere Gefangene saßen. Nun begannen wieder die üblichen Verhöre bis zum Umfallen. Auch meinen Lebenslauf musste ich wieder schreiben. Jeden Morgen wurden wir zu einem Bach geführt, wo wir uns waschen konnten. Hierbei fanden wir Liebstöckel und würzten damit unsere Wassersuppe. Bei dieser Ernährung wäre ich bestimmt verhungert, wenn ich nicht ab und zu zum Kartoffelschälen in die Küche beordert worden wäre.

Während des Marschs zurück nach Angerburg wurde ich von einem russischen Lkw eingeholt. Ich winkte mit meinem Zettel. Ob der Russe lesen konnte, weiß ich nicht, jedenfalls durfte ich aufsteigen, wobei mir ein Russe behilflich war, und konnte bis Budden mitfahren. Ich ging weiter und wurde sehr bald von einem Jagdwagen eingeholt. Der Wagen hielt und ein russischer Offizier winkte mich heran. Als ich nahe am Wagen war, erkannte ich ihn. Es war der Leutnant, der mich zuerst in Angerburg verhört hatte. Ich hielt ihm die Bescheinigung hin, und nachdem er sie gelesen hatte, befahl er mir, zum Kutscher auf den Bock zu steigen. Dieser war ein Bauer aus Am Walde, der die Offiziere zur Jagd fuhr. Kurz vor Angerburg hielt der Wagen und ich musste wieder absteigen.

Am nächsten Tag meldete ich mich erst beim Bürgermeister, und dann ging ich zur nächsten Polizeistation, wie mir in Goldap befohlen. Ich meldete mich nun jeden Tag in der Dienststelle der Russen in der Bahnhofstraße. Als ich mich am 10. September wieder melden wollte, traf ich weder den Posten noch den Offizier an. Wie ich später erfuhr, war die Dienststelle aus Angerburg abgezogen worden. Jetzt gab es nur noch polnische Behörden in der Stadt. Da ich am nächsten Tag zur Arbeit eingeteilt werden sollte, meldete ich mich krank. Ich war demnach heruntergekommen, dass mich kaum noch die Füße trugen. Ich meldete



Angerburg in Friedenszeiten: Nach dem Kriegsende gaben Russen und später Polen hier den Ton an

Foto: Archiv PAZ

mich beim Arzt und bekam sieben Tage Schonung. Als die Tage um waren, meldete ich mich im Krankenhaus und wurde von einer russischen Ärztin untersucht, die mich arbeitsunfähig schrieb. Ich war nun frei von Auflagen und konnte mich frei bewegen, bekam aber als Arbeitsunfähiger weniger Zuteilung aus dem Magazin. Da ich viel Zeit hatte, nahm ich mein Körbchen und zog los. So fand ich einen Steg, der von der Freiheitsstraße über den Fluss zum Garten der Oberschule führte. Dort entdeckte ich einen Apfelbaum, der noch einige Früchte hatte, die ich mitgehen ließ.

So fand ich immer etwas, das den Mittagstisch ein wenig aufbesserte. Am meisten freute ich mich über das Kartoffelfeld, das ich einige Tage später aufspürte. Es zog mich immer wieder hin zu meiner alten Wohnung in der Rademacherstraße und zum Garten, den ich angelegt hatte. Der Garten war kaum zu erkennen, so hoch war das Unkraut gewachsen. Trotzdem ging ich hinein und sah am Boden abgestorbenes Kartoffelkraut. Ich fing mit den Händen an zu buddeln, und der Erfolg war wie ein Geschenk des Himmels. In vier Stunden war mein Körbchen voll und ich kehrte zum Haus zurück. Bei meinen Wanderungen durch die Stadt begegnete ich auch einigen Bekannten, die ich nach dem Verbleib meiner Familie fragte. Leider konnte mir keiner etwas Genaues sagen. Da einige Angerburger zurückgekommen waren, nahm ich an, dass meine Frau mit den Kindern auch eines Tages hier eintreffen würde. Trotzdem fragte ich alle Neuankommenden aus, leider immer ohne Erfolg.

Zwischen Hoffen und Bangen

So verlief die Zeit in Hoffen und Bangen bis zum 15. Oktober. An diesem Tag traf ich Frau Groppler, die bei uns gewohnt hatte. Sie konnte mir sagen, dass meine Frau mit den Kindern in Trautenau und meine Frau schwer krank sei. Ich fragte, welchen Weg sie genommen hatte. Ich wollte so schnell wie möglich zu meiner Familie. Sie sagte, sie wolle nur einige Sachen packen und in ein paar Tagen zurückgehen. Wir könnten dann zusammen reisen. Ich sollte mir aber von der polnischen Kreisbehörde einen Passierschein besorgen, sonst würde ich unterwegs festgehalten.

Am nächsten Morgen ging ich zur Behörde, die im Tepperschen Haus in der Kehlenerstraße untergebracht war, und habe eine Ausreisegenehmigung nach Trautenau, Kreis Heilsberg, beantragt. Diese wurde mir am 22. Oktober ausgehändigt.

Inzwischen hatte ich Umschau nach einem Handwagen gehalten, den ich zerlegt in einem Stall fand. Bei diesem Streifzug bin ich auch in die Bahnhofstraße gekommen und vor der Brücke links in den Weg eingebogen, und hier fand ich einen Sack Salz, der schwer beschädigt war. Ich habe nun das Salz, das noch zu brauchen war, zusammengekratzt und in einen Beutel getan. Es werden mindestens 30 Pfund gewesen sein. Da Salz ein sehr seltener Artikel war, ließ ich einige Pfund bei Bekannten zurück. Ich setzte dann den Handwagen zusammen und bepakte ihn für den Abmarsch am nächsten Tag.

Am 23. Oktober begann der Abmarsch nach Trautenau. Nachmittags erreichten

„Bis jetzt haben wir gefroren, jetzt kannst auch du frieren, damit du weißt, wie das ist“

Polnischer Posten in Bischofstein

wir Althof bei Barten und fanden hier Unterkunft bei einer deutschen Familie. Da es am nächsten Tag stark regnete, blieben wir noch eine Nacht.

Am 25. Oktober ging es weiter über Barten bis Korschen. Auch hier fanden wir Unterkunft bei einer deutschen Familie. Am folgenden Tag erreichten wir am Spätnachmittag das Dorf Linglack. Es war wie ausgestorben. Da bemerkte ich eine Rauchfahne über einer alten Kate und sagte: „Da scheint noch jemand zu sein, wir wollen mal hingehen.“ Wir fanden in dem Haus zwei alte Frauen, die uns gerne aufnahmen. Sie sagten, dass die anderen Einwohner von den Polen vertrieben wurden. Da sie alt seien und keine Angehörigen hatten, versteckten sie sich tagelang.

Wir übernachteten bei den Frauen und zogen am 27. Oktober weiter nach Trautenau. Unterwegs wurden wir von einem russischen Posten angehalten und nach Wertungen untersucht. Ich zeigte ihm meine Bescheinigung. Ich sah, dass er den Zettel verkehrt hielt und wohl nicht lesen konnte. Darauf zeigte ich auf den Stempel und sagte: „Dies ist ein Dokument vom Offizier.“

Nachdem er den Stempel eine Weile studiert hatte, bekam ich den Schein zurück und wir konnten weiterziehen.

Um zwölf Uhr erreichten wir wohlbehalten Trautenau. Wir betraten ein Haus und Frau Groppler sagte, ich solle hier warten, sie werde eines der Kinder zu mir schicken, das mich dann zu meiner Frau führen könne, sie müsse noch weiter ins nächste Dorf. Ich brauchte nicht lange zu warten, da waren beide Kinder bei mir, die ich endlich umarmen konnte. Wir gingen zusammen zum Quartier, wo ich meine Frau im Bett liegend antraf. Ich war erschüttert über ihr Aussehen, war sie doch als blühende Frau von zu Hause weggegangen.

Wie konnte und wie sollte ich helfen? Ein Arzt war nicht erreichbar. Mein Bestreben war nun, hier herauszukommen. Es ging ein Gerücht um, dass ab und zu ein Flüchtlingszug von Bischofstein in den Westen ging. Hierauf baute ich. Den Handwagen hatte ich vorsorglich in der Scheune im Stroh versteckt. Da die Ausreisegenehmigung nur auf meinen Namen lautete, musste ich noch eine Genehmigung für meine Frau und die Kinder besorgen. Auch Frau Goldberg und deren Tochter, die mit uns gehen wollten, mussten die Bescheinigung haben.

Ich ging also am 7. November nach Bischofstein, wo ich die polnische Verwaltung fand. Der diensthabende Beamte sprach gut Deutsch. Er redete auf mich ein, doch zu bleiben. Die Verhältnisse würden sich bald bessern und alle Deutschen würden wieder Arbeit und Brot haben. Ich konnte nur immer wieder erklären, dass es um meine Frau ging, die so schnell wie möglich in ärztliche Behandlung kommen müsse. Endlich nahm er meinen Schein und trug darauf die Namen meiner Frau, meiner Kinder Hildegard und Anneliese sowie Frau Goldberg, und deren Tochter ein. Als ich ins Quartier zurückgekommen war, galt es, alles für den Aufbruch in den nächsten Tagen vorzubereiten. Abends wurde an der Tür, die durch einen Querbalken gesichert war, kräftig gepocht. Da wir nicht wollten, dass uns die Tür eingeschlagen würde, machte ich auf. Sogleich kamen ein russischer Soldat, der bewaffnet war, und ein Pole in Zivil zu uns ins Zimmer.

Sorge um die Tochter

Sie sahen sich um, zeigten dann auf meine Tochter Anneliese und sagten: „Du mitkommen uns Kartoffeln schälen und kochen und dann wieder zurück.“ Aus dem anderen Zimmer musste eine junge Frau mitgehen. Als eine Stunde vergangen und

meine Tochter nicht zurück war, wurde ich unruhig und bat Frau Goldberg, mit mir nachzusehen. Wir gingen hinaus und ich rief so laut ich konnte den Namen meiner Tochter. Als wir am Ende der Dorfstraße ankamen, hörten wir eine Stimme und sahen einen Schatten hinter einer Scheune. Es war Anneliese, die sich dort versteckt hatte. Sie erzählte, dass die beiden Männer mit ihnen bis zu einem Haus am Ende des Dorfes gegangen waren. In der Küche mussten sie Kartoffeln schälen und Flinsen backen, dann setzten sich alle an den Tisch und aßen. Nach dem Essen mussten sie das Geschirr abwaschen. Dann befahl der Russe der jungen Frau, ins Nebenzimmer zu gehen, wohin er bald folgte. Ihr zeigte der Pole das andere Zimmer und befahl, das Bett zu machen. Sie tat so, als ob sie nicht verstünde, versuchte nur ans Fenster zu gelangen und den Riegel zu lösen, was ihr auch gelang. Als der Pole auf sie zukam, nahm sie den Schemel, der vor ihr stand und warf ihn dem Polen entgegen, drehte sich schnell um und sprang durchs Fenster ins Freie.

Nun ging es ans Packen, Wäsche und Kleidung, soweit noch vorhanden, nahm jeder in seinen Rucksack. Dann musste für Verpflegung gesorgt werden, dazu habe ich stundenlang Roggen, den ich gedroschen hatte, auf einer Kaffeemühle gemahlen. Es wurden kleine Brote gebacken, damit jeder sein Brot im Rucksack mitnehmen konnte. Endlich kam der Tag, es war der 15. November, an dem wir uns auf den Weg zur Bahnstation nach Bischofstein aufmachten. In der Frühe holte ich den Handwagen aus der Scheune und legte die Säcke mit den Betten darauf. Da meine Frau nicht gehen konnte, habe ich die Betten so gelegt, dass sie einigermaßen sitzen konnte. Um acht Uhr früh brachen wir auf. Vier weitere Familien schlossen sich an.

Der Weg führte über Bischofstein. Als wir dort eintrafen, hielten uns polnischen Posten an und führten uns in eine Nebenstraße. Vor einer Scheune mussten wir unser Gepäck abladen. Die Polen nahmen alles, was sie gebrauchen konnten. Für jeden von uns blieb nur ein Stück Bettwäsche, auch an Kleidung ließen sie uns nur das Nötigste. Mir selbst zogen sie den Wintermantel aus und gaben mir einen alten Sommermantel. Sie sagten: „Bis jetzt haben wir gefroren, jetzt kannst auch du frieren, damit du weißt, wie das ist.“ Nachdem sie uns ausgeplündert hatten, durften wir weiterziehen und trafen um 17 Uhr am Bahnhof Bischofstein ein. Hier warteten wieder Polen auf uns, die es aber nur auf die Handwagen abgesehen hatten. Sie halfen noch mit abladen und zogen dann mit den Handwagen ab. Wir warteten nun im Bahnhofsgebäude auf den Zug, der nach mehreren Stunden einlief. Es waren offene Wagen, die wir besteigen durften. Bei dieser Gelegenheit nahmen die Polen noch die letzte Bettwäsche von Frau Goldberg fort und verschwanden in der Dunkelheit.

Um neun Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Es war sehr kalt und wir froren in der kalten Zugluft. Der Zug fuhr nur bis Allenstein. Wir standen mehr auf der Strecke, als dass wir führen, und erreichten erst um 19 Uhr auf einem Nebengleis den Bahnhof. Hier mussten wir den Zug verlassen. Da meine Frau nicht gehen konnte, bat ich einen Mann, mir beim Tragen behilflich zu sein. Wir nahmen unsere Rucksäcke auf und trugen meine Frau bis zum Bahnhofsgebäude. Unterwegs folgten uns einige Polen, die mir dann meinen Rucksack abschnitten. Ich konnte mich nicht wehren, denn wir gingen durch Schlamm und konnten meine Frau nicht absetzen. So ging auch meine letzte Habe verloren.

HISTORISCHE FORSCHUNG

„Preußen zwischen Demokratie und Diktatur“

Neueste Forschungsergebnisse schärfen das Bild der Machtübernahme der Nationalsozialisten

VON KARLHEINZ LAU

Das Thema des Buches „Preußen zwischen Demokratie und Diktatur“ behandelt die Ergebnisse von zwei Fachtagungen, die auf der Grundlage neuester Forschungsergebnisse in Fallstudien die des Freistaates Preußen sowie der Städte Berlin, Köln und Hildesheim untersuchten, das heißt in der Fläche und in Ballungszentren.

Behandelt werden die Provinzen Preußen und Ostpreußen, Westfalen und Brandenburg sowie der Freistaat Anhalt. Die Autoren sind mit einer Ausnahme junge Wissenschaftler, Historiker, die auf den Forschungsergebnissen bekannter Namen wie Karl D. Bracher, Heinrich A. Winkler oder Martin Broszat aufbauten. Es fällt auf, dass die Fallbeispiele ausnahmslos nicht aus süddeutschen Gebieten wie etwa Bayern stammen, wo ja München als Hauptstadt der Bewegung galt. In allen Beispielen sind die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen, die den Nationalsozialisten unterschiedliche Taktiken in den Methoden und auch dem Tempo der Gleichschaltung aufzwangen.

Ostpreußen war NSDAP-Bastion

Ostpreußen war ein Agrarland mit einer überwiegend gutsherrlichen Eigentumsstruktur. 1919 wurde es durch den Versailler Vertrag vom übrigen Reichsgebiet abgeschnitten, was die Randlage dieser Provinz noch stärker betonte. Politisch galt Ostpreußen als Wacht des Deutschtums im Osten, was die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat durchaus beförderte. Es war überwiegend eine konservativ eingestellte Bevölkerung, die national eingestellten Parteien stets zur Mehrheit verhalf. Ostpreußen wurde nach der „Machtergreifung“ stärkste Bastion der NSDAP.



Besuch in Osterode (Ostpreußen): Hitlerjugend wartet auf den Gauleiter Koch

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Völlig anders gestaltete sich die Entwicklung in Köln. Hier ist zuerst die überragende Persönlichkeit des Oberbürgermeisters Konrad Adenauer, des späteren ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, zu nennen. In dieser Stadt stießen die Nationalsozialisten bei der konservativ-liberal eingestellten Bevölkerung auf nicht unerhebliche Skepsis und Widerstand. Hinzu kam der starke Einfluss der katholischen Kirche. Führende politische Kraft war die Deutsche Zentrumspartei. Die Weltwirtschaftskrise hatte Einfluss auf die Radikalisierung der Bevölkerung, aber erst die „Machtergreifung“ und in der Folge die Entlassung Adenauers als Oberbürgermeister machten den Weg für die Nationalsozialisten frei, mit ihren berüchtigten Provokationen

und Gewalttätigkeiten die Macht in Köln zu übernehmen.

In einem weiteren Beitrag wird die Machtübernahme in einem Innenstadtkiez von Berlin-Kreuzberg beschrieben. Im Zentrum stand die Nostizstraße. Berlin als Reichshauptstadt besaß für die NSDAP eine Schlüsselstellung im Kampf um die Macht im Reich. Ausführlich werden die jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen SA und kommunistischen Organisationen beschrieben. Erst nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler obsiegten die Nationalsozialisten. Ganz aber konnten sie dieses Arbeiterviertel, wie weitere Viertel der Hauptstadt, nicht beherrschen. Berlin wurde keine Hochburg der Nationalsozialisten.

Die Unterschiede in den Prozessen der Machtübernahme durch die NSDAP in den einzelnen Regionen des Reiches werden an den gewählten Beispielen deutlich herausgearbeitet. Generell waren dies Gewalt, Einschüchterung, Antisemitismus, die je nach Einstellung der Bevölkerung – konservative Kräfte im Raum Köln oder Arbeitermilieu in Berliner Kiezen – dosiert eingesetzt wurden. Hinzu kam eine allgemeine und flächendeckende Radikalisierung durch die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise. Offenen Widerstand leisteten nur vereinzelt Anhänger der Sozialdemokratie; die Anpassung vieler Deutscher an die neuen Machtverhältnisse war offensichtlich viel stärker als der Wille, demokratische Grundsätze zu verteidigen. Ein geflügeltes

Wort charakterisiert die Weimarer Republik: „Eine Demokratie ohne Demokraten“.

Einblick in interne Netzwerke

Grundsätzlich neue Erkenntnisse über die Ziele, Methoden und Ergebnisse der Machtübernahme der Nationalsozialisten in den Ballungszentren und dem platten Lande waren nicht zu erwarten, aber alle Beiträge zeigen, wie durch gründliche Auswertung kommunaler Akten und Archive das vorhandene Bild jener Ereignisse weiter geschärft wird und sogar Überraschungen über interne persönliche Netzwerke möglich sind. Diese Aufgabe der Forschung bleibt weiterhin bestehen. Die einzelnen Kapitel des Buches können getrennt gelesen werden, zahlreiche authentische Schwarz-Weiß-Fotos ergänzen die Darstellungen, eine Karte, die die Weimarer Republik mit ihren Einzelstaaten zeigt, wäre hilfreich gewesen. Zu fragen ist, warum der Bereich Schule und Hochschule ausgespart wurde. Die Gruppe um Ulbricht zeigte 1945 die Bedeutung dieses Feldes für die kommunistische Übernahme der Macht in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone. Das Buch ist mit den unterschiedlichen Beiträgen gut geeignet für die politische Bildungsarbeit an Schule und Hochschule sowie in der außerschulischen Bildungsarbeit. Es stärkt die wehrhafte Demokratie, weil es ihre Schwächen zeigt.



**Michael C. Bienert/
Lars Lüdicke (Hg.):**

„Preußen zwischen Demokratie und Diktatur“ – Die Durchsetzung der NS-Herrschaft in den Zentren und der Peripherie, 1932–1934“, be-

bra Verlag, Berlin-Brandenburg, 2020, gebunden, 239 Seiten, 19,95 Euro

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Staatliche Hilfen haben „Anerkennungscharakter“

Polnischer Unternehmerverband stellt sich hinter Ladenbesitzer, die öffnen

Polen sind dafür bekannt, stets nach neuen Wegen zu suchen und Verbote zu umgehen. So fand in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar in Breslau eine Tanzveranstaltung statt – mitten im Lockdown. Nur hatten sich die Partygänger offiziell nicht zum Tanzen versammelt. Sie folgten der Einladung, bei der Gründung der „Unternehmerstreik-Partei“ mitzumachen. In der Einladung wurde als Hauptredner Michał Wojciechowski angekündigt. Er ist Begründer der polenweiten Unternehmerinitiative „#otwieramy“, was soviel wie „Wir öffnen“ bedeutet. Wer dabei sein wollte, musste am Einlass seinen Parteibeitritt unterzeichnen. „Ziel der Partei ist die Öffnung der Unternehmen und der Kampf gegen die Beschlüsse, die ungerechtfertigt und ganz bestimmt nicht rechtens sind“, so Clubbesitzer Jakub Kuczyński gegenüber der Oppelner Tageszeitung „NTO“.

„Kannst du zählen? Dann zähle auf dich“, ist der Slogan der Bewegung, die sich als Antwort „auf die durch Politiker geschaffene Krise“ sieht. Den Ursprung hat sie in der Widerspenstigkeit vieler Goralen [Gattung der Ziegenartigen]. Den Goralen der Tatra sagt man ohnehin immer besonderen Schneid nach. Und so öffneten in und um die Tatra immer mehr Gastronomen, was nicht nur Urlauber augenscheinlich gerne nutzen. Trotz Lock-

„Wir mögen es nicht, wenn man uns sagt, was wir zu tun haben ... Wir müssen arbeiten.“

Katarzyna Wiercioch
Mitglied der Partei „Wir öffnen“

downs sind hier viele auswärtige Kennzeichen zu sehen. „Wir mögen es nicht, wenn man uns sagt, wie wir zu leben haben. Es sind die Beamten und Angestellten staatlicher Ämter, die Angst vor dem Coronavirus haben. Ihnen geht es dann gut, wenn sie gemütlich in ihren Sesseln sitzen und auf ihren Monatslohn warten. Wir müssen arbeiten“, so Katarzyna Wiercioch aus Zakopane gegenüber dem Tagesblatt „Gazeta Prawna“. Auch sie hat sich „#otwieramy“ angeschlossen.

In Neustadt [Prudnik] in Oberschlesien wurde ein Friseur, der seinen Salon öffnete, vom Gesundheitsamt mit umgerechnet 2350 Euro Bußgeld belegt. Vor Gericht bekam jedoch der Friseur Recht. Das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft forderte das Gesundheitsamt auf, das Buß-



In Teschen bekommt man sie trotz Lockdowns heiß serviert: Tomasz Kwiek verkauft auch weiterhin seine Piroggen

Foto: C.W. Wagner

geld zurückzuzahlen und die Verfahrenskosten zu übernehmen. Begründung: Einschränkungen der unternehmerischen Tätigkeit oder aus der Verfassung resultierender bürgerlicher Freiheiten könnten lediglich durch ein Gesetz oder einen Katastrophenzustand eintreten, nicht jedoch durch einen Regierungserlass.

Das Urteil des Oppelner Gerichts motivierte Lokalbesitzer Tomasz Kwiek aus dem polnischen Teil der tschechisch-polnischen Stadt Teschen im einstigen Ös-

terreichisch Schlesien. Er habe mit vielen Gastronomen gesprochen, die wir er das Recht auf ihrer Seite sehen.

Beschränkung der unteren Gerichte

Der Oppelner Anwalt Piotr Walczak sagte dem Internetportal „money.pl“, dass es bereits Gemeinschaftsklagen gegen den Fiskus aus der Tourismusbranche gäbe, er räume den Mandanten seiner Kollegen wenig Erfolgsaussichten ein. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki möchte auf

das Verfassungsgericht einwirken, sodass untere Gerichte nicht über die Verfassungsmäßigkeit der Restriktionen entscheiden dürfen.

Auch in den niederschlesischen Tourismushochburgen wollen Unternehmer nicht länger auf Lockerungen warten. 100 von etwa 600 Lokalen, Hotels oder Fitness-Einrichtungen hatten ihre Öffnung bereits angekündigt. Um sie zu entmutigen, forderte die Regierung, die Unbeugsamen aus dem Rettungsfond für die Tourismus- und Fitnessbranche auszuschließen. Doch viele der Unternehmer glauben nicht mehr an staatliche Hilfen. Schon allein, weil im Regelwerk des Rettungsfonds „Programm 2.0“ zu lesen sei, dass „einige Aspekte dieses Programms einen Anerkennungscharakter haben sollen“. Seit dem 15. Januar gilt, dass es „im Falle eines Bruchs der Vorgaben durch den Antragsteller“ zur Nichtauszahlung kommen könne. Ein Grund mehr auf die staatliche Hilfe zu verzichten, so der Teschner Tomasz Kwiek. Sein 2019 gegründetes Lokal ist trotz Polizeirazzien und Gesundheitsamtsvisiten derzeit regelmäßig ausgebucht.

Der polnische Unternehmerverband Kongres Polskiego Biznesu sammelt derzeit Geld für einen Rechtsschutz der Unbeugsamen. In Deutschland wäre das undenkbar.

Chris W. Wagner

DAS CHRISTENTUM IN POMMERN

Ein Referat über Bischof Otto von Bamberg

Seine Denkmäler in Pommern

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Es gibt Zufälle im Leben eines Menschen, über die man immer wieder staunen muss. So bekam mein Enkel in seinem ersten Semester von seinem Professor in seinem Geschichtsfach die Aufgabe übertragen, anhand einer Quelle aus dem Mittelalter über Bischof Otto von Bamberg zu referieren, ohne zu ahnen, dass die Großmutter des Enkels aus Pommern stammt. Nebenbei berichtete mir mein Enkel, dass er zur Zeit viel über Stettin, Pyritz, Gützkow und Usedom lesen müsse. Spontan antwortete ich ihm, dass es in Pommern viele Denkmäler gab und diese auch heute noch zu finden seien, die an den Bischof erinnern, der als Apostolus Pomoranorum in die Geschichte einging. Auf zwei Missionsreisen hat er die Städte 1124-1125 und 1128 aufgesucht.

In Pyritz erschien Otto von Bamberg 1124 und taufte hier die ersten Pommern an einem Brunnen, der der Sage nach erst durch ihn mit einem heftigen Stich seines Bischofsstabes hervorgesprudelt kam. Dieser Brunnen wurde nach ihm benannt. Im Jahr 1824 ließ der Preußenkönig Friedrich III. den Brunnen in Granit einfassen und Peter Joseph Lenné legte um ihn einen Garten an. Im Jahr 1902 stiftete Kaiser Wilhelm II. eine Ottoskulptur. Dieser Ottogarten lag etwa 1500 m vom Bahner Tor entfernt. Das Tor steht heute noch.

Widerstand in Stettin

In Stettin hatte der Apostel der Pommern 1124 großen Widerstand zu überwinden. Nachdem er den Tempel des Heidengottes Triglaw zerstört hatte, taufte er die heidnischen Pomoranen. Der vom polnischen Herzog Boleslaw III. herbeigerufene Sendbote des christlichen Glaubens

gründete 12 Kirchen, darunter die St. Adalbert und die St. Peter und Paul Kirche in Stettin. Herzog Barnim III. stiftete 1346 zu Ehren Ottos die St. Otto Kollegiat Kirche. Diese alte Ottokirche wurde 1577 durch die heutige Schlosskirche ersetzt. Sie war die älteste protestantische Kirche in Pommern. An der Südwand der Schlosskirche, dem Münzof zugewandt, ist eine kleine Statue zu sehen. Sie zeigt den Bischof Otto von Bamberg. Das Geläute der Schlosskirche bestand aus drei Glocken, der kleinen Christusglocke, der großen Ottoglocke, die größte nannte sich Heldeglocke.

Auch Gedenkbäume

Auf dem Weg nach Pyritz kam der Sendbote des christlichen Glaubens auch durch die kleine Ortschaft Buchholz in der Buchheide. Dort pflanzte er der Sage nach eine Linde. Noch heute steht eine Ottolinde auf dem Friedhof an der Kirche. Sie besitzt einen Umfang von 8 Metern. Sie wird oft von den ehemaligen Buchholzern und Freunden der Buchheide fotografiert.

Die vorpommersche Kleinstadt Gützkow liegt etwa 20 km von Greifswald entfernt. Im Gützkower Heft für Heimatgeschichte aus dem Jahr 1997 ist ein Wandteppich abgebildet. Er hängt in der katholischen Kirche. Auf ihm wird die Taufe durch den Bamberger Bischof im Jahr 1128 dargestellt.

Am oberen Rand des Teppichs wird der Heidentempel abgerissen. Er soll neben der Tempelstätte von Arkona von großer Bedeutung gewesen sein. Er zeigt ebenfalls die Götzenverbrennung und die Freigabe der Gefangenen durch den Fürsten Mitzlaw. An der rechten Seite stehen die „Täuflinge“ an. Im Vordergrund ist Bischof Otto von Bamberg zu erkennen, wie er einen heidnischen Wenden tauft.

„Wenden“ ist übrigens ein Sammelname für die slawischen Stämme.

Im Südwesten der Insel Usedom liegt die kleine Stadt Usedom. Bei einem Rundgang durch die Stadt entdeckt der Besucher den Schlossberg. Auf diesem Hügel am Rande Usedom steht ein großes Granitkreuz. Es trägt die Inschrift:

„An dieser Stätte nahmen zu Pfingsten 1128 die Führer der Wenden in Westpommern das Christentum an.“

Gott will nicht erzwungenen, sondern freiwilligen Dienst“.
Otto von Bamberg

Das Kreuz wurde 1928 errichtet.

1128 war der Bischof zur zweiten Missionsreise angetreten und war über Merseburg, Halle, Magdeburg, Havelberg nach Demmin gekommen, wo er Herzog War-

dislaw von Pommern traf. Dieser hatte einen slawischen Landtag zu Pfingsten einberufen, denn er konnte nur für den christlichen Glauben werben, aber die Entscheidung lag letztlich bei den adligen Wenden. Von hier aus fasste das Christentum Fuß in Pommern. Jetzt war es dem Bischof von Bamberg möglich, seine Gehilfen in die benachbarten Städte auszusenden.

Im Gegensatz zum Enkel, der ein ausführliches Referat erarbeitet hat, hier nur eine Kurzfassung über das Leben und Wirken des Bischofs Otto von Bamberg. Otto von Bamberg kam um 1060 zur Welt. Er stammte aus dem Schwäbischen und wurde früh zum geistlichen Stand erzogen. Am 30. 7. 1139 starb er in Bamberg. Bevor er Bischof von Bamberg wurde, war er Kanzler bei Kaiser Heinrich IV. in Speyer. Auf zwei Missionsreisen führte er in Pommern das Christentum ein. Im Jahr 1189 wurde er heiliggesprochen.



Der Ottobrunnen in Pyritz [Pyrzyce]

Foto: HFrankDM/Wikipedia



Christianisierungsdenkmal auf dem Usedomer Schlossberg

REISESTATIONEN

Von Alt Storkow über Zamzow nach Dramburg

Auf der Septemberreise durch Hinterpommern wurden große und kleine Ortschaften besucht, die einst den Mitreisenden Heimat waren. Es stand jetzt Alt Storkow auf dem Programm. Das Dorf liegt am äußersten nordöstlichen Ende des Kreises Saatzig. In der Ortsmitte des kleinen Bauerndorfes ist die Kirche erhalten geblieben. Auch das Gelände des ehema-

ligen Rittergutes gibt es noch. Am nördlichen Ende des Dorfes befindet sich der Friedhof. Dort wurde auf Initiative des Heimatkreisvorsitzenden Horst Born, der in Alt Storkow geboren wurde, im Jahre 2006 ein Lapidarium mit etwa 50 noch vorgefundenen Kreuzen und Grabsteinen sowie eine Leichenhalle errichtet. Der Besuch dieser vorbildlichen Anlage wie auch

die des Großen Krebses in Nörenberg gehören zu dem Pflichtprogramm jedes Saatzigbesuchs. Insgesamt hat der Heimatkreis in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit dem Segen der katholischen Kirche bzw. mit staatlicher Genehmigung elf Lapidarien mit Grabsteinen und Grabkreuzen unserer verstorbenen Vorfahren geschaffen. Außerdem sind an mehreren Orten Gedenksteine aus deutscher Zeit vorhanden bzw. von uns neu errichtet worden.

Weiter ging unsere Fahrt nach Zamzow, ebenfalls am äußeren nordöstlichen Ende des Kreises Saatzig. Hier fanden wir nur drei Häuser vor. Der Ort liegt am Truppenübungsplatz, heute von der Nato genutzt, an dessen Grenze wir mehrere Kilometer entlangfahren.

Danach gelangten wir nach Dramburg, der ehemaligen Kreisstadt des gleichnamigen Kreises. Nachdem der brandenburgische Kurfürst das Gebiet im 13. Jahrhundert erworben hatte, erhielten die Prenzlauer Ritter von Goltz den Auftrag, die Region wirtschaftlich zu entwickeln. Sie holten deutsche Einwanderer in das Land. Dramburg erhielt 1297 das Magdeburger Stadtrecht. Die Stadt entwickelte sich trotz schwerer Schicksalsschläge zu einer blühenden Ansiedlung mit etwa 8.000 deutschen Einwohnern im Jahre 1939, heute sind es mehr als 12.000 Polen. Das bedeutendste Bauwerk der Stadt ist die

spätgotische Kirche St. Marien, ab 1946 umbenannt in Auferstehungskirche. In der von uns besichtigten Turmhalle dieser Kirche befinden sich zwei große Buntglasfenster mit den Namen der einflussreichen Großgrundbesitzer von Knebel-Doeberitz, von Borkenhagen, von Griesheim, von Zadow, von Borcke und von Grünberg. Diese Fenster stammen aus

dem Jahre 1914, wurden im 2. Weltkrieg weitgehend zerstört und danach von einem polnischen Künstler originalgetreu restauriert.

Ein kurzer Abstecher nach Schiefelbein und Labes beendete den Ausflug in Gefilde außerhalb unsres Kreises Saatzig. Über Freienwalde kamen wir nach Karkow, wo wir die Ruine des Schlosses sahen und dann im Durchfahren auch das Geburtshaus einer Mitfahrerin erkannten.

Erlebnis Heimat

Auf der gesamten Fahrt durch den Kreis Saatzig konnten wir sehen, dass die Wälder gesund sind, dass die Felder, soweit erkennbar, sachgerecht bewirtschaftet werden und die Natur im Gleichgewicht ist. Jede Menge Kormorane und Rehe begegneten uns. Auch ein Fuchs und in einiger Entfernung davon ein Hase waren bei Sonnenschein auf dem weiten Land recht nah an der von uns befahrenen Straße zu beobachten.

Insgesamt war diese Tagesfahrt, die einen besonderen Teil unserer Heimatreise ausmachen sollte, bei bestem Sonnenschein ein einmaliges und besonderes Erlebnis. Wenn auch die Dörfer und viele Straßen abseits der Touristenströme einen tristen Eindruck bei uns hinterließen, kehrten wir tief beeindruckt und dankbar, die Heimat wiedergesehen zu haben, in unser Hotel zurück. Hermann Welk



Besuch auf dem Friedhof in Alt Storkow

Foto: Heimatkreis Saatzig



Die einst ev. St. Marien-Kirche in Dramburg, ab 1946 Auferstehungskirche in Drawsko Pomorskie Foto: Wikipedia

„Politik treibt ohne Konzept und Widerstand dahin“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Ihre Zeitung ist ein Lichtblick, so kritische Töne vermisste ich in den Mainstream-Medien“

Kerstin Neumann,
Meppen



Ausgabe Nr. 3

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

KLARE CORONA-UNKLARHEITEN ZU: CORONA-GLEICHSCHRITT (NR. 2)

Nichts Genaues weiß man nicht! Stirbt ein ungeimpfter Mensch, so stirbt er in diesen Zeiten immer am Coronavirus. Stirbt der geimpfte Mensch in Corona-Zeiten, so stirbt er „natürlich“, aber nicht am Coronavirus. Die Kanzlerin doktriert weiter an ihrem „Corona-Eindämmungsplan“ herum und bestellt daher alle Ministerpräsidenten vorzeitig zum Rapport ein. Ob nächstes Mal beschlossen wird, uns den restlichen Winter in den Lockdown zu schicken, das werden wir auch bald wissen. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

SCHÖNE NEUE GRÜNE WELT ZU: HASSEN DIE GRÜNEN IHR LAND? (NR. 1)

Die Grünen haben ein neues „fortschrittliches“ Programm entworfen. Hier soll nur die Rede sein vom Teilbereich „Migration und Flucht“, Thesen 487 bis 579. Es handelt sich dabei um eine Mischung von Geschichtsklitterung, hochtrabend formulierten Banalitäten, humanitaristisch verbrämten Zumutungen und von in ihrer Konsequenz ungeheuerlichen Forderungen zulasten migrationsgeplagter Länder.

Vorgesehen ist eine außerordentliche Erleichterung der Zuwanderung jeder Art, praktisch eine Einladung an die Mühseligen und Beladenen der ganzen Welt. Auf knapp vier Seiten erscheint 17-mal das Wort „Recht“, womit immer die Rechte der Zuwanderer gemeint sind. Die Grünen versäumen auch nicht, den Schuldkomplex der Europäer mit dem Hinweis auf die Shoah und die Emissionen „klimaschädlicher“ Gase für sich zu nutzen. Die Demokratie beruhe nicht auf der gemeinsamen Herkunft der Bürger, sondern sei eine offene Gesellschaft, in der die diversen Gruppen ihr Zusammenleben aushandeln. Deutschland sei ein Einwanderungsland, Europa ein Kontinent der Migration.

Migration bedeutet für die Grünen das Recht jedes Menschen, sich ohne jede

Einschränkung beliebig am Ort seiner Wahl anzusiedeln. Eine Begrenzung der Zahl der Zuwanderer ist nicht vorgesehen. Sollten also die Grünen je das Sagen haben, müssen wir mit jährlicher Immigration von mehreren Millionen Menschen rechnen.

Preisgünstige Mietwohnungen und weniger qualifizierte Arbeitsplätze werden dann heiß umkämpft sein. Sozialleistungen und Renten müssen schrumpfen, denn, „jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit“. Die einen können mithin freiweg die Leistungen der anderen für sich beanspruchen.

Restriktionen oder Vorbehalte in Hinblick auf Alter, Geschlecht, kognitive Kompetenz, Ausbildung, Gesundheitszustand oder Vermögensverhältnisse der Zuwanderer sieht das Papier der Grünen nicht vor. Folglich werden noch mehr als je zuvor vorwiegend „arme Schlucker“, Menschen aus archaischen Kulturen, Leute mit bedenklichen Ideologien, alle in ihrer Heimat Entbehrlichen und Unerwünschten nach Europa, sprich nach Deutschland, kommen.

Wir müssen uns daher auf noch höhere Steuern, auf steigende öffentliche Unsicherheit, ein gewalttätiges Prekariat, wachsende Armut, allgemeinen Bildungsabbau, vor allem aber auf ein Leben als Minderheit gefasst machen.

Adolf Frerk, Geldern

EIN SKEPTIKER DER EINHEIT ZU: EIN FRANZOSE, DER PREUSSEN UND DEUTSCHLAND SCHÄTZTE (NR. 1)

Die rein positive Einschätzung des früheren französischen Staatspräsidenten Mitterrand teile ich keinesfalls: Noch im Dezember 1989 war Mitterrand in die Sowjetunion gereist, um dort mit dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow über die Frage der „deutschen Wiedervereinigung“ zu beraten. Bei diesem Treffen erörterten die beiden Staatsmänner ihre Sorgen im Zusammenhang mit dem Prozess der deutschen Vereinigung. Auf Mit-

terrand geht zudem auch maßgeblich die Abschaffung der stabilen D-Mark durch die Einführung der EU-Kunstwährung Euro zurück, die angeblich seine Vorbedingung für die Zustimmung zur deutschen Einheit war („Die D-Mark ist Deutschlands Atombombe“).

Neben Margaret Thatcher war Mitterrand wohl der größte Gegner und Skeptiker der „Wiedervereinigung“, die er aber gegen den Willen des deutschen Volkes von Paris aus nicht mehr verhindern konnte.

Karsten Kriwat, Duisburg

FALSCHER HEILSPRECHER ZU: GUT DIGITALISIERT DURCH DIE PANDEMIE (NR. 1)

Ihr Artikel über die erfolgreiche Digitalisierung im Baltikum ist etwas zu einseitig. Zum Beispiel ist digitalisierter Unterricht unter Corona-Lockdown sicherlich sinnvoll, taugt aber nicht als Dauerzustand. Gerade kleinere Kinder brauchen zum Lernen menschliche Kommunikation. Untersuchungen in den Vereinigten Staaten haben ergeben, dass digital unterrichtete Schüler im Durchschnitt um eine Note schlechter abschnitten als Schüler im Normalbetrieb.

Außerdem ist Digitalisierung von der Herstellung der Batterien über den Stromverbrauch bis zur Erzeugung von Giftmüll umweltschädlich. Besondere Gefahren drohen außerdem durch Störanfälligkeit durch Cyberangriffe. Durch feindliche Mächte kann die Infrastruktur ganzer Regionen lahmgelegt werden. Davon abgesehen ist die Corona-Krise natürlich ein gefundenes Fressen für die Internetkonzerne und Versandhändler.

Nicht zuletzt erfährt der ohnehin schon seit Jahrzehnten andauernde Prozess des Arbeitsplatzabbaus durch Automatisierung einen gewaltigen Schub. Die herrschende Politik lässt sich davon ohne Konzept und ohne Widerstand treiben. Dagegen schrieb die Schweizer Zeitung „Zeit-Fragen“, dass das Volk darüber mitentscheiden muss, „wie und für welchen Zweck investiert wird ... Und wenn das

Kapital sich dagegen wehrt, muss es sozialisiert werden.“ *Günter Foerster, Bielefeld*

DER TOD VORM LAGERTOR ZU: EINE GEDENKTAFEL IN PR. EYLAU ERINNERT AN KRIEGSGE- FANGENENLEID (NR. 53)

Die polnischen und russischen Rotarier errichten eine Gedenktafel für ihre in deutscher Gefangenschaft gestorbenen Landsleute. Gut so! Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass nach Einnahme durch die Russen nunmehr deutsche Gefangene (meist Zivilisten) in das Lager (Stalag 1A Stalack bei Pr. Eylau, d. Red.) gesteckt wurden. Sie verhungerten in solchen Massen, dass eine Kommission aus Moskau anrückte, um nach dem Rechten zu sehen. Daraufhin entließ man die hoffnungslosen Fälle in die Freiheit. Sie starben vor dem Lagerort und belasteten somit nicht die Statistik. Die Massengräber lassen grüßen. Nachzulesen in „Stunde Null“, Band 1, geschrieben von Dr. Horst Wolf, Lagerarzt. Verlag Rautenberg. *Wolfgang Kopsiske, Weilrod*

WAS RYDZ-ŚMIGŁY SAGTE ZU: HALBIERTE ERINNERUNG (NR. 50)

Die Erinnerung über den Krieg mit Polen beginnt mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 1. September 1939. Die entscheidende Vorgeschichte wird aber verschwiegen. Die Westmächte Frankreich und England hatten mit Polen einen Nichtangriffspakt geschlossen, der Polen animierte, immer dreister auf einen Krieg mit Deutschland hinzuwirken. Dies geht deutlich aus einem Zitat des polnischen Marschalls Edward Rydz-Śmigły aus der „Daily Mail“ vom 6. August 1939 hervor: „Poland wants war with Germany and Germany will not be able to avoid it even if she wants to“ hervor. Im März 1939 hatte Polen bereits die Teil- und am 30. August 1939 die Generalmobilmachung verfügt. *Horst Aschmann, Ahrensburg*

ANZEIGE

Der große Cholesterin-Mythos

■ Der Glaube, dass Cholesterin und gesättigtes Fett die gefürchteten Volkskrankheiten Arteriosklerose und Herzinfarkt verursachen, gehört zu den heiligsten Dogmen der modernen Medizin. Doch das ist falsch!

Die meisten Menschen wären in der Tat sehr erstaunt, wenn sie wüssten, wie wenig Beweise es zur Unterstützung der Cholesterin-These gibt. Mit seiner sorgfältigen Recherche entzaubert Dr. Jörg Conradi den großen Cholesterin-Mythos.

Die Cholesterinsenkung ist für Pharmafirmen, Ärzte und die Lebensmittelindustrie ein Milliardengeschäft – aber nach den Erkenntnissen führender Wissenschaftler völlig unnötig, schädlich und in vielen Fällen sogar lebensgefährlich.

In wissenschaftlichen Studien wurde wiederholt gezeigt, dass Arteriosklerose und Herzinfarkt weder durch gesättigtes Fett noch durch einen er-

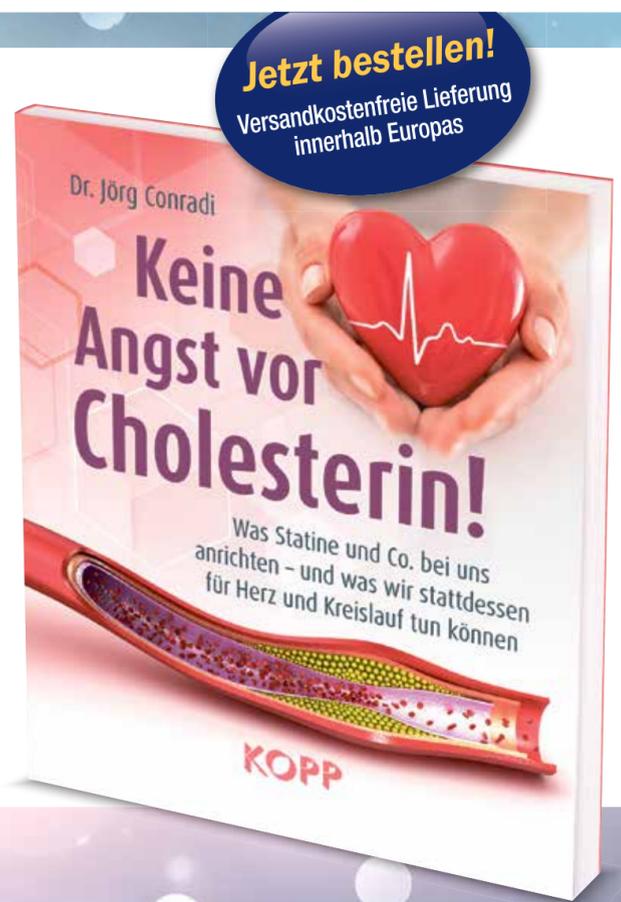
höhten Cholesterinspiegel im Blut hervorgerufen werden. Das Paradigma gegen Cholesterin und gesättigte Fettsäuren wird nicht im Interesse der Gesundheit, sondern des Profits wegen propagiert.

Nicht das Cholesterin an sich gefährdet Herz und Kreislauf, sondern vielmehr die Veränderungen durch oxidativen Stress. Es gilt also, die ungesunde Ernährung in den Industrieländern in den Blick zu nehmen. Wir sollten unseren Körper mit Antioxidantien versorgen und ihn vom Industriezucker erlösen. Mit einer ausgewogenen Lebensweise kann man auch ohne Cholesterinsenker zu gesunden Blutgefäßen kommen.

Wir haben es selbst in der Hand! Dr. Jörg Conradi zeigt unterhaltsam, fundiert und praxisnah sowie mit vielen Tipps und Beispielen, wie Sie Ihre Gesundheit verbessern können – fühlen Sie sich wohl und fit, ganz ohne Medikamente!

Dr. Jörg Conradi: Keine Angst vor Cholesterin!
Paperback • 208 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 982 300 • 9,99 €

KOPP VERLAG Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de



FÜRST-PÜCKLER-PARKS

Gemäldegalerie in der Natur

Fürst Hermann von Pückler-Muskau als Gartenkünstler – Sein Erbe wird heute in Muskau, Branitz und Babelsberg gepflegt

VON HELGA SCHNEHAGEN

Ein Park muss wie eine Gemäldegalerie sein, alle paar Schritte soll man ein neues Bild sehen“, war die Leitlinie von Fürst Hermann von Pückler-Muskau. Als Abenteurer und Exzentriker, Idealist und Visionär, Künstler und Ästhet erschuf sich der „Parkomane“ nicht nur seine eigene Welt, mit scheinbarer Nonchalance ruinierte er dabei auch immer wieder seine Finanzen. Doch gerade diese Eigenschaften sind es, denen Deutschland die genialen Landschaftsparks in Bad Muskau im Lausitzer Neißetal und Branitz in Cottbus verdankt.

Totgesagte leben länger, heißt ein Sprichwort. Doch dass sie sogar auferstehen, ist eher selten. „Ein Wunder“, wie Cord Panning, Geschäftsführer der Stiftung Fürst-Pückler-Park Bad Muskau sowie Parkdirektor, meint. Noch in den 1970er Jahren waren für Hermann Graf von Arnim, den letzten privaten Besitzer Muskau, der Park und seine Bauten nur eine „Saudade“, ein Jammer.

Dass der Muskauer Park beziehungsweise Park Mużakowski dennoch 30 Jahre später in die Liste des Weltkulturerbes als größter Landschaftspark Zentraleuropas aufgenommen wird, „kann man dem polnischen Staat, den polnischen Kollegen nicht hoch genug anrechnen“, so Panning. Denn von den 830 Hektar des Parks befinden sich zwei Drittel auf heute polnischer Seite östlich der Lausitzer Neiße. Im Zweiten Weltkrieg verlief die Frontlinie mitten durch das Muskauer Neißetal. Hier und da sind im Wald noch Spuren der einstigen Schützengräben zu erkennen. Nach Kriegsende wurde die Neiße, die gestalterische Magistrale des Parks, Teil der Oder-Neiße-Linie.

Während es auf deutscher Seite gelang, die Strukturen des Landschaftsgartens zu erhalten, wurde der polnische Teil zum Urwald. Doch anstatt den Park aufzugeben, unterzeichneten schon 1988 deutsche und polnische Denkmalpfleger einen Vertrag zu seiner integralen Wiederherstellung. Der politische Umbruch ein Jahr später beflügelte die Realisierung.

Unter Regie der 1993 gegründeten Stiftung Fürst-Pückler-Park Bad Muskau be-



Parkidyll in Weiß: Schloss Branitz bei Cottbus, in dem Fürst Pückler seine letzten Lebensjahre verbracht hat

Foto: imago stock

gann die Restaurierung und Sanierung der Bauten im Schlosspark. Dazu zählen unter anderem Orangerie, Schlossvorwerk, Doppelbrücke, Englische Brücke und Schlossgärtnerei. Der Wiederaufbau des ausgebrannten Neuen Schlosses wurde 2013 vollendet. Rundwege über die Neiße-Brücken führen gemäß Pücklers Vorstellung wieder von einer der schönsten Stellen zur nächsten.

Insgesamt 50 Kilometer Wege durchziehen den Park, der so groß ist wie der Tiergarten in Berlin, der Englische Garten in München und Sanssouci zusammen. Von unendlicher Weite gekennzeichnet, verschmilzt er am Rande ohne Umzäunung mit seiner Umgebung. Ganz so, als ob nie ein Mensch an die weitläufigen Wiesen, majestätischen Bäume und pittoresken Seen Hand angelegt hätte.

Bis heute ist der Park ein sich fort-schreibendes Projekt. Im Hermannsbad zwischen Neiße und Bergpark wird die

Villa Pückler, das älteste Gebäude der ehemaligen, 1823 von Pückler eröffneten kleinen Kuranlage, derzeit saniert. Zum 200. Jahrestag soll sie 2023 mit einer Ausstellung über die Orientreise des Fürsten eröffnet werden. Bereits saniert sind die Turmvilla und Villa Caroline, Logierhäuser, die heute als Hotel auf Gäste warten.

Bestattet in der Seepyramide

Im Hermannsbad endet die Muskauer Waldeisenbahn, bei deren Fahrt über den Muskauer Faltenbogen, eine eiszeitliche Stauchendmoräne, auch das Lausitzer Braunkohlerevier in den Blick kommt. Es ist eine weitere riesige Fläche, die neu gestaltet werden will. Vorerst sollen im Muskauer Park mit der Entwicklung des Kavalerhauses zum Besucherzentrum des deutsch-polnischen UNESCO Global Geopark Muskauer Faltenbogen/Luk Mużakowa zwei binationale Welterbestätten zusammenfinden.

Nachdem Pückler in Muskau drei Jahrzehnte lang in mehreren Entwicklungsschritten an seiner idealen Gartenslandschaft gearbeitet hatte, war ihm endgültig das Geld ausgegangen, und er musste Muskau 1845 verkaufen. Das 35 Kilometer nordwestlich gelegene Erbschloss Branitz wurde sein Altersdomizil – und seine neue Spielwiese. Den Erlös aus dem Verkauf investierte der 60-Jährige umgehend in den Umbau des Schlosses und die Anlage eines Landschaftsgartens.

Doch anders als in Muskau, wo die Eiszeit eine abwechslungsreiche Landschaft mit Höhen und Tiefen, Flussterrassen und Hügelketten hinterlassen hatte, fand Pückler in Branitz nur eine flache Ebene auf sandigem Boden vor. Unverzagt begann er, aus der Wüste eine Oase zu machen. Er legte insgesamt sechs Hektar an künstlichen Gewässern an, pflanzte Hunderttausende Bäume und ließ auch hier – dank seines hohen Alters – in 25 Jahren

ein 620 Hektar großes Gartendenkmal von internationalem Rang entstehen.

Mit dem Aushub aus den Seen und Kanälen gab er dem Gelände ein Relief und ließ zur Krönung zwei Pyramiden, eine an Land, eine im See, errichten. Erinnerungen an seine Ägyptenreise und einmaliges Markenzeichen des Branitzer Parks. In der Seepyramide liegt er neben seiner Frau und treuen Lebensgefährtin Lucie von Pückler-Muskau begraben.

Ein Auftrag des späteren Kaisers

Nicht nur die Anlage, auch der Erhalt eines Parks verschlingt enorme Summen. Erst im November 2020 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags 12,5 Millionen Euro für den „Masterplan Branitz 2021–2028“ der Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz freigegeben. Dazu Brandenburgs Kulturministerin Manja Schüle: „Branitz soll Weltkulturerbe werden. Ich bin davon überzeugt: In der Lausitz wird Zukunft gemacht – und die Vergangenheit rund um Pückler hat daran einen maßgeblichen Anteil.“

Denn, so Stefan Körner, Vorstand der Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz: „Der weltoffene und innovative Geist dieses Erdbändigers ist seit 200 Jahren Sinnbild für den Wandel der Lausitz. Keine Region Europas ist so tiefgreifend verändert, umgegraben und neugestaltet worden wie die Lausitz. Das entstandene Miteinander von bedeutenden Parks und Bergbaulandschaften, Adelsschlössern und Industriekultur ist faszinierendes Alleinstellungsmerkmal.“

Bereits seit 1990 mit dem begehrten UNESCO-Label versehen ist Park Babelsberg als Teil des Weltkulturerbes Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin. Auch er trägt Pücklers Handschrift. Nachdem der preußische Gartenkünstler Peter Joseph Lenné in „Ungnade“ gefallen war, erteilten Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser Wilhelm I., und seine Gemahlin Augusta Pückler 1843 den Auftrag zur weiteren Gestaltung. Die Rückführung in den Originalzustand nach Plänen von Lenné und Pückler hat die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg übernommen.

VOLKSLIEDER

Einzigartiger Liedschatz frei zugänglich

„Zeugnis der Nationalisierung der Kultur“ – Universität Freiburg hat 200.000 deutsche Lied-Denkmal digital veröffentlicht

Ein umfangreiches Digitalisierungsprojekt ist abgeschlossen: Das Zentrum für Populäre Kultur und Musik (ZPKM) der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hat fast 200.000 Liedbelege aus dem Bestand des Deutschen Volksliedarchivs veröffentlicht. Sie sind über den Publikationsserver der Universitätsbibliothek Freiburg, FreiDokPlus (www.freidok.uni-freiburg.de), abrufbar. „Einerseits ging es uns darum, diesen einzigartigen Schatz durch eine Verfilmung zu sichern, andererseits wollen wir diese Belege der Wissenschaft und der Öffentlichkeit online zur Verfügung stellen“, erklärt Michael Fischer, der Geschäftsführende Direktor des ZPKM.

Das Deutsche Volksliedarchiv wurde 1914 in Freiburg mit dem Ziel gegründet, deutschsprachige Volkslieder zu sammeln, zu dokumentieren und zu erforschen. „Damals ging es darum, das historische und gegenwärtige Kulturerbe auf dem Gebiet des Liedes zu bewahren – ein hochbedeutsames Ansinnen“, sagt Fi-

scher. Methodisch neuartig sei die empirische Grundlage gewesen: In allen deutschen „Sprachlandschaften“, wie man die Regionen damals nannte, wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Volkslieder gesammelt. Die Zeugnisse der musikalisch-textlichen Überlieferung wurden einerseits in dezentralen Regionalarchiven aufbewahrt, andererseits nach Freiburg in das zentrale Deutsche Volksliedarchiv übersandt.

Die digitalisierten Liedbelege stammen aus den Jahren zwischen 1914 und 1959. „Leider wurden vom Deutschen Volksliedarchiv nicht die damals gesungenen und gehörten Schlager dokumentiert, sondern lediglich die Volkslieder“, stellt Fischer fest. Die populäre und oft internationale Musik, die auf Schallplatten erklang oder auf Festen gespielt wurde, lehnten die Forscher damals ab – vom Foxtrott bis zum Rock 'n' Roll.

Trotz dieser kulturkonservativen Grundeinstellung sei es damals wissen-

schaftlich geradezu revolutionär gewesen, die Menschen als Überlieferungsträger und Wissensgeneratoren in den Mittelpunkt zu stellen: „Erstmals in der Geschichte der Liedforschung wurden in großer Zahl einfache Leute befragt, was sie singen und welche Volkslieder sie kennen.“ Innerhalb der umfangreichen Sammlung an Texten und Melodien stellen die etwa 3000 Soldatenlieder aus dem



Archivierter Hit: „Die Gedanken sind frei“

Ersten Weltkrieg eine kulturgeschichtliche Quelle ersten Ranges dar.

Heute seien für die Forschung nicht nur die dokumentierten Liedtexte und die Melodien von Interesse, sondern auch die Sammlungsgeschichte selbst, so Fischer weiter. Sie zeige, welches Selbstverständnis die Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte, fachlich genauso wie politisch: „Die nun digitalisierte Sammlung ist nicht nur ein herausragendes Dokument deutscher Kulturtraditionen, sondern ebenso ein Zeugnis der Nationalisierung von Kultur.“ Genau diese Ambivalenz mache die Sammlung wissenschaftlich so interessant.

Die nun digital verfügbaren Liedbelege der Signaturengruppe A geht auf die Sammlungstätigkeit des Deutschen Volksliedarchivs zurück, das 2014 Teil des ZPKM wurde. Dieses Zentrum führt die wissenschaftliche Arbeit des vormaligen Archivs auf neuer inhaltlicher und methodischer Grundlage fort. Die Bestände des

Deutschen Volksliedarchivs stehen als Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung unter staatlichem Denkmalschutz. Die einzelnen Belege wurden im Deutschen Volksliedarchiv chronologisch nach Eingang archiviert. Die jeweiligen Herkunftsregionen sind auf den Belegen vermerkt. Im ebenfalls digital verfügbaren „Zugangsverzeichnis A“ sind die Sammlungen dokumentiert, nicht jedoch die einzelnen Lieder.

Die A-Nummer 1 stellt eine Variante des Liedes „Die Gedanken sind frei“ dar, die aus dem hessischen Ort Alsheim stammt. Obwohl diese Zuordnung zur ersten Belegnummer eher zufällig war, hat es das Volksliedarchiv als seine Verpflichtung angesehen, in Wissenschaft und Praxis insbesondere die Lieder freiheitlich-demokratischer Traditionen in den Vordergrund zu rücken. Das ZPKM wird im Jahr 2021 gleichfalls seine Sammlungen zur Arbeiterliedkultur online zur Verfügung stellen. UniFreiburg/tws

● FÜR SIE GELESEN

Beängstigend
nahe Dystopie

Man kann Werner Hubers fesselnden Roman „2029 – eine deutsche Zukunft“ nicht lesen, ohne sich an Orwells Klassiker „1984“ zu erinnern. Er spielt überwiegend in Berlin und schildert ein Ehepaar, das in Russland ein Kind adoptieren möchte. Dadurch gerät es in den Wirbel vom russischen Geheimdienst, der wegen des zur Macht drängenden radikalen Islam in Deutschland alarmiert ist, und andererseits deutschen Verfassungsschutz, dem politischer Rückhalt gegen diesen fehlt, sowie Bundeswehrkreisen, welche gegen die Gefahr angehen – mit tragischem Ausgang.

Mit „1984“ teilt Hubers Buch die Sicht auf den Totalitarismus, doch während Orwell 1948 weit in die Zukunft griff und so seiner Mahnung den Trost der Dystopie ließ, liegt „2029“ beängstigend nahe, und das bestätigen die Geschehnisse. Die CDU steht vor einer Regierungsbildung und alles deutet darauf hin, dass kein Weg an einer Koalition mit einer islamfreundlichen Partei vorbeiführt. Auf den Straßen aber mehreren sich, wie im Buch, Gewalt und Willkür, der Staat ist hilflos und sucht die Rettung im Ausspielen von Extremisten gegeneinander. Die Unfreiheit wirft Schatten, sie ist noch keineswegs Wirklichkeit wie in „1984“, doch die Schritte dieser Entwicklung, die über unsere heutigen Verhältnisse hinausgehen, sind nicht groß, und das alarmiert. Der Leser spürt, wie nahe eine Umwälzung ist, die er nicht wollen kann. Denn der Staat hat in seiner Schwäche und durch seinen Verzicht auf die eigenen Prinzipien jeden Anspruch verloren.

Florian Stumfall



Werner Huber: „2029 – Eine deutsche Zukunft“, GHV Verlag, Bad Schussenried 2020, Klappenbroschur, 289 Seiten, 16,99 Euro

Der Weg einer
Jugendlichen

Wie ihre bisherigen Romanen spielt auch Elena Ferrantes aktueller Titel „Das lügenhafte Leben der Erwachsenen“ in Neapel. Im Mittelpunkt steht Giovanna, die bislang unbeschwert heranwuchs. Als sie zufällig hört, dass ihr Vater die Heranwachsende mit seiner verhassten Schwester vergleicht, bricht für Giovanna eine Welt zusammen.

Das Kapitel als Papas Liebling ist damit abgeschlossen. Sie nimmt Kontakt zu ihrer Tante auf, zu der sie sich magisch hingezogen fühlt. Das Bild ihres schönen, erhabenen Vaters bekommt Risse, doch auch die Mutter hat Geheimnisse, denen Giovanna auf die Spur kommt.

In gewohnt spannender Weise zeichnet Ferrante den Weg einer Jugendlichen ins Erwachsenenalter nach. MRK



Elena Ferrante: „Das lügenhafte Leben der Erwachsenen“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2020, gebunden, 415 Seiten, 24 Euro

Impfen lassen
oder nicht?

Der Wiener Professor Herwig Kollaritsch erklärt auf verständliche Weise das Für und Wider der Massenimpfungen gegen das Coronavirus

FOTO: SHUTTERSTOCK

Chance und Risiko Die Impfdebatte werde irrational geführt, sagt die Journalistin mit dem Schwerpunkt Wissenschaft und Medizin Silvia Jelencic in ihrem Vorwort zu dem Buch „Pro & Contra Corona Impfung“ des Wiener Medizinprofessors Herwig Kollaritsch.

Jelencic betreibt selbst eine Internet-Plattform und sieht täglich, wie unsachlich, leidenschaftlich und teils beleidigend die Diskussion um das Thema geführt wird.

Der erschreckenden Unwissenheit und Verunsicherung der Bevölkerung in Bezug auf das Thema Impfungen will Professor Kollaritsch mit seinem Ratgeber entgegenwirken. Um es gleich vorwegzunehmen: Kollaritsch ist, wie fast alle Mediziner, ein Impfbefürworter. „Alles, was ich erreichen

will, ist, dass sich möglichst viele Menschen rational statt emotional für oder gegen eine Corona-Impfung entscheiden.“ Der Wiener Wissenschaftler ist Mitglied des österreichischen nationalen Impfgremiums beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz sowie im österreichischen Corona-Beraterstab.

GESUNDHEIT

Als ausgewiesener Experte für Impfwesen, Epidemiologie und Mikrobiologie schafft er es dennoch, in kurzen, übersichtlichen Kapiteln zunächst einmal den Unterschied zwischen verschiedenen Impfstoffen wie RNA- oder Vektor-Impfstoffen anschaulich zu erklären. So verdeutlicht er auch, wie ein Impfstoff entwickelt und bis zur Zulassungsreife getestet wird, welche Rolle die Interessen der Pharmafirmen spielen und warum eine Impfung auch im frühen Erforschungsstadium auf jeden Fall einer Erkrankung mit dem Virus oder einer sogenannten Herdenimmunsierung vorzuziehen sei. Kollaritsch lässt auch seine eignen Erfahrungen mit einfließen. Am Ende eines jeden Kapitels fasst er in einem Fazit das zuvor Beschriebene noch einmal zusammen und legt das Pro und Contra dar. Der Experte macht zwar deutlich, dass er persönlich für die Impfung ist, respektiert aber auch die Argumente dagegen und überlässt jedem die Entscheidung dafür oder dagegen selbst.

Wer sich über Impfmethoden im Allgemeinen und die bereits verwendeten neuen Impfstoffe informieren möchte, dem sei die Lektüre empfohlen.

Manuela Rosenthal-Kappi



Herwig Kollaritsch: „Pro & Contra. Corona Impfung. Tipps für die persönliche Impfentscheidung“, editon a, Wien 2020, gebunden, 127 Seiten, 18 Euro

ZEITGESCHICHTE

Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland

Zeitzeugenberichte und Dokumente beleuchten das Schicksal der „Ostarbeiter“

VON KARLHEINZ LAU

Die Thematik des Buches „Für immer gezeichnet. Die Geschichte der ‚Ostarbeiter‘ in Briefen, Erinnerungen und Interviews“ behandelt einen der größten weißen Flecken in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, hier der deutsch-sowjetischen Geschichte.

Es ist das Schicksal von Millionen sowjetischer Frauen und auch Männer, die in den Jahren 1941 bis 42 sowie 1943 aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten Ostmitteleuropas als Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie, in der Landwirtschaft und in Privathaushalten herangezogen wurden. Es waren überwiegend unmenschliche Arbeitsbedingungen, die Zahl der Gestorbenen war erschreckend hoch.

Thema weitgehend unbekannt

Dieses Kapitel der Geschichte des Krieges ist in Deutschland weitgehend unbekannt, und je länger der zeitliche Abstand wird, desto weniger ist damit zu rechnen, dass sich das ändert, obwohl Literatur zu diesem Thema verfügbar ist. Dazu zählt auch dieses Buch. Es ist keine historische Abhandlung und auch keine Sammlung von Archivdokumenten, sondern es wurden Tausende von Memoiren, Dokumenten, Briefen und erhaltenen Fotografien ausgewertet, hinzu kamen Interviews mit noch lebenden Zeitzeugen.

Im Herbst 1941 lebten zirka 60 Millionen Sowjetbürger in Gebieten, die von der Wehrmacht besetzt worden waren. Im Frühjahr 1942 begann die organisierte Rekrutierung junger Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland, Archivunterlagen belegen, dass es mehr als 3,2 Millionen Menschen waren.

Die Sammlung der unzähligen Materialien war und ist eine Initiative der Menschenrechtsorganisation Memorial Inter-

national, die sich noch vor dem Ende der Sowjetunion als breite gesellschaftlich Bewegung sammelte. Einer ihrer Ideengeber war der bekannte Physiker Andrej Sacharow. Im Zuge ihrer Forschungen über die Geschichte des deutsch-sowjetischen Krieges fand Memorial in der Heinrich-Böll-Stiftung einen deutschen Part-

Verräter und Volksfeinde

Bei ihrer Rückkehr in die UdSSR wurden die „Ostarbeiter“ nicht als Helden gefeiert, die den Dank des Vaterlandes erhielten

ner, der sich ebenfalls mit dieser Thematik beschäftigt. Ein Ergebnis ist die vorliegende Publikation, die als russische Originalausgabe bereits 2016 erschienen ist. Hunderte von unterschiedlichen Materialien wurden ausgewertet, die ein erschütterndes Bild von den Schicksalen der überwiegend jungen Frauen und Männer vermitteln, wobei die Lebensumstände in den Industriebetrieben weitaus schlimmer waren als in der Landwirtschaft oder in einzelnen deutschen Familien.

In der Regel waren die Menschen in primitiven und unhygienischen Sammelunterkünften untergebracht, postalische Verbindung mit ihrer Heimat funktionierte sporadisch, wenn etwa die Kriegslage es zuließ. Die Materialien und die zahlreichen Fotos zeigen die bedrückenden Verhältnisse in erschreckender Weise, wie die Menschen ohne Perspektive leben mussten. Die Erinnerung an die Heimat und die noch dort lebenden Verwandten bewegte sie besonders stark in den arbeitsfreien Zeiten. Es gab aber auch Berichte über positive Erfahrungen, beson-

ders bei jungen Frauen, die in Familien oder auch auf Bauernhöfen untergekommen waren.

Mit der sich nähernden Ostfront und der sich abzeichnenden Niederlage Deutschlands wuchs die Hoffnung der Ostarbeiter auf eine baldige Befreiung und Rückkehr in die Heimat. Zum Zeitpunkt der Befreiung herrschte ein großes Chaos in den von den Sowjets und den Amerikanern und Briten besetzten Gebieten. Ausbrüche von unendlicher Freude, Plünderungen und Rachegefühle an den Deutschen beherrschten die ersten Tage und Wochen, bis die Alliierten in ihren Besatzungszonen angingen, die chaotischen Verhältnisse abzubauen. Neben der einheimischen deutschen Bevölkerung – viele waren ausgebombt oder hatten durch die Endkämpfe ihre Wohnungen verloren – deutschen Flüchtlingen aus den Ostprovinzen, Ostarbeitern, Kriegsgefangenen vieler europäischer Nationen und KZ-Häftlingen waren es Millionen von Menschen, die oft ziellos durch das Land zogen.

Millionen zogen ziellos umher

Die ausgewerteten Materialien zeigen die ganze Gefühlspalette der Trauer, der Angst, der Freude, der Erwartungen und Hoffnungen, der Wut und des Hasses. Dann kam der große Schock: Alle Sowjetbürger in deutscher Gefangenschaft, also Ostarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Inassen, wurden entgegen den Erwartungen bei ihrer Rückkehr in die UdSSR nicht als befreite Helden, die den Dank des Vaterlandes erhielten, sondern als Verräter, Kollaborateure und Volksfeinde empfangen. Sie wurden teilweise wieder für die Industrieproduktion und zum Militär oder in den GULAG zwangsverpflichtet – kurzum, sie galten generell als Bürger zweiter Klasse, als Repatriierte. Die Rückführung war also keine freiwillige Angelegenheit.

Unter den Alliierten herrschte Konsens darüber, dass jeder Sowjetbürger verpflichtet war, in die UdSSR zurückzukehren. Die Herausgeber des Buches bekennen freimütig, ursprünglich nur die allgemeinen Fakten über sowjetische Zwangsarbeiter gekannt zu haben. Erst bei Auswertung der Materialien mussten sie erkennen, wie „tief das Trauma der Menschen war, die als Jugendliche gewaltsam von zu Hause verschleppt und ins Feindesland gebracht worden waren, verurteilt zu Sklavenarbeit, Hunger und Erniedrigungen. Ihre Erinnerungen an das Erlebte passten in keine der üblichen Geschichten vom Zweiten Weltkrieg.“ Nach der Lektüre des Buches kann diesem Satz voll zugestimmt werden.

Anfang Oktober 2020 hat der Deutsche Bundestag die Errichtung einer Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur Geschichte und Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges und der NS-Herrschaft in den damals besetzten Ländern Europas beschlossen. Dabei sollen auch die Opfergruppen berücksichtigt werden, die bislang weniger beachtet wurden. Dazu gehören ohne Zweifel die Ostarbeiter, aber auch das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen. Eine Abgeordnete mahnte ohne Widerspruch, dass Vergessen drohe und die Zeitzeugen sterben. Ihr Zeugnis sei allerdings unverzichtbar für das Erinnern und die historische Aufarbeitung.



Irina Scherbakowa/ Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): „Für immer gezeichnet. Die Geschichte der ‚Ostarbeiter‘ in Briefen, Erinnerungen und Interviews“, Christoph Links Verlag, Berlin 2019, gebunden, 424 Seiten, 28 Euro



Martin Wehrmann
Geschichte der Stadt Stettin
Unveränderter Nachdruck der Auflage 1911 mit einigen Abbildungen, Plänen und einer Stadtkarte Stettins als Faltkarte.
584 Seiten
Nr. P 53 Gebunden 19,95 €



Günther Grundmann
Burgen, Schlösser und Gutshäuser in Schlesien – Band 1
Die mittelalterlichen Burgruinen, Burgen und Wohntürme
346 Seiten/Gebunden mit 307 SW-Abbildungen
Nr. P 542 14,95 €



Günther Grundmann
Burgen, Schlösser und Gutshäuser in Schlesien – Band 2
Schlösser und Feste Häuser der Renaissance
346 Seiten/Geb. mit zahlreichen SW-Abbildungen
Nr. P 541 14,95 €



Dr. Franz Schroller
Schlesien
Eine Schilderung des Schlesierlandes – 3 Bände im Schmuckschuber
Mit 81 Stahl- und 152 Holzschnitten
1.214 Seiten/Gebunden
Nr. P 540 29,95 €

In dem über 1.200 Seiten umfassenden Werk über Schlesien – gebunden in 3 Bänden mit Schmuckschuber – werden die einzelnen Regionen Schlesiens vorgestellt: Die Sudeten mit dem Gesenke, die Grafschaft Glatz, das Waldenburger Gebirgsland, das Riesengebirge, das Isar- und Lausitzer Gebirge, das Biberthal, das Katzbachthal, Liegnitz – das Schlachtfeld Schlesiens, die mittelschlesische oder zentrale Ackerebene, Breslau und seine Umgebung, der oberschlesische Industriebezirk und das südöstliche Oberschlesien. Ein Kapitel über die Oder, die schlesische Mundart und die Jahresbräuche der schlesischen Bauern runden dieses umfangreiche und mit zahlreichen Stahl- und Holzschnitten illustrierte Prachtwerk ab.



Franz Steffen
7 Jahrhunderte bezeugen Danzigs Deutschtum
Geschichte der ethnographischen, geschichtlichen, kulturellen, geistigen und künstlerischen Verbundenheit Danzigs mit Deutschland.
Mit 58 Bildern. 311 Seiten
Nr. P 57 Gebunden 19,95 €



Will-Erich Peuckert
Schlesische Volkskunde
Mit zahlreichen Abbildungen im Text und auf 16 Tafeln. 272 Seiten/Geb.
Nr. P 537 12,95 €

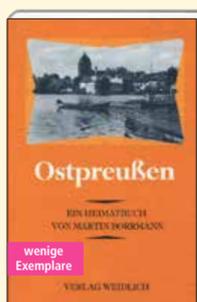


Harry Redmann (Hrsg.)
Danzig – in alten Ansichtskarten
Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 99 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 103 Seiten zeigen Danzig wie es damals war.
Nr. P 511 Geb. (Abbildung kann abweichen) 14,95 €



Wolfgang von Eichborn
Das schlesische Jahr
Landschaften der Sehnsucht
134 Seiten/Gebunden
Nr. P 543 9,95 €

Das Auge des Vertrauten erkennt das Gemeinsame in der wunderbar vielgliedrigen Natur des schlesischen Landes. Der Verfasser kommt aus alter Familie und weiß um das Werden und Wesen der Heimat; er schaut und bildet als Dichter, in einer zu gefasster Stille herabgedämpften Sprache sehender Heimatliebe, fern von Sentimentalität, fern auch von Klage und Anklage, nichts als ergriffen und ergreifend. Die Landschaft öffnet jeweils charakteristische Eigenart dem Wanderer im Wechsel der Jahreszeit: das dem Gebirgszug vorgelagerte, in die Ebene sich verstreute Hügelland im märzlichen Föhn, der uralte Kulturberg Zobten in wallenden Aprilnebeln; väterliches Haus und Garten im Blüten des Mai. Aus Städten, Burgen und Klöstern steigt die geschichtliche Stimmung im Glanz reifer Augusttage.

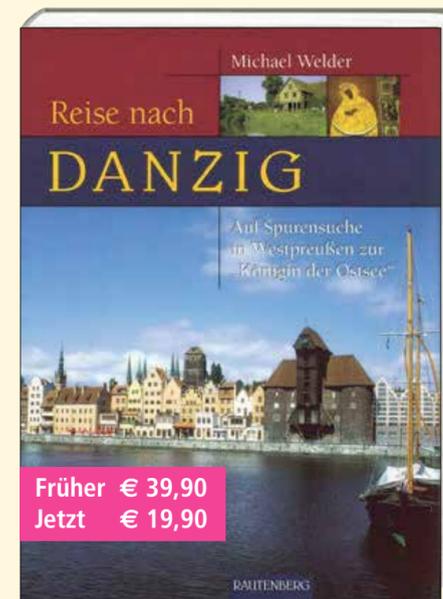


Martin Bormann
Ostpreußen
Ein Heimatbuch
Berichte und Bilder
250 Seiten/Gebunden
Nr. P 524 14,95 €

Dieses Buch ist ein kostbares Vermächtnis des Schriftstellers Martin Bormann, dem Pfarrerssohn aus Rössel, der ein Leben lang danach strebte, auch aus Schicksalsschlägen das Beste zu machen. Schon das erste Kapitel aus seiner Feder, „Ankunft in Ostpreußen“, weist den Autor als Meister der Feder aus. In wenigen Zeilen ist es ihm gelungen, dem Leser ein „Geschichtskolleg“ zu geben, das in Kürze, an Fülle des Inhalts und Prägnanz der Aussage seinesgleichen sucht. Ostpreußen ist hier eingefangen in seiner wechselvollen Geschichte im Zeitraum von mehr als sieben Jahrhunderten. Und das nun ist das Besondere an diesem Buch: Bormann hat es verstanden, aus einer Fülle von zeitgenössischen Darstellungen die typischen und für den Leser interessantesten herauszusuchen.



Michael Welder
Reise nach Königsberg
Spurensuche von Litauen in das nördliche Ostpreußen
Diese „Reise nach Königsberg“ führt in eine Stadt mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Kunstdenkmälern. Die alte Hauptstadt Ostpreußens ist wieder zu einem erreichbaren Reiseziel geworden. Eine Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Werken zeigt Bekanntes und Neuentdeckendes. Die steinernen Zeugnisse wurden zum Teil wieder aufgebaut, enge Gassen und historische Speicher laden in diese bedeutende Stadt am Pregel an der alten Bernsteinstraße ein.
297 Abbildungen/224 Seiten. Mängelbeispiel.
Nr. P 533031 Gebunden mit Schutzumschlag 19,90 €



Michael Welder
Reise nach Danzig
Auf Spurensuche in Westpreußen zur Königin der Ostsee
Diese „Reise nach Danzig“ führt in eine Stadt mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Denkmälern. Nicht umsonst wird sie dank ihrer ruhmvollen Vergangenheit als Königin der Ostsee gerühmt. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken zeigt Bekanntes und Neuentdeckendes. Die steinernen Zeugnisse der Hanse wurden wieder aufgebaut, enge Gassen, alte Giebelhäuser und historische Fachwerkpeicher laden in diese bedeutende Stadt ein.
290 Abbildungen/224 Seiten.
Nr. P 533030 Gebunden mit Schutzumschlag 19,90 €



Ernst Scheyer
Schlesische Malerei der Biedermeierzeit
364 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 548 16,95 €

Dieser Band stellt eine Sammlung von Arbeiten dar, die während eines Zeitraumes von 35 Jahren entstanden sind. Die früheren sind Resultate von Scheyers Tätigkeit an den Städtischen Sammlungen der Stadt Breslau, die späteren wurden größtenteils in Detroit/Michigan geschrieben, wo der Verfasser die ordentlich Professur der Kunstgeschichte an der Staatlichen Universität (Wayne) innehatte. Die schlesische Biedermeiermalerei hat Eigenart und besonderen Reiz in ihrer engen Verbundenheit mit der Dichtung. Wir begegnen ihr in August Kopisch, einem Maler-Dichter im Sinne des Doppelberufs, in Joseph Raabe, dem Hausgenossen und Maler Goethes, in A. E. Schaeffer, dem engen Freund und Waffenbruder Eichendorffs aus den Freiheitskriegen. Der Begriff „Biedermeier“, auf die schlesische Kunst angewendet, ist besonders gerechtfertigt angesichts der Tatsache, dass die Kunst in Schlesien nach den Freiheitskriegen ein inniges Leben führte.



Hajo Knebel (Hrsg.)
Breslau - in alten Ansichtskarten
Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 101 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 104 Seiten zeigen Breslau wie es damals war.
Nr. P 531818 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Wilhelm Scholz
Ostpreußisches Liederbuch
Liedtexte und Notensatz
64 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533112 9,95 €

61 Lieder (mit Notensatz) herausgegeben von Wilhelm Scholz, erinnern an das alte Ostpreußen. In ihnen klingen die dunklen Wälder und weiten Wiesen, die bedeutenden Kirchen und Burgen und auch der Bernstein wieder. Besinnliches und Heiteres finden sich in dieser Sammlung, die Buntheit des alten ostpreußischen Lebens spiegelt sich in den Liedtexten und Noten wieder. Lieder aus niederdeutscher Wurzel gemeinsam mit solchen masurischer Prägung und denen dem Litauischen verwandten ergeben ein unteilbares Gesamtbild des ostpreußischen Liedgutes. Lieder erhalten die Stimme der Heimat lebendig.

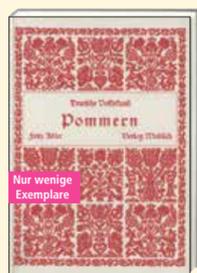


Gerd Lüpke (Hrsg.)
Mecklenburg – in alten Ansichtskarten
Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 90 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen Mecklenburg wie es damals war.
Nr. P 510 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Heinrich Bartsch
Die Städte Schlesiens mit Karten in den Grenzen des Jahres 1937
Mit farbigen Wappen der schlesischen Städte. 372 Seiten/Geb.
Nr. P 549 22,95 €

Mit dem vorliegenden Werk wird der Versuch unternommen, charakteristische Daten und Fakten zur Landes-, kultur-, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklung und Bedeutung der Städte Schlesiens (in den Grenzen von 1937) – nach einem fest umrissenen und gleichbleibenden Schema geordnet – darzubieten. Es ist nicht beabsichtigt, im Rahmen des gewählten Rasters ein auch nur annähernd vollständiges Zahlen- oder Tatschengüst zu bieten. Vielmehr soll möglichst knapp und einprägsam ein Bild der einzelnen Städte mit ihren Besonderheiten und ihrer Bedeutung skizzenhaft gezeichnet werden. Der Verfasser hat damit ein Nachschlagewerk geschaffen für alle diejenigen, die sich einen Überblick über die schlesische Städtelandschaft bis zum Jahr 1945 verschaffen möchte.



Fritz Adler
Deutsche Volkskunst Pommern
Mit 214 SW-Fotos
118 Seiten Gebunden
Nr. P 566 19,90 €

Als Fritz Adlers Pommernband vor mehr als fünfzig Jahren in der Reihe „Deutsche Volkskunst“ herauskam, handelte es sich um die erste umfassende Darstellung der pommerschen Volkskunst, doch zugleich auch um die letzte. Für den Autor bildete Pommern vom Darß bis zum Lebasee noch eine Einheit, seit 1945 ist dieses Gebiet zweigeteilt: Der wesentlich kleinere, jedoch wirtschaftlich und kulturell keineswegs unbedeutendere Teil links der Oder – ausschließlich Stettins, doch einschließlich des größten Teils von Usedom – wurde in die heutigen Bezirke Rostock und Neubrandenburg integriert und wird nicht mehr als Vorpommern, sonder als Mecklenburg bezeichnet. Im übrigen Pommen übernahm die Volksrepublik Polen die Herrschaft.



Hannelore Doll-Hegedo
Spezialitäten aus Pommern
gewürzt mit Anekdoten
Mit typischen Spezialitäten aus der pommerschen Küche: Fisch-, Geflügel- und Fleischgerichte, Suppen, Kartoffelgerichte, Süßspeisen, Kuchen und Gebäck sowie typische Getränke. 82 Seiten
Nr. P 3021 Gebunden 12,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname Name

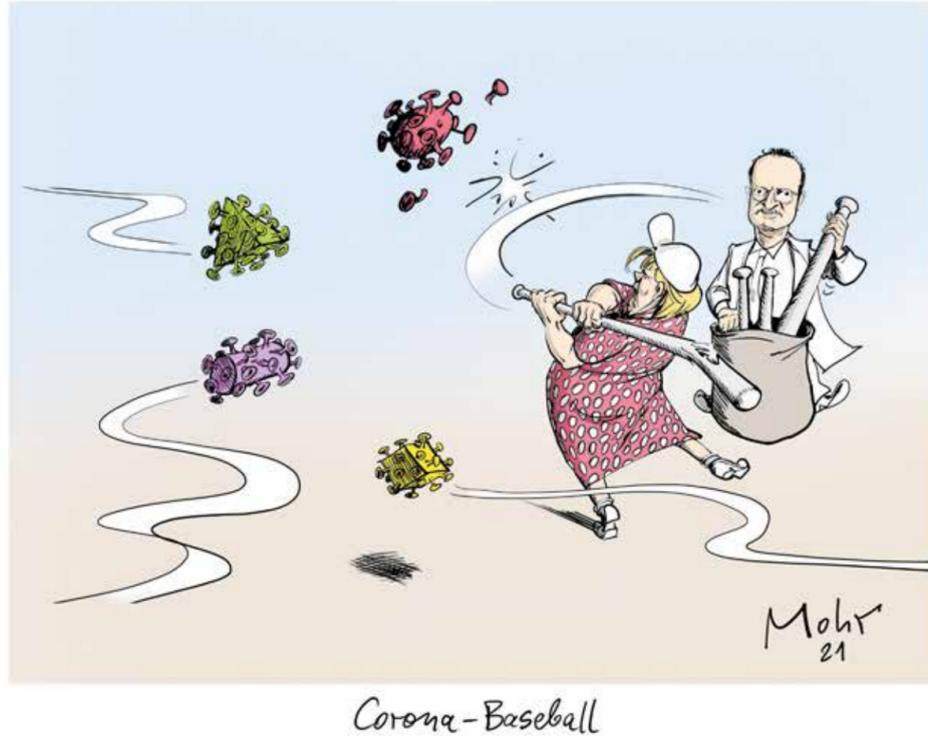
Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● **AUFGESCHNAPPT**

Politische Auseinandersetzungen überschreiten Grenzen. Eine Vielzahl von Angriffen bar jeder Sachlichkeit erfolgt auf die AfD. Das ist bekannt. Eine neue Dimension ist allerdings erreicht, wenn Derartiges einen Schritt in Richtung eines akademischen Abschlusses darstellt. An der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK) wurde ein Computerspiel, in dem es darum geht, AfD-Politiker „abzuschießen“, als Prüfungsvorleistung eingereicht und als „bestanden“ bewertet. Während sich Medien wie das Portal „derwesten.de“ darin gefallen, darauf hinzuweisen, dass die Reaktionen aus der AfD „nicht gerade zu einem friedlichen Miteinander“ beitragen, gibt sich die HTWK-Leitung nach Beschwerden peinlich berührt. Ohne die AfD ausdrücklich zu erwähnen, heißt es in einer Stellungnahme: Hochschulen seien zur politischen Neutralität verpflichtet, zudem schienen in dem Spiel „gewaltverherrlichende Elemente“ enthalten zu sein“. Dies sei „nicht nur unverständlich, sondern verwerflich“. *E.L.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Melanie muss ran

Warum sich das Arsenal der Lockdowner bedenklich leert, und wie wir jetzt aufs Ganze gehen

VON HANS HECKEL

Kurz keimte Hoffnung auf: Wir haben was Neues! Astra-Zeneca hieß der Schläger der Woche. Seit bei der Impfferei alles drunter und drüber geht und selbst die gewogensten Medien die politische Verantwortung der Regierung Merkel für das Desaster kaum noch wegretuschieren können, basteln wir schwitzend an allen erdenklichen Ablenkungsmanövern. Doch aus dem Popanz „Impfgegner“ wich die Luft schneller, als sie die Kampagnen-Kapitäne hineinpumpen konnten. „Impfgegner“ als große Gefahr hinzustellen war angesichts der fehlenden Vakzine eben allzu lächerlich. Schade um die Mühe – aber was soll man machen?

Dann hatten wir Biontech/Pfizer ins Visier genommen, die plötzlich viel zu wenig Impfstoff liefern. Hat aber auch nicht geklappt, denn die Öffentlichkeit fand rasch heraus, woran der Mangel wirklich liegt: Die Politik hat viel zu spät bestellt. In den Monaten davor konnte der Hersteller seine Kapazität kaum hochfahren, da er ja gar nicht wusste, wie viel er von dem Zeug überhaupt loswird. Kein vernünftiger Manager lässt Werke bauen für Produkte, auf denen er nachher sitzen bleibt. War also wieder nichts.

Nun jedoch kam endlich ein vielversprechender Sündenbock des Wegs – dachten wir zumindest: Astra-Zeneca bevorzugt hinterücks andere Regionen als die EU bei der Belieferung mit Impfstoff, tönnte es aus den Medientrompeten. Die Schurken sind entlarvt! Wenn jetzt noch einer mault, dass wir mit dem Impfen nicht von der Stelle kommen, muss Berlin nur mit dem Finger auf den Gauner-Konzern zeigen: Die waren's!

So war es zumindest geplant. Leider kam wieder etwas in die Quere. Der Impfstoff von Astra-Zeneca soll bei über 65-Jährigen einen Schutzeffekt von mickrigen zehn Prozent entfalten. Das dürfte nur unwesentlich über der Wirksamkeit von Traubenzucker liegen, nach dessen Einnahme man sich auch gleich viel frischer fühlt. Aber hilft das gegen Covid? Anders gesagt: Ob Astra-Zeneca liefert oder in Hamburg ein Spaten umkippt, dürfte für die Pandemiebekämpfung bei den besonders bedrohten Alten etwa gleich wichtig sein.

Zu Astra-Zeneca fällt uns noch etwas anderes ein, da sind nämlich die Briten dabei. Mit denen haben wir noch ein Hühnchen zu rupfen, seit die sich, ohne Brüssel um Erlaub-

nis zu fragen, selbst in die Unabhängigkeit von der EU entlassen haben. Ein Akt unverhohlener Rebellion, und das auch noch per „Volksabstimmung“ – da dreht sich dem Berliner Polit-Adel der Magen um.

Um den Abtrünnigen eins drauf zu geben, opfern wir sogar Heilige Kühe. Sie erinnern sich, wie laut unsere Empörung ausfiel, als Donald Trump Corona als „chinesisches Virus“ bezeichnete. Rassismus! Typisch für den Kerl.

Vor diesem Hintergrund kommt uns der Titel „britische Mutation“ verblüffend leicht über die Lippen. Von „Rassismus“ spricht keiner mehr. Das habt ihr davon, ihr aufmüpfigen Angelsachsen!

London wird's gelassen sehen, zumal man in der Downing Street genau weiß, was man der Mutante mit dem Kürzel B117 zu verdanken hat. Boris Johnson hatte sich in eine knifflige Lage manövriert, als er den Briten versprach, zu Weihnachten keinen Lockdown zu verhängen. Dann plötzlich stieg im Dezember die Zahl der positiven Tests an. Warum, konnte wie üblich niemand richtig erklären. Nur wissen wir ja mittlerweile, dass ein Politiker in so einer Situation irgendetwas machen muss, auch wenn er und seine Experten keine Ahnung haben, ob's hilft. Das ist egal, Hauptsache, „die Politik tut etwas“. Sonst ist sie nachher an allem schuld.

Also musste Johnson doch einen Weihnachts-Lockdown befehlen. Aber womit sollte er das begründen? Dass er sich verschätzt hatte? Der Mann ist Politiker! Geht gar nicht. Und nun? In dem Moment bog die Nachricht von einer neuen Mutation um die Ecke. Der Premier griff beherzt zu und würzte die Sache mit der Aussage, B117 könnte bis zu 70 Prozent ansteckender sein als das herkömmliche Virus. Woher er das wusste? Stellen Sie gefälligst nicht solche „Leugner“-Fragen!

Von da an ging alles von selbst mit dem Weihnachts-Lockdown. Der tolle Erfolg blieb im Berliner Kanzleramt nicht unbemerkt. Angela Merkel erkannte die ungeheuren Chancen, die B117 eröffnet, und bastelte daraus mit dramatischer Geste die „dritte Welle“, die selbstverständlich alles in den Schatten stellt, was wir schon erlebt haben.

Das Beste an der „dritten Welle“ besteht darin, dass sie in der Wirklichkeit (noch?) gar nicht existiert. Daher kann sie niemand untersuchen und auf ihre tatsächliche Gefährlichkeit hin messen, weshalb man alles in sie hineinmalen kann, was die Apokalypse her-

gibt. Aus diesem schaurigen Gemälde lassen sich alle nur denkbaren Schreckensszenarien ableiten – und damit ebenso die entsprechenden Forderungen nach noch härteren Maßnahmen. Karl Lauterbach war im Paradies angekommen.

Dachte er. Denn kaum ist die B117-Welle in der Berliner Theorie zur wahren Sintflut angeschwollen, da vermässeln uns die Gesundheitsämter von den britischen Inseln auch diese Tour – mit ganz und gar nicht hilfreichen Daten aus der Praxis. Danach ist die Welle seit ihrem Höhepunkt am 10. Januar schon wieder steil am Fallen. Speziell aus Irland kommen Mitteilungen, die sogar noch entmutigender ausfallen als die aus Großbritannien.

Dort ist nicht nur die Zahl der positiven Testungen binnen zwei Wochen auf ein Fünftel gefallen. Irische Forscher fügen zudem an, dass der Anstieg stattgefunden habe, noch bevor B117 eine starke Verbreitung auf der grünen Insel erreicht hatte, während die schnelle Verbreitung der Mutante die rasante Verbesserung der Zahlen danach offenbar nicht gestoppt hat.

Das darf doch alles nicht wahr sein! Da lässt uns B117 also ebenfalls im Stich. Die Welt ist böse.

Wir müssen den Kopf dennoch nicht hängen lassen. Unsere Kanzlerin ist vertraut mit dem Bösen in der Welt und rüstet auf. Da selbst der treue Christian Drosten schwächtelt und nicht alle Gruselgemälde zur Mutante ohne Weiteres signieren möchte, hat sich Merkel die ultimative Waffe ins Boot geholt. Die bis vor Kurzem kaum bekannte Virologin Melanie Brinkmann ist Unterstützerin der kommunistisch inspirierten Initiative „Zero Covid“ und feuert der Kanzlerin argumentativ den Weg frei.

Das Ziel von „Zero Covid“, die Inzidenzzahl nicht bloß auf unter 50, sondern auf null zu senken, ist beglückenderweise derart unrealistisch, dass wir keinerlei Querschüsse aus Wissenschaft und Wirklichkeit mehr zu fürchten hätten. Da unerreichbar, könnte man damit den Lockdown unbegrenzt verschärfen und verlängern, bis sich im Land außer der unvermeidlichen Rest-Inzidenz gar nichts mehr rührt. Nachdem Thilo Sarrazins Prophezeiung „Deutschland schafft sich ab“ bislang nicht so vollständig eingetroffen ist, wie es viele erhofft haben, hätten wir endlich den Schlüssel in der Hand, um den populären Buchtitel wahr zu machen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Robin Alexander bestaunt in der „Welt“ (21. Januar) die bedingungslose Loyalität der Grünen zu Kanzlerin Merkel:

„Die CDU schätzt Merkel als Kanzlerin, für die Grünen ist sie mittlerweile die Queen. Wie ein Staats- und Kirchenoberhaupt in Personalunion schirmen sie sie leidenschaftlich vor Majestätsbeleidigung ab. Schon zu Beginn der Legislaturperiode verhinderte ausgerechnet die kleinste Oppositionsfraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu Merkels Flüchtlingspolitik.“

Hans-Jürgen Papier, Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts, wundert sich im „Hamburger Abendblatt“ (22. Januar) darüber, wie Kerne der Demokratie in der Corona-Krise einfach überfahren wurden:

„Die Volksvertretung ist in einer Parlamentarischen Demokratie das oberste staatsleitende Organ. Ich hätte mir als Staatsrechtler nie vorstellen können, dass derart intensive Freiheitsbeschränkungen von der zweiten Gewalt, der Exekutive, beschlossen werden.“

Helmut Markwort warnt im „Focus“ (23. Januar) davor, Armin Laschet beim Rennen mit CSU-Chef Markus Söder um den Posten des Kanzlerkandidaten der Union zu unterschätzen:

„Vielleicht hielten ihn seine Gegner deshalb für ein Leichtgewicht, weil er gerne lustig ist. Er singt gerne. Im Chor und auch solo ... Unter der Narrenmaske verbirgt sich ein entschlossener Machtmensch, ein Taktiker mit Raffinesse.“

Gunnar Schupelius ärgert sich in der „B.Z.“ (24. Januar) darüber, mit welcher nebligen Argumentation die Politik härteste Lockdown-Maßnahmen begründet:

„Begründet wird dieser wirklich außergewöhnliche Zustand mit Zahlen, von denen gesagt wird, dass sie das Infektionsgeschehen darstellen oder die Gefahr ermessen lassen, die sich daraus ergibt. Doch diese Zahlen werden entweder nicht in das notwendige Verhältnis zueinander gesetzt, sodass sie nicht viel aussagen, oder sie werden von den Politikern und ihren Virologen mangelhaft erklärt.“

Der renommierte Virologe und Epidemiologe Klaus Stöhr weist im „Merkur“ (25. Januar) auf einen merkwürdigen Widerspruch hin:

„Wie man mit Kindergarten- und Schulschließungen das Infektionsgeschehen in Altenheimen eindämmen kann, verstehe ich gar nicht.“

● **WORT DER WOCHE**

„Das grüne Führungspersonal unterscheidet sich in solche, die noch darüber verblüfft sind, dass sie mit so geringem Aufwand und derart limitierten Fähigkeiten so weit kommen konnten, und diejenigen, die es überhaupt nicht bemerken.“

Michael Klonovsky, in seinem Internettagebuch „Acta Diurna“ am 23. Januar